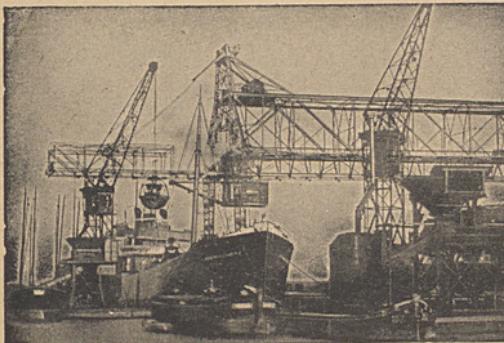




OSTSEEHANDEL

HUGO STINNES

gM B H
STETTIN SASSNITZ
Tel. - Adr.: Stinnesugo



• Eig. Umschlagstelle in Stettin
In- und ausländische Industrie-
u. Bunkerkohlen • • Betriebsstoffe
Schmieröle • •



Paul Klettke

Breite Straße 19–21

FELDMÜHLE

PAPIER- UND ZELLSTOFFWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
ODERMUNDE BEI STEITIN

Die von der Hauptversammlung für das Geschäftsjahr 1938 festgesetzte Dividende beträgt für die Stammaktien 6%, die abzüglich 10% Kapitalertragsteuer auf die Aktien

Nr.	1—	26 000	über je RM 300—
	26 001—	38 000	• • • 1000—
	89 761—	113 426	• • • 300—
	113 427—	149 428	• • • 100—

gegen Einlieferung des Gewinnanteilscheines Nr. 17

an unserer Gesellschaftskasse in Berlin,
bei der Berliner Handels-Gesellschaft in Berlin,
bei dem Bankhaus E. Heimann in Bremen,
bei der Commerz- u. Privat-Bank } Berlin,
Aktiengesellschaft } Breslau,
bei der Dresdner Bank } Düsseldorf
bei der Deutschen Bank } und Stettin

sofort zur Auszahlung gelangen.

Berlin, im Juni 1939

FELDMÜHLE

PAPIER- UND ZELLSTOFFWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
Ave-Lallemand Kellermann

Der Geschäftsbericht 1938 steht Interessenten
kostenlos zur Verfügung.

Der Neue Hanomag 1,3 LITER

Ein schneller, geräumiger und
wirtschaftlicher Reisewagen

- 115 km/Std. Höchstgeschwindigkeit
- 100 km/Std. Autobahn-Dauerleistung
- 8,5 Liter Kraftstoffnormverbrauch
- für 5 Personen bequem Platz
- Ganzstahlkarosse - 32 PS 4 Zyl.-Motor

Hanomag-Automobil-Generalvertretung
Tel. 372 27 **Albert Löser** Bollwerk 4/5

OSTSEE-HANDEL

WIRTSCHAFTSZEITSCHRIFT FÜR DAS OSTDEUTSCHE WIRTSCHAFTSGEBIET
UND DIE OSTSEELÄNDER / AMTLICHES ORGAN DER WIRTSCHAFTSKAMMER
POMMERN UND DER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMER ZU STETTIN

Nr. 12 / 19. Jahrg. / Stettin, 15. Juni 1939

INHALT

Dr. Kurt Fiedler

Das Lebenswerk Bernhard Föhlers

Fraueneinsatz für beschränkte Arbeitszeit

Einweisung von Arbeitskräften aus anderen Betrieben

Arbeitseinsatz in der Bauwirtschaft

Richtsätze für den Urlaub im Jahre 1939

Erwin Fengler

Nationalsozialismus und Außenhandel

Wirtschaftler aus dem Sudetengau besuchten Stettin

Libau als Hafen- und Industriestadt Lettlands

Dr. Siegert

Zur Technik des Außenhandels

Dr. Hans Gladosch

Die deutsch-rumänischen Handelsbeziehungen auf neuer Grundlage

Dr. Karl Janovsky

Zeitgemäße Wirtschaftsfragen in Ungarn

Umschau

Hafen- und Schifffahrtsnachrichten

Länderberichte

Mitteilungen

BANK DER DEUTSCHEN ARBEIT A. G.

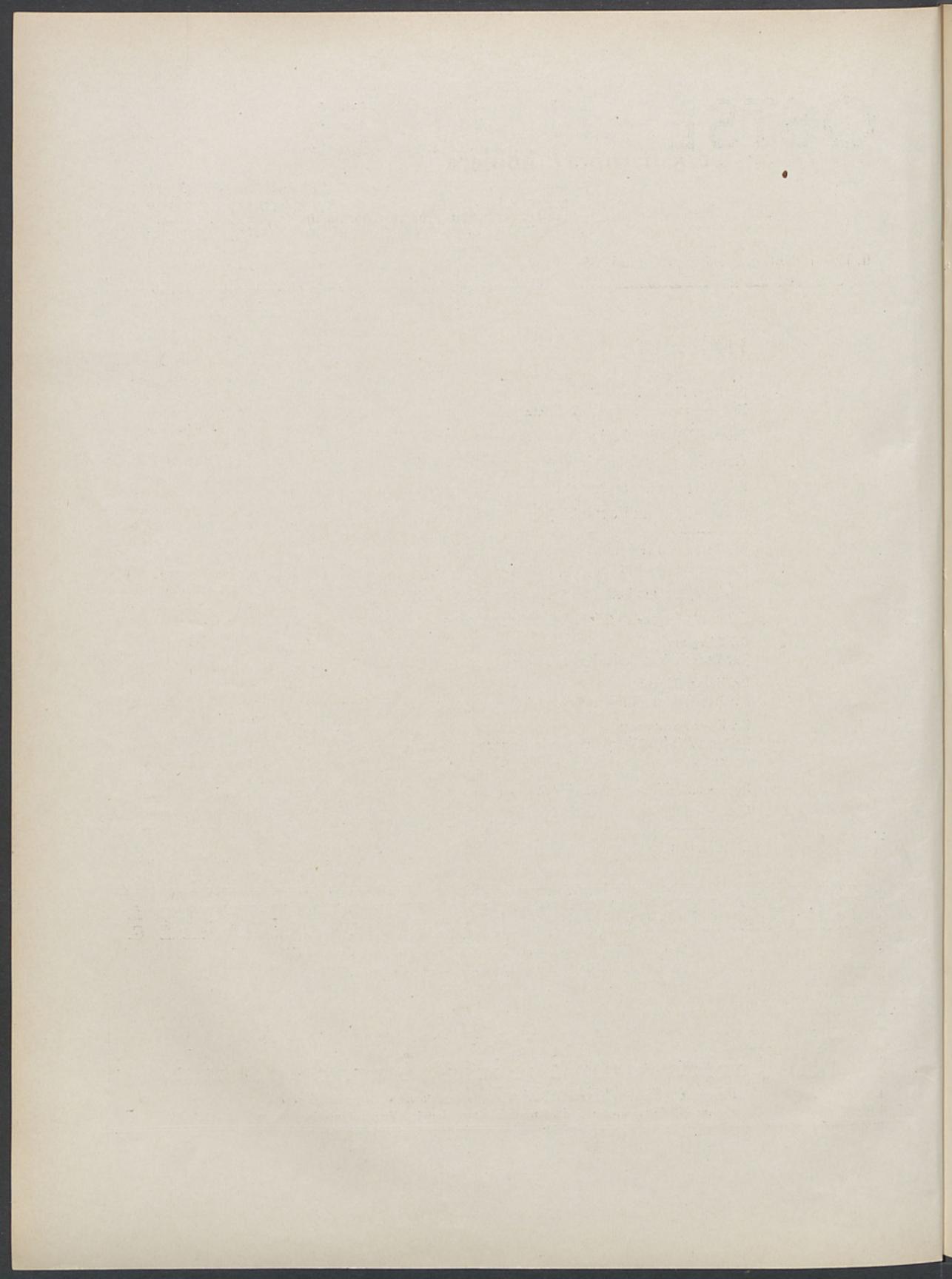
Aktienkapital und Rücklagen RM 36000000, — Hauptstz: Berlin C 2



Niederlassung Stettin, Paradeplatz 37

Fernruf: Sammel-Nr. 25807 Postscheckkonto Stettin Nr. 7939

Ferner Niederlassungen und Sparkassenzahlstellen in allen Teilen des Reiches



Das Lebenswerk Bernhard Köhlers

Am 24. April 1939 ist Bernhard Köhler, der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., nach kurzer, schwerer Krankheit im 57. Lebensjahr in München gestorben. Ein Leben voller Kampf für Deutschland und Adolf Hitler hat sich damit erfüllt. Um Weltkrieg nahm er als Kriegsfreiwilliger bis zum bitteren Ende teil. Er wurde dreimal verwundet und mit dem Eisernen Kreuz 1. und 2. Klasse ausgezeichnet. Unmittelbar nach dem Zusammenbruch und der Rückkehr aus dem Felde nahm er den Kampf für Deutschlands Erneuerung in der Heimat auf. Seit dem Jahre 1919 widmete er sich in Verbindung mit Dietrich Eckart der anti-marxistischen und völkischen Propaganda. 1920 ist er als Schriftleiter am „Völkischen Beobachter“ tätig. Der Befreiung der kapitalistischen Ausbeutung und der Verwirklichung des deutschen Sozialismus gilt sein Kampf. 1931 trat er in die Reichsleitung der NSBO. zur Bearbeitung von Arbeitslosenfragen ein.

In die Spize aller seiner Forderungen stellte er das „Recht auf Arbeit“ („Die Schiffsfrage: Arbeitslosigkeit“, nationalsozialistische Monatshefte, Oktober 1931) und gibt ihm seine inhaltliche Begründung aus unjarem Blute heraus. Recht auf Arbeit heißt nach ihm Recht auf Betätigung der eingeborenen Lebenskräfte und ist aus dem Recht aufs Leben unmittelbar herzuleiten. Es bedeutet nicht etwa bloß die Sicherung der einfachsten Arbeit, sondern schließt auch das Recht auf die Entfaltung aller Energien des deutschen Volkes überhaupt, wie auch sein Recht auf ausreichenden Lebensraum ein. Es ist das Recht der Persönlichkeit, durch die ihr eigentümlichen Fähigkeiten und Gaben auf die Umwelt einzutragen. Es ist somit auch die Grundlage aller Kultur. Denn es gibt keine Kultur, die nicht auf Persönlichkeit und Leistung der Persönlichkeit begründet wäre. Das Recht auf Arbeit bedeutet zugleich Leistungsfreiheit, das Recht auf freie Führung des Lebenskampfes. Es schließt auch das Recht auf Ausbildung ein. Keine Kraft im Volke darf durch Ungerechtigkeit und Entrichtung verkümmern.

Das Recht auf Arbeit zwingt die Wirtschaft, nach den Grundsätzen der Sittlichkeit, des Sozialismus, aber auch nach den Grundsätzen wahrer Wirtschaftlichkeit, mit dem Ziele steigenden Wohlstandes des Volkes zu verfahren. So lehrt es die kapitalistische Ordnung um: nicht mehr das Kapital bestimmt, sondern die Arbeit.

Bernhard Köhler hat aber in seinem „Sofortprogramm der Arbeitsbeschaffung“ vom Februar 1932 auch zahlenmäßig-rechnerisch den Beweis geführt, daß Arbeit billiger als Nichtarbeiten ist, und damit bereits sehr eingehend das später fälschlicherweise sogenannte „Finanzwunder“ vorbereitet. Er bewies auch auf zahlenmäßiger Grundlage, daß das, was sittlich ist, zugleich auch eine echte Tat der nüchternen Wirtschaftswissenschaft darstellt. Und die große, nach der Machtergreifung vom Dritten Reich vorgenommene Probe auf das Exempel hat ihm in vollem Umfange Recht gegeben. Er hat keine lebensfremde „Theorie“ und keinen matten, sentimental Idealismus vertreten.

Mit größter Leidenschaft, schrieb er u. a. im Oktober 1931 („Die Schiffsfrage: Arbeitslosigkeit“): „Die großen Rechner der Völkerbewirtschaftung wissen nicht, wie stark die Sprengkräfte lebendiger Bewegungen und sittlicher Gesetze sind. Wassertropfen können Felsen sprengen. Wir aber vertrauen auf das Recht und auf das Blut.“ Und: „Das Recht auf Arbeit, das im Reich von Weimar keine Stätte fand, wird siegreich einziehen mit dem nationalsozialistischen deutschen Reich.“

Im Jahre 1932 trat Bernhard Köhler in die wirtschaftspolitische Abteilung der Reichsleitung der NSDAP. ein. Am 15. Dezember 1932 wurde er stellvertretender Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. unter der Leitung des heutigen Reichswirtschaftsministers und Reichsbankpräsidenten Walther Funk und vom 15. Juli 1933 bis zu seinem Tode ihr Leiter.

In unermüdlicher Arbeit hat er dem Führer eine ein-sagbereite wirtschaftspolitische Truppe geschaffen und die Grundgedanken der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik in weiteste Kreise des deutschen Volkes getragen. Unablässig hat er gegen die marxistischen und materialistischen Meinungen gekämpft, daß Unrecht und kapitalistische Ausbeutung durch ein besseres Wirtschafts-„System“ oder eine bessere Wirtschaftsweise beseitigt werden könnten. Durch Wirtschaftsrezepte und -programme kann man keinen Sozialismus verwirklichen, sondern nur, indem das Volk als Wirt seiner Volkswirtschaft alles den sittlichen Forderungen seines Blutes unterwirft.

Unverkennbar hat er den Kampf gegen das Borgumwesen geführt und stets die Finanzierung der Aufgaben der öffentlichen Hand aus Steuern vertreten, um der „Zinswirtschaft“ das Wasser abzugraben.

Seit 1936 forderte Bernhard Köhler unablässig die Rationalisierung, weil bald der Augenblick kommen werde, wo nicht nur Facharbeiter, sondern Arbeitskräfte überhaupt kostbar und selten würden, also zu einer Zeit, als diese Forderung nur in einem kleinen Kreise Verständnis und Widerhall fand. Bereits in seiner grundlegenden Schrift „Recht auf Arbeit“ vom Juli 1932 hat er darauf hingewiesen, daß die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit die technische Nationalisierung überhaupt erst weitestgehend ermöglicht, nämlich im Dienste des Volkes und der Verbesserung seiner Lebensbedingungen. Er hat die nationalsozialistische Rationalisierung als ein Stück Befreiungskampf, als die Ausdehnung der Herrschaft des Menschen über Materie und Maschine gefordert.

Preisverbilligung durch Leistungsteigerung heißt eine seiner Kampfparolen an die deutschen Unternehmer. Ausdrücklich hat er dazu gesagt: „Dies ist nur möglich, wenn der industrielle Apparat der deutschen Volkswirtschaft auf die äußerste Höhe der Vollkommenheit gebracht wird, denn nur dann lassen sich diejenigen Verbilligungen erzielen, die die Kaufkraft des einzelnen steigern, ohne daß anderen dafür etwas weggenommen werden muß.“

Entgegen der jüdischen Verbrauchspropaganda hat er jederzeit für die volkswirtschaftliche Vermögensbildung und für das Sparen Verständnis und Willen im deutschen Volke geweckt. „Man muß sich aber darüber ein für allemal klar sein, daß jede Vermögens- und Besitzbildung, und hier ist der Wohnungsbau in der Volkswirtschaft das Nächstliegende, nur aus Leistungen ermöglicht werden kann, die über die Versorgung des täglichen Verbrauchs hinausgehen. Alles, was das Volk baut, baut es aus den Erfahrungen seiner Arbeit“, sagt er mahnend in seiner Rede über „Die Erneuerung der Wirtschaft“ auf dem Reichsparteitag in Nürnberg 1937.

Mit aller Leidenschaft hat er sich gegen die Lehre gewandt, daß bleibende Armut, bleibender Zwang und der Druck der Not die letzte Grundlage des Welthandels seien. Denn je größer die Armut, je größer der Zwang, je größer die Not sind, desto größer müßte dann der Außenhandel sein, was offenbar unsinnig ist. Vielmehr kann allein ein freier, aus eigenem Entschluß gepflechter und steigender Außenhandel zur Ergänzung und Bereicherung eines durch eigene Kraft bereits gesicherten Daseins bejaht und mit allem politischen Selbstbewußtsein und aller lebendigen Leistungsfreude angestrebt werden.

In seiner Rede auf dem Reichsparteitag Großdeutschlands im vergangenen Jahre hat er noch einmal auf die ungeheure Gefahr vor der Machtgreifung hingewiesen, als die jüdische Wirtschaft bereits eindeutig und bewußt zur Vernichtung unserer Rasse eingefetzt und das jüdische Kapital bereits zum letzten Angriff angestiegen war. Da setzte die nationalsozialistische Arbeiterpartei des deutschen Volkes Recht auf Arbeit als den rassenpolitischen Gegenangriff gegen das jüdische Wirtschaftsgut an und eroberte die Wirtschaftsgrundlage wieder, die unserer Rasse gemäß ist. Denn daraus allein folgen Stolz, Freiheit und Ehre der deutschen Arbeit.

Bernhard Köhler hat noch mit besonderer Freude und Genugtuung die Mitteilung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung von der Einstellung der Befamitgabe der Arbeitslosenzahlen erlebt, weil die Arbeitslosigkeit praktisch endgültig im deutschen Lebensraum beseitigt ist, er, der einst in der Zeit der furchtbarsten deutschen Arbeitslosennot hinausgerufen hatte: „Der Volksgenosse wird gemordet, dem das Recht auf Arbeit verweigert wird.“

Als Bernhard Köhler im Januar dieses Jahres zum sechsten und letzten Male vor den Großen Lehrgang der Kommission für Wirtschaftspolitik trat, da konnte er 2500 Mitarbeiter aus dem ganzen Großdeutschen Reich begrüßen. Freiwillig und unter persönlichem Opfer waren sie alle nach München dem Rufe Bernhard Köhlers gefolgt, der sie in rastloser Arbeit in zahllosen Versammlungen und Besprechungen geworben hatte. „Deutschland als europäisches Wirtschaftszentrum“ lautete die Parole der großen Veranstaltung dieses Jahres. Nochmals hat Bernhard Köhler mit allem Nachdruck herausgestellt, daß die wirtschaftspolitische Truppe der Partei nicht für die Wirtschaft, auch nicht für den Staat, sondern einzig und allein für den Führer arbeite. Denn nur in einer Hand liegt die Politik als gestaltende Führung, die Wirtschaftspolitik, nämlich in der Hand des Führers, während dem Staat allein die Ausführung, die Regierungstechnik als Durchführung bestimmter Maßnahmen zufällt. Und in dieser Tatsache liegt die ewige Aufgabe der wirtschaftspolitischen Truppe be schlossen, vorbehaltlose Kämpfer zu sein für die Idee des Führers.

„Wir aber — wir wachen!“ leuchtete in wuchtiger Goldschrift auf dem roten Fahnenstuch über dem Lehrgang, als Gesöhnnis über der wirtschaftspolitischen Truppe. Diese Worte sind ein ewiges Vermächtnis und ein Be zeugnis zum Lebenswerk Bernhard Köhlers, zu der von ihm entwickelten Ideengrundlage der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik geworden.

Wir glauben nicht an einen Welthandel, der aus Zwang und Not und Hunger entsteht. Wir glauben aber an einen Welthandel, der von dem kräftigen Willen zum beiderseitigen Vorteil arbeitsfroher Völker getragen wird. Je mehr stolze Völker sich mit uns in diesem Glauben vereinigen, um so näher werden wir auch einer wirklichen Gemeinschaft der Völker sein!

Wir haben aus einer harten Zeit gelernt, daß Wohlstand nicht mit Wohlleben, sondern mit harter Arbeit vermaßt sein muß, wenn er Dauer haben soll, und daß das Volk Freiheit und Ehre, Kultur und Wohlstand nur erhalten kann, wenn es selbst hart ist und wenn es den Wohlstand unter all diesen Gütern am geringsten, Freiheit und Ehre aber am höchsten schätzt.

Mögen wir selbst, mögen unsere Enkel nie über dem Zwang einer Entbehrung vergessen, daß die schlimmste Entbehrung, die uns auferlegt worden ist, die Entbehrung des Rechtes und der Freiheit gewesen ist. Mögen wir nie vergessen, daß unser Kampf nicht um eine üppig versorgende Wirtschaft ging, sondern daß er ein Freiheitskampf der Arbeit war, und daß nur mit der Freiheit auch die Fruchtbarkeit der Arbeit gesichert ist.

Bernhard Köhler.

Fraueneinsatz für beschränkte Arbeitszeit

Die deutsche Frau hat schon oft ihren Mann gestanden. Ihre Leistungen während des Krieges sind noch in bester Erinnerung. Die Arbeitslosigkeit in der Nachkriegszeit und das verhönte Doppelverdiennertum schaltete die Frau auf vielen Gebieten wieder aus. Die Trennung zwischen Berufstätigkeit und Haushaltstätigkeit wurde lange Zeit angestrebt, besonders wenn Kinder zu betreuen waren. Und doch gibt es viele Tätigkeiten in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, wo Mann und Frau seit alters her Hand in Hand die gleiche Arbeit verrichten. Im Kriegsfall müssen sogar ganz besondere Aufgaben im Luftschutz an die Frau gestellt werden.

Die Gegenwart fordert gebieterisch den Einsatz aller Arbeitskräfte zur Erfüllung der nationalpolitischen Aufgaben für die Sicherung und Zukunft des deutschen Volkes. Die Nation, deren Kräfte heute äußerst angespannt sind, appelliert daher auch an die Frau, deren Tagewerk nicht ausgefüllt ist und die in beschränkter Arbeitszeit am Tage den Mann ersetzen und ihn für größere, schwerere Aufgaben freimachen kann. Sicherlich gibt es noch viele Frauen, die sich für wenige Stunden am Tage vom Haushalt lösen können, die Freude an Arbeit und Leistung im Dienst der Allgemeinheit gewinnen und die deshalb nur eines Anstoßes und Hinweises bedürfen. Bielseitig sind die Einsatzzmöglichkeiten für die Frau, beispielsweise in Büros, an Verkaufsständen, in Einzelhandelsgeschäften und selbst in der Industrie, in der die Technik die Schwere der Arbeit genommen hat. Es ist sicher nicht ohne Reiz für eine Frau, durch wenige Stunden Arbeit am Tage mitzuverdienen und die Lebenshaltung der Familie zu erhöhen, oder für ein Mädchen, sich durch Nebenverdienst eine fröhliche Heirat zu ermöglichen. Die Männer arbeitsfreudiger Frauen müssen heute einsichtsvoll genug sein und nicht sagen „das haben unsere Frauen nicht nötig“, wenn die Nation diese Frauen nötig hat.

Darum sei auch einmal durch einen öffentlichen Hinweis daran gemahnt, daß Frauenarbeit für wenige Stunden — das können 2, 4 oder 6 Stunden sein — eingesetzt werden muß. Mögen die Betriebe und die Frauen selbst die Wichtigkeit dieser Aufgaben erkennen und sich nicht nur im Interesse unseres Volkes, sondern auch im eigenen Interesse freiwillig dazu bereitfinden. Die gewerbliche Wirtschaft wie die Arbeitsämter werden jedenfalls Meldungen arbeitsfreudiger Frauen dankbar begrüßen.

Erwin Fengler

Gauwirtschaftsberater

Einweisung von Arbeitskräften aus anderen Betrieben

Wie die Reichswirtschaftskammer mitteilt, hat das Reichsarbeitsministerium die Arbeitsämter bei der Durchführung der Dienstpflichtanordnung besonders darauf hingewiesen, daß die Betriebsführer der Aufnahmebetriebe, d. h. also jener Betriebe, die auf dem Wege der Dienstverpflichtung Arbeitskräfte wegen besonders dringender staatspolitischer Aufgaben erhalten sollen, diese nur erhalten dürfen, wenn die benötigten Arbeitskräfte nicht schon von ihm selbst durch innerbetriebliche Maßnahmen frei gemacht werden können. Der Betriebsführer ist verpflichtet, alle Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer Freisetzung von Arbeitskräften führen können.

Da die Wirtschaftskammern bzw. deren Fachabteilungen bei der Durchführung der Dienstpflichtanordnung zur Mitwirkung herangezogen werden und in besonderen Fällen beurteilen sollen, ob ein Betrieb seine Pflicht in dieser Hinsicht erfüllt hat, wird Veranlassung genommen, auf die Verpflichtungen hinzuweisen, deren Erfüllung vom Arbeitsamt auf Anweisung des Reichsarbeitsministeriums geprüft werden soll.

Es können u. a. folgende Forderungen an den Betriebsführer gestellt werden:

1. Arbeitskräfte, die im Betriebe mit nicht anerkannten Aufgaben beschäftigt sind, sind bei unaufzuschbbaren Aufgaben einzusezen;

2. berufsfremd beschäftigte Facharbeiter sind ihrer Ausbildung entsprechend anzusehen. Soweit eine Schulung erforderlich ist, hat diese der Betrieb einzuleiten;

3. Spezialarbeiter sind von dem Betriebe selbst auszubilden, soweit Gesellschaftsmitglieder mit der entsprechenden Grundausbildung vorhanden sind (z. B. Einrichter, Lehrenbauer, Automatendreher);

4. technische und organisatorische Möglichkeiten, die geeignet sind, den Kräftebedarf zu verringern, müssen ausgenutzt werden. Dazu gehört neben Nationalisierungsmaßnahmen im engeren Sinne auch eine dem Umfang und der Eigenart der vorliegenden Aufgaben angepaßte Arbeitszeitregelung im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten. Hierzu sind gegebenenfalls die Gewerbeaufsichtsämter zu hören;

5. Vermeidung von nicht unbedingt erforderlichen Entlassungen, Einsatz auch nicht voll leistungsfähiger Arbeitskräfte, bei geeigneten Arbeiten auch Einsatz von Frauen.

Soweit die Gliederungen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft bei der Beurteilung dieses Sachstandes mitwirken, wird dringend empfohlen, auch in ihre Beurteilung die Frage einer ausreichenden Ausbildung der Jugendlichen, sei es in Lehr- oder sonstigen Ausbildungsvorhängen, einzubeziehen.

Die Entlohnung von neueingestellten Stenotypistinnen

Vom Reichstreuuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Pommern ist unter dem 2. Juni 1939 die nachstehende Anordnung erlassen worden:

Gemäß § 1 Satz 1 der Verordnung über die Lohngestaltung vom 25. Juni 1938 (Reichsgesetzbl. I S. 691) ordne ich für das Wirtschaftsgebiet Pommern folgendes an:

I.

1. Stenotypistinnen, Sekretärinnen und Maschinenschreiberinnen, die als solche während der letzten sechs Monate tätig waren, dürfen beim Eingehen eines neuen Arbeitsverhältnisses kein höheres Gehalt fordern, als sie im bisherigen Arbeitsverhältnis beanspruchen konnten; Betriebsführer dürfen derartige Gesellschaftsmitglieder nur zum bisherigen Gehalt einstellen. Nur wenn die für den neuen Betrieb geltende Tarif- oder Dienstordnung oder der als Tarifordnung weitergeltende Tarifvertrag ein höheres Gehalt vorsehen, ist beim Vorliegen der entsprechenden Voraussetzungen (Berufsausbildung, Lebensalter, Berufsjahre usw.) das höhere Tarifgehalt zu zahlen.

2. Eine Erhöhung des Einstellungsgehaltes darf frühestens nach dem Ablauf von 6 Monaten erfolgen. Bei Gehaltserhöhungen ist meine Allgemeine Anordnung zur Überwachung der betrieblichen Arbeitsbedingungen, zur Verhinderung des Arbeitsvertragsbruchs und der Abwerbung vom 4. April 1939 mit den dazu ergangenen Erläuterungen zu beachten. Falls hiernach meine Zu-

stimmung zu der beabsichtigten Änderung des Gehalts nicht erforderlich ist, ist der Betriebsführer dennoch verpflichtet, mir jede Erhöhung unter gleichzeitiger Angabe ihres Umfangs sowie des Zeitpunktes und des Umfangs der vorhergehenden Erhöhung anzuseigen.

3. Der Betriebsführer des neuen Betriebes ist verpflichtet, sich vor der Einstellung über das Gehalt und die sonstigen Bezüge der Bewerberin in der alten Stellung zu unterrichten. Der Betriebsführer des alten Betriebes hat darüber, auf Verlangen auch schriftlich, Auskunft zu geben.

4. Ein Abdruck dieser Anordnung ist sofort in allen Betrieben und Betriebsabteilungen, in denen Arbeitskräfte der in Ziffer 1 genannten Art beschäftigt werden, an geeigneter, den Gesellschaftsmitgliedern zugänglichen Stelle auszuhängen.

II.

Wer dieser Anordnung zuwiderhandelt oder sie umgeht, wird auf meinen Antrag gemäß der Verordnung über die Lohngestaltung vom 25. Juni 1938 mit Gefängnis und Geldstrafe, legtere in unbegrenzter Höhe, oder mit einer dieser Strafen bestraft.

III.

Auf Gesellschaftsmitglieder, deren Gehälter unter RM. 100,- liegen, findet die Anordnung keine Anwendung.

IV.

Die Anordnung tritt am 15. Juni 1939 in Kraft.

Arbeitseinsatz in der Bauwirtschaft

In einem Schreiben des Reichsarbeitsministers an den Generalinspektor für das deutsche Strafenwesen wird hinsichtlich des Arbeitseinsatzes in der Bauwirtschaft folgendes ausgeführt:

„Die starke Beanspruchung des Baumarkts hat dem Arbeitseinsatz besondere Aufgaben gestellt, die vor allem darin bestehen, die für die Durchführung staatspolitisch besonders bedeutsamer Maßnahmen erforderlichen Arbeitskräfte bereitzustellen. Um dies zu ermöglichen, wurde am 30. Mai 1938 die Anordnung über den Arbeitseinsatz von Arbeitern und technischen Angestellten in der Bauwirtschaft“ (Bauarbeiter-Anordnung) erlassen. Diese Anordnung soll den unerwünschten Abzug von Bauarbeitern verhindern und deren Lenkung in Betriebe mit wichtigen Aufträgen ermöglichen, und zwar dadurch, daß die Einstellung von Arbeitern und technischen Angestellten in Betriebe der Bauwirtschaft von der Zustimmung des Arbeitsamts abhängig ist. Der Inhalt der Anordnung ist in die am 15. März 1939 in Kraft getretene „Zweite Durchf.-Anordnung zur Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfs für Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung (Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels) vom 10. März 1939“ übernommen worden.

Die durch die Anordnung herbeigeführte Beschränkung des Arbeitsplatzwechsels hat die Wirkung, daß bei den Arbeitsämtern weniger Arbeitskräfte in Zugang kommen und für einen anderweitigen Einsatz zur Verfügung stehen. Damit hängt die ausreichende Versorgung neuer, insbesondere staatspolitisch bedeutsamer und unauffindbarer Bauten mit Arbeitskräften weitgehend davon ab, ob die Bauunternehmer bei der Verteilung ihrer Gesellschaften auf die einzelnen Bauten deren Bedeutung und Dringlichkeit berücksichtigen. Nach den Erfahrungen, die besonders auch bei der Durchführung der Dienstpflicht-Verordnung gemacht wurden, wird von den Bauunternehmern die Notwendigkeit, ihre Gesellschaft in erster Linie bei den wichtigsten Bauten anzusegen, nicht in dem erforderlichen Maße berücksichtigt. Sie fühlen sich vielmehr durch die Anerkennung von Bauten als „besonders bedeutsam und unauffindbar“ und die damit verbundene Möglichkeit, Arbeitskräfte durch Dienstverpflichtung sicherstellen zu lassen, der eigenen Sorge um die Bereitstellung von Arbeitskräften entheben. So wird immer wieder beobachtet, daß große und größere Betriebe mit Bauaufträgen verschieden Dringlichkeitsgrade ihre Gesellschaften, und zwar besonders ihre Stammarbeiter, auf weniger wichtigen Bau-

stellen ansetzen, nicht selten unter Schwächung der Beliebigkeit dringlicher Bauten. Sie stellen dabei — unter Verkenntung ihrer eigenen Verantwortung — die besondere Verantwortung in Rechnung, die die Dienstverpflichtung den Arbeitssätern für die Sicherstellung des Kräftebedarfs besonders bedeutsamer und unaufschiebbarer Bauten auferlegt.

Einer solchen Haltung der Unternehmer kann nicht nachdrücklich genug entgegengesetzt werden. Bei den Bauunternehmern muß sich die Erkenntnis durchsetzen, daß Reserven an einsatzfähigen Arbeitskräften nicht mehr zur Verfügung stehen und daß jede Arbeitskraft, die ihnen durch Dienstverpflichtung zugewiesen wird, einem anderen, meist kleineren und wirtschaftlich schwächeren Betrieb entzogen werden muß. Eine von Verantwortungsbewußtsein getragene Mitarbeit der Unternehmer bei der Behebung Arbeitseinsatzmäßiger Schwierigkeiten läßt sich am besten dadurch erzielen, daß Aufträge nicht unabhängig davon erteilt werden, ob der Unternehmer über die benötigten Arbeitskräfte verfügt.

Soweit die Unternehmer sich für den Arbeitseinsatz bei wichtigen Bauten nicht in ausreichendem Maße verantwortlich fühlen, muß auf die Verteilung der Arbeitskräfte innerhalb der Betriebe der Einfluß ausgeübt werden können, der notwendig ist, um — unter Verzicht

auf vermeidbare Dienstverpflichtungen — den Arbeitseinsatz bei anerkannten Bauten zu sichern. Aus diesem Grunde hat der Präsident der Reichsanstalt, dessen Aufgaben und Befugnisse inzwischen auf mich übergegangen sind, den in Ihrem Schreiben erwähnten Munderlaß herausgegeben. Dieser mußte sich, sollte er seinen von mir dargelegten Zweck erfüllen, auch auf die für den Arbeitseinsatz besonders bedeutsamen Stammarbeiter erstrecken. Andererseits soll der Erlaß nur dann angewendet werden, wenn ohne innerbetriebliche Lenfung von Arbeitskräften die Durchführung wichtiger Bauten in Frage gestellt wäre. Da der Erlaß eine den Arbeitseinsatzmäßigen Bedürfnissen entsprechende innerbetriebliche Verteilung der Arbeitskräfte erreichen soll, kann er die — auch vom Arbeitseinsatz her erwünschte — engere Bindung der Arbeiter an die Betriebe nicht beeinträchtigen.

Die vom Präsidenten der Reichsanstalt getroffene Regelung berücksichtigt die Grundgedanken, nach denen — entsprechend den Forderungen des Beauftragten für den Bierjahresplan — der Baumarkt geordnet werden soll. Auch von der Art dieser Ordnung wird es abhängen, ob und wieweit der Arbeitseinsatz in der Bauwirtschaft auch künftig noch innerbetrieblich gelenkt werden muß."

Richtsätze für den Urlaub im Jahre 1939

Der Reichstreuhand der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Pommern hat die folgenden Richtsätze für den Urlaub im Jahre 1939 bekanntgegeben. Diese Richtsätze sind in den „Amtlichen Mitteilungen“ Heft 11 vom 1. 6. 1939 abgedruckt und vom Verlag F. Hessenland, Stettin, zu beziehen.

Urlaub für Gefolgschaftsmitglieder über 18 Jahre.

Die Erhaltung der Gesundheit des Deutschen Volkes erfordert es, daß jedes Gefolgschaftsmitglied einmal im Jahre einen bezahlten Erholungsurlaub erhält. Ich gebe daher Richtlinien für die Gewährung des Urlaubs bekannt. Ich erwarte von allen Betriebsführern, für deren Gefolgschaftsmitglieder keine oder ungünstigere tarifliche Bestimmungen gelten, daß sie den Urlaub nach folgenden Sätzen regeln:

1. Der Urlaub ist möglichst zusammenhängend zu gewähren. Alle Gefolgschaftsmitglieder haben einmal im Jahr Anspruch auf bezahlten Urlaub. Der Urlaub dient zur Erholung. Während des Urlaubs darf keine dem Urlaubszweck widersprechende Erwerbsarbeit geleistet werden. Bei Zu widerhandlung kann das bezogene Urlaubsgeld zugunsten der NS.-Volkswohlfahrt zurückverlangt werden. Stichtag ist der Eintrittstag. Das Urlaubsjahr ist das Kalenderjahr. Der Urlaubsanspruch für das Urlaubsjahr entsteht für Gefolgschaftsmitglieder über 18 Jahre im ersten Jahr der Betriebszugehörigkeit nach einer Tätigkeit von 6 Monaten im Betrieb. Beim Wechsel des Betriebes besteht jedoch nur einmal Anspruch auf Urlaub innerhalb eines Kalenderjahres.

2. Der Mindesturlaub für Gefolgschaftsmitglieder über 18 Jahre beträgt im 1. Jahr der Betriebszugehörigkeit 6 Werkstage. Der Urlaub erhöht sich stufenweise und soll nach 10jähriger Betriebszugehörigkeit 12 Werkstage erreichen. Die Staffelung des Urlaubs innerhalb dieser Grenze wird dem Betriebsführer nach Beratung im Vertrauensrat überlassen. Die Dauer der Betriebszugehörigkeit errechnet sich vom vollendeten 18. Lebensjahr ab.

3. Schwerkriegsbeschädigte und Arbeitsbeschädigte erhalten einen zusätzlichen Urlaub von 3 Werktagen.

4. In die Betriebszugehörigkeitsdauer wird jede im Betrieb verbrachte Beschäftigungszeit eingerechnet, auch wenn sie nicht zusammenhängend geleistet wurde. Eine Beschäftigung in einem gleichen oder ähnlichen Berufszweig ist auf die Urlaubsdauer anzurechnen. Eine frühere Beschäftigung bleibt außer Betracht, wenn seinerzeit eine fristlose Entlassung oder die Entlassung auf eigenen Wunsch erfolgt ist oder eine zusammenhängende Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses von mehr als 1 Jahr stattgefunden hat. Die Zeit, in der ein Gefolgschaftsmitglied seine Arbeitsdienst- und Wehrpflicht erfüllt hat, ist bei der Errechnung der Betriebszugehörigkeitsdauer als Beschäftigungszeit anzurechnen.

5. Das Urlaubsgeld ist bei Antritt des Urlaubs im voraus zu bezahlen. Zeitlöner erhalten den bei Urlaubsantritt bezogenen Stundenlohn, Afkordarbeiter den durchschnittlichen Stundenverdienst der letzten 6 Wochen, soweit durch Tarifordnung nicht etwas anderes

bestimmt ist. Für den Urlaubstag werden 8 Stunden vergütet. Bei regelmäßiger Mehrarbeit ist diese entsprechend, und zwar bis zu 10 Stunden, zu vergüten. Für die Berechnung der Urlaubsvergütung ist die Jahresdurchschnittsarbeitszeit des gesamten Betriebes zu grunde zu legen. Ergibt sich im Jahresdurchschnitt eine kürzere Arbeitszeit als 8 Stunden täglich, so kann nach Beratung im Vertrauensrat das Urlaubsentgelt entsprechend geschränkt werden. Das Urlaubsentgelt darf aber bei Kurzarbeit nicht unter 6 Stunden für jeden Urlaubstag festgelegt werden. Für Gefolgschaftsmitglieder unter 18 Jahren hat jedoch eine Kürzung der Urlaubsvergütung nicht zu erfolgen.

6. Scheidet ein Gefolgschaftsmitglied aus betrieblichen oder unverschuldeten persönlichen Gründen vor Ablauf eines Beschäftigungsjahrs aus einem Betriebe aus, so erhält es, falls es im Beschäftigungsjahr mindestens 6 Monate tätig war, mindestens die Hälfte des ihm zustehenden Jahresurlaubs. Bei begründeter fristloser Entlassung oder bei vertragswidriger Auflösung des Arbeitsverhältnisses durch den Gefolgschaftsangehörigen entfällt der Urlaubsanspruch.

Urlaub für Heimarbeiter.

Soweit für die Heimarbeiter der Urlaub nicht durch Tarifordnung geregelt ist, soll er nach folgenden Grundsätzen gewährt werden:

a) Als Urlaubsgeld sollen Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende, die in der Regel allein oder mit nicht mehr als zwei Hilfskräften arbeiten, 2 v. H. des Entgeltes erhalten, das in der Zeit vom 1. Mai des ver-

gangenen bis 30. April des laufenden Jahres an sie ausgezahlt worden ist.

b) Die Urlaubsdauer soll sich in der Weise errechnen, daß das Urlaubsgeld durch den durchschnittlichen Tagesverdienst bei voller Beschäftigung geteilt wird. Das Ergebnis zeigt die Zahl der Urlaubstage an. Besteht Zweifel über die Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes, so soll er mit 2,40 RM. angenommen werden.

c) Für die Dauer des Urlaubs darf Arbeit nicht ausgegeben und andere Arbeit gegen Entgelt nicht angenommen werden.

d) Die Kalendertage, während der der Urlaub genommen wird, sowie die Höhe des Urlaubsgeldes sind vom Auftraggeber in das Entgeltbuch einzutragen.

e) Zwischenmeister haben Anspruch auf Erfaturation des an die Heimarbeiter zu zahlenden Urlaubsgeldes in der Weise, daß die Auftraggeber 2 v. H. desjenigen Beitrages zahlen, der sich nach Abzug des Zwischenmeisterzuschlags zum Heimarbeiterentgelt ergibt.

Urlaub für Gefolgschaftsmitglieder unter 18 Jahren.

Bei Jugendlichen richtet sich die Urlaubserteilung nach den Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes vom 30. April 1938 (RGBl. I S. 437). Bei der zeitlichen Festsetzung des Urlaubs ist nach Möglichkeit auf Wünsche des Gefolgschaftsmitgliedes Rücksicht zu nehmen. Der Erholungsurlaub ist möglichst während der Monate Mai bis Oktober zu gewähren. Nur wenn die Betriebsverhältnisse dies nicht zulassen, ist der Urlaub in die arbeitsstille Zeit zu legen.

Bauvorhaben der Gemeinden

Das Gauamt für Technik in Stettin hat uns über den Gauwirtschaftsberater in Stettin folgendes mitgeteilt: „Der Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft, Generalinspektor Dr. Ing. Todt, hat mit Rücksicht auf die Knappheit an Holz, Eisen und Arbeitskräften verfügt, daß bei den einzelnen Bauvorhaben von Fall zu Fall eine sorgfältige Überprüfung vorgenommen werden muß. Die Entscheidung, ob in dem einen oder anderen Fall der Bau eines Krankenhauses, einer Schule oder eines Wohnblocks vordringlich bzw. weniger dringlich ist, ist zum großen Teil eine politische Entscheidung und muß somit von der Beurteilung des Gauleiters abhängig gemacht werden.

Der Herr Generalinspektor hat daher im Einvernehmen mit dem Herrn Reichsminister des Innern den Herrn Reichsarbeitsminister gebeten, Anweisung zu geben, daß die Arbeitsämter dem Gauleiter künftig sämtliche Anträge auf Genehmigung größerer Neubauten zur Stellungnahme zuzuleiten haben, bevor über sie im Reichs-

arbeitsministerium im Rahmen der verfügbaren Baumaterialmengen entschieden wird.

Es wird von hier aus veranlaßt werden, daß die Arbeitsämter dem Gauleiter einen Überblick über den unter Berücksichtigung der verfügbaren Baustoffe im Gaubereich möglichen Bauumfang geben, um danach beurteilen zu können, inwieweit den einzelnen Anträgen zugestimmt werden kann.

Für die Zukunft ist also bei allen Bauvorhaben, die die Mitwirkung des Arbeitsamtes bzw. des Landesarbeitsamtes voraussetzen (d. h. eine bestimmte Baumaterialmenge erfordern), bei Abgabe des Antrages an die Baupolizei unter Angabe der erforderlichen Rohstoffmengen und Arbeitskräfte Mitteilung nach hier zu geben, damit die Entscheidung des Gauleiters durch das Gauamt für Technik vorbereitet werden kann, wenn der Bauantrag vom Landesarbeitsamt dem Gauleiter vorgelegt wird.“

Nationalsozialismus und Außenhandel

Nationalsocialism och utrikeshandel

Ueber die Einstellung des nationalsozialistischen Deutschlands zum Außenhandel sind im Ausland vielfach noch die falschesten und außerdem auch widersprechendsten Meinungen verbreitet. Deutschland strebe die Autarkie an, Deutschland sei außenhandelsfeindlich, Deutschland treibe Dumping, für Deutschland sei Außenhandel ein Mittel seiner politischen Hegemoniebestrebungen — diese und ähnliche Ansichten kann man hören.

Demgegenüber ist festzustellen, daß der Nationalsozialismus sein Haus in Ordnung halten will und hierbei unbeirrt und unbeirrbar nach den Grundsätzen seiner Weltanschauung und den Erfordernissen der deutschen Wirtschaft vorgeht. Etwaige wirtschaftliche Druckmittel des Auslandes sind das letzte, was ihn von diesem Wege abbringen könnte. Aber der Nationalsozialismus hat weder Theorien aufgestellt noch Maßnahmen ergriffen, die auf eine außenhandelsfeindliche Einstellung schließen ließen oder die auf den Welthandel, für dessen Unordnung er überhaupt nicht verantwortlich ist, störend einwirken. Es sei nur darauf hingewiesen, daß die schwersten Beeinträchtigungen des zwischenstaatlichen Gütertausches aus der Zerrüttung der Währungen herrühren, Deutschland aber seine Währung aufrechterhält.

Will Deutschland die Autarkie?

Der deutsche Raum ist nicht mit einem großen Teil der Glücksgüter gesegnet, über die andere Länder, die sich uns gegenüber heute handelsfeindlich einstellen, in so reichem Maße verfügen. Wenn Deutschland seine eigenen Ernährungsgrundlagen zu verbessern und seine eigene Rohstofferzeugung zu steigern bemüht ist, so lehren doch die Tatsachen, daß dieses Streben keinerlei Einschränkung des Außenhandels zur Folge gehabt hat oder künftig haben müßte. Die starken Einführen Deutschlands an Rohstoffen und besonders an Nahrungsmitteln sprechen für sich. Eines der wichtigsten Ziele des nationalsozialistischen Deutschlands ist es, die Lebenshaltung seiner fleißigen, arbeitenden Bevölkerung zu erhöhen, und es weiß, daß es hierzu erheblicher und sich ständig vermehrender Handelsbeziehungen zum Ausland bedarf. Welch Widersinn also, Deutschland streben nach Autarkie, nach Abschließung vom Ausland nachzusagen! Jedwede Abschließung widerläuft Deutschlands eigenen Interessen. Das Großdeutsche Reich bietet seinen Handelspartnern den größten und aufnahmefähigsten Markt innerhalb Europas, es bietet ihm auf der anderen Seite die Unzahl von Erzeugnissen seiner hochqualifizierten Industrie. Was ist also natürlicher, als daß Deutschland, fernab von allen Autarkiedenkern, durch eine aktive und zielsbewußte Handelspolitik alles tut, um seinen Umsatz mit dem Ausland zu erhöhen?

Over det nationalsocialistiska Tysklands ståndpunkt i fråga om utrikeshandeln kursera mängenstädes än i denna dag högst oriktiga och dessutom sig motsägande menigar. Man kan ofta höra sådana åsikter som t. ex. „att Tyskland åsyftar en autarki“, „att Tyskland dumpar“, eller „att utrikeshandeln för Tyskland vore ett medel för dess hegemonisträvanden“.

Gentotom sådant påstående måste konstateras att nationalsocialism vill hålla sitt hus i ordning och i detta strävande konsekvent handlar i överensstämmelse med sin världssåkådning och enligt den tyka handelns behov. Hot om eventuella handelspolitiska represaler från utlandet kan minst av allt tvinga Tyskland bort från sin inslagna väg. Dessutom har nationalsocialismen varit sig uppställt några teorier, eller tillgripit några åtgärder, som kunde tillåta en uppfattning om ex- eller importfientlig inställning, eller som kunde verka störande på världsmarknaden. Att världsmarknaden är ur gängorna kan sannerligen inte läggas Tyskland till last. I detta sammanhang behöver dock uppmärksamgöras på att rubbningarna i det mallastatliga vurutbytet bero på valutornas labilitet, var emot Tyskland håller sin valuta stabil.

Vill Tyskland autarki?

Tyskland är icke så lyckligt lottat med en stor del av denna världens goda som många andra länder, vilka för närvarande intaga en fientlig handelspolitisk hållning gentemot oss. Om också Tyskland söker förbättra sitt självförsörjningsläge och strävar efter att stegra sin egen råämneproduktion, så bevisa dock faktat, att dessa strävanden inte haft och ej heller torde komma att hava några som helst inskränkningar i handeln med utlandet till följd. Tysklands stegrade import av råämnen och i alldelens särskild mån dess införsel av livsmedel talar ett tydligt språk. Ett av det nationalsocialistiska Tysklands allra viktigaste mål är att höja sin flitiga, arbetande befolknings levnadsstandard och därvid är sig Tyskland medvetet om nödvändigheten av betydande och sig ständigt ökande handelsförbindelser med utlandet. Hur ologiskt är det då inte att pådikta Tyskland ett strävande efter autarki! Varje avsnörning ställer sig direkt emot Tysklands egna intressen. Det stortyska riket bjuder sina handelspartner den största och mest konsumrande marknaden i Europa och Tyskland är sin sida kan bjuda ett otal kvalitativt högstående industriprodukter. Vad är då naturligare än att Tyskland — långt avlägset från alla tankar på autarki — gör allt för att genom en aktiv och målmedveten handelspolitik öka sin omsättning med utlandet.

Utrikespolitik och utrikeshandel

Att Tyskland i sina strävanden inte överallt röner genkärlek är välkänt. Emellertid är det blott och bart politiska skäl som låta vissa länder komma

Außenpolitik — Außenhandel.

Daß Deutschland dabei nicht überall auf Gegenliebe stößt, ist bekannt. Es sind indessen lediglich politische Gründe, die manchen Ländern die Drosselung ihres Außenhandels mit dem nationalsozialistischen Deutschland ratsam erscheinen lassen. Hierbei verfährt man törichterweise häufig gegen die wichtigsten Interessen der eigenen Wirtschaft. Am deutlichsten zeigt dies vielleicht der Fall der amerikanischen Baumwollerzeuger, die auf ungeheuren Baumwollvorräten sitzen bleiben müssen, nur weil die Wirtschaftspolitik ihrer Regierung ihnen den aufnahmebereiten deutschen Markt versperrt. Hier haben wir also ein Beispiel der Absperrung vom Auslandsmarkt aus einem Grund, dessen politischer Charakter unbestreitbar ist.

Anstatt daß aber derjenige Teil des Auslandes, der mit seinen überlebten und stark zu beanstandenden handelspolitischen Methoden die größten Störungen des Welthandels hervorgerufen hat, angesichts solcher oder ähnlicher Beispiele in sich geht, werfen diese Länder ihrerseits Deutschland vor, daß es seine auswärtige Handelspolitik den Bedürfnissen seiner Außenpolitik unterordnet, Außenhandel also nach außenpolitischen Zielsetzungen treibt. Man sagt etwa, daß wir unsern Außenhandel mit einzelnen Ländern bewußt steigern und ausbauen, um diese Länder in wirtschaftliche und demzufolge auch politische Abhängigkeit von uns zu bringen. Auch hier wieder eine völlige Verkennung nationalsozialistischer Grundsätze! Wenn ein Staat von der Achtung vor fremdem Volkstum und damit auch der Achtung vor den wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeiten dieses Volkstums getragen ist, so ist es das neue Deutschland. So hat Deutschland seinen Außenhandel beispielsweise mit den Ostseeländern und den Ländern des Donauraumes zielsicher fördern und steigern können, indem seine Handelspolitik gegenüber diesen Ländern nicht nur dem deutschen Bedürfnis, sondern ebenso den lebenswichtigsten Ein- und Ausfuhrnotwendigkeiten dieser Länder Rechnung trug. Das enge Austauschverhältnis, in das viele dieser Länder dank dem organischen Aufbau der deutschen Handelspolitik zu Deutschland treten konnten, hat sie vielfach von schwerer innerwirtschaftlicher Sorge befreit, gewährt ihrer bäuerlichen Bevölkerung wieder einen stetigen Absatz ihrer Erzeugnisse zu auskömmlichen Preisen, ermöglicht ihnen stärkere industrielle und verkehrsmäßige Durchdringung und gestattet ihnen, ihre Bodenschätze in einem viel höheren Maße als bisher zu erschließen.

Nun wendet das uns unfreundlich gesinnte Ausland ein, daß Deutschland damit die Selbständigkeit dieser Länder bedroht. Diesem Einwand ist Adolf Hitler in seiner Reichstagsrede vom 28. April begegnet. Der Führer hat erklärt:

„Wie oft haben wir das Vergnügen, in den dilettantischen wirtschaftlichen Abhandlungen unserer demokratischen Pressen zu lesen, daß Deutschland deshalb, weil es mit einem Land enge wirtschaftliche Beziehungen unterhält, dieses Land in seine Abhängigkeit bringt. Ein geradezu haarsträubender jüdischer Unsinn. Denn wenn heute das Deutsche Reich einem Agrarstaat Maschinen liefert und dafür von diesem Lebensmittel erhält, dann ist das Reich als

till den uppfattningen att en nedskärning av deras utrikeshandel med det nationalsocialistiska Tyskland synes vara tillräddigt. Härutinnan handlar man ofta, däraktigt nog, emot den egna handelns viktigaste intressen. Allra tydligast bevisar kanske detta just fallet med de amerikanska bomullsproducenterna, som måste bliva sittande på sina enorma bomullsföråd, endast på grund av att deras regerings handelspolitik utesluter dem från den konsumtionsstarka tyska marknaden. Här hava vi alltså ett exempel på ett avsnörande från den utländska marknaden av ett skäl, vars karaktär obestridligen är politisk. I stället för att den del av utlandet, som med sina gammalmodiga och nog så klandervärda metoder alstrar de svåraste rubbningarna på världsmarknaden, med tanke på sådana och liknande exempel, går till rätta med sig själv, förebrå den å sin sida Tyskland att det underordnar sina handelspolitiska behov sin utrikespolitik, eller med andra ord bedriver sin utrikeshandel efter utrikespolitiska synpunkter. Man säger t. ex. att vi med avsikt stegra och utvidga vår utrikeshandel till vissa länder, för att bringa dem i ekonomiskt och sälunda också i politiskt beroende av oss.

Även härutinnan en fullkomlig feltolkning av nationalsocialistiska grundsatser. Om någon stat är besjälad av akting gentemot främmande folkslag och sälunda också gentemot detta folkslags ekonomiska levnadsnödvändigheter, så är det sannerligen det nya Tyskland. Så har Tyskland t. ex. målmedvetet kunnat stegra sin utrikeshandel med Östersjöstaterna och Donauländerna, i det Tysklands handelspolitik gentemot dessa länder icke blott tog hänsyn till de tyska behoven, utan även till dessa ländernas livsviktiga importnödvändigheter. Det intima ömsesidiga varuutbytet, i vilket flera av dessa länder — tack vare det tyska organiska uppbyggandet av sin handelspolitik — kunde träda till Tyskland har i många fall befriat dem från svåra inrikesekonomiska sorger, givit den lantbruksidkande befolkningen en stadig avsättning av dess produkter till skapliga priser, har möjliggjort en starkare industrialisering och ökning av trafiken samt har skapat möjligheter att i större mån än hitintills exploatera sina naturrikedomar.

Nu kommer det oss avogt sinnade utlandet med den invändningen, att Tyskland därigenom hotar dessa ländernas självständighet. Gentemot denna invändning har Adolf Hitler tagit ställning i sitt tal inför riksdagen den 28. April.

Adolf Hitler har förklarat:

„Hur ofta hava vi inte nöjet att i de dilettantiska ekonomiska avhandlingarna i den demokratiska pressen läsa om att Tyskland genom att underhålla intima handelsförbindelser med ett land bringar detta land i beroende av Tyskland. En rent av hårresande judisk galenskap, ty om Tyskland i dag levererar maskiner till ett agrarland och i sin tur erhåller livsmedel från detta, så är Tyskland såsom livsmedelskonsument minst lika mycket, om inte mera, beroende av detta agrarland än agrarlandet, som av oss erhåller industriprodukter såsom betalning, är av Tyskland.“

Englands roll

Det som med orätt förebrås Tyskland passar emellertid in på andra länder. I all synnerhet är härvidlag att

Konsument von Lebensmitteln von diesem Agrarstaat mindestens ebenso, wenn nicht noch mehr abhängig, als der Agrarstaat, der von uns als Bezahlung Industrieprodukte empfängt."

Die Rolle Englands.

Was Deutschland zu Unrecht vorgeworfen wird, trifft aber für andere Länder zu. Besonders sei auf England verwiesen. England, das mit Unwillen den organischen Ausbau und das Wachsen der deutschen Handelsbeziehungen zu einer Reihe mittlerer und kleinerer europäischer Länder sieht, sucht seinerseits, diese Länder — namentlich in Süd- und Nordeuropa — wirtschaftlich unter Druck zu setzen und sie zu zwingen, ihre Ausfuhren von Deutschland auf andere Länder zu verlagern. In der englischen Presse wird offen ausgesprochen, daß eine Erhöhung der Ausfuhr der in Frage stehenden Länder nach anderen Staaten als Italien und Deutschland notwendig sei. Die Mittel hierzu werden des breiteren erörtert. England selbst kann den Ausfuhrbedarf dieser Länder durch Steigerung seiner eigenen Beziehungen, was ja am nächstliegenden wäre, nicht befriedigen, da es bei seiner Einfuhr in erster Linie die Interessen des Empires berücksichtigen muß. So soll denn im Wege von Krediten und Finanzmanövern versucht werden, an Stelle des aufnahmefähigen und allen diesen Ländern nahbenachbarten Markt des Großdeutschen Reiches andere Märkte für sie zu eröffnen. Hier haben wir eine Handelspolitik, die aus trüben machtpolitischen Quellen stammt und keine Rücksicht auf die wahren wirtschaftlichen Interessen der Partner nimmt. Auch die gegenwärtig zu beobachtenden Versuche, die nordischen Länder zu einem Ausgleich ihrer bisher stark aktiven Handelsbilanz durch vermehrte Käufe aus England zu veranlassen — auch dies natürlich zur Beeinträchtigung der deutschen Ausfuhr —, gehören in dies Kapitel. Derartige Versuche können als das geeignete Mittel, den Welthandel weiter in Verwirrung zu bringen, gar nicht nachdrücklich genug gekennzeichnet werden. Sie sind nationalsozialistischem Denken fremd.

Deutschland als ehrlicher Partner.

Angesichts der Bedeutung der irreführenden wirtschaftspolitischen Parolen der Deutschland feindlichen Auslandskreise muß einmal festgestellt werden, daß Deutschland mit seinen zu Unrecht angefeindeten, neuartigen Außenhandelsmethoden seine Handelsbeziehungen zum Ausland nach den Grundsätzen eines ehrlichen und rechtschaffenen Kaufmannes führt. Deutschland kauft nur, was es bezahlen kann; es kauft vorzugsweise in den Ländern, die ihrerseits abnahmefähig für deutsche Waren sind. Dies ist ein Verfahren, daß eigentlich jedermann einleuchten sollte. Es hat auch bereits reiche Früchte getragen, wie die erhebliche Steigerung unseres Außenhandels mit einer großen Anzahl von Ländern zeigt. Daß dabei Verlagerungen von einem Land zum andern in Kauf genommen werden müssen, ist im Grunde belanglos. Um so mehr nur besteht für den deutschen Außenhandelskaufmann die Verpflichtung, die Märkte jener Länder, die uns wichtige Waren liefern, zu pflegen. Nicht durch politischen Druck, wie ihn England ausüben beliebt, sondern durch zuverlässige und

uppmärksamgöra på England. England, som med ovilja ser de tyka handelsförbindelsernas organiska utvidgande och ökning till en rad medelstora och mindre europeiska länder, söker å sin sida utöva tryck på dessa länder — särskilt i södra och norra Europa — för att tvinga dem till att förskjuta sin export från Tyskland till andra länder. I den engelska pressen uttalas öppet, att en ökning av dessa länders export till andra stater än Italien och Tyskland är nödvändig. Medeln härtill dryftas vidlyftigt. England kan själv inte tillmötesgå dessa länders exportbehov genom egen ökad import, vilket ju borde ligga närmast till hands; och detta på grund av att England i främsta rummet måste taga hänsyn till empires intressen. Så måste då försökas att genom krediter och finansmanövrar öppna andra marknader i stället för den stortyska marknaden, som ju otvivelaktigt är enormt konsumtionsstark och ligger i alla dessa länders närmaste grannskap. Här se vi alltså en handelspolitik som upprinner ur grumliga källor och som inte tager någon som helst hänsyn till motpartens verkliga handelsintressen. Också de försök som man för närvarande kan iakttaga till att föranläta de nordiska staterna att utbalansera sin hitintills starkt aktiva handelsbilans genom ökad import från England — detta nuturligtvis till skada för den tyska exporten — höra till detta kapitel. Sådana försök kunna inte eftertryckligt nog brännmärkas, då de i högsta mān bidraga till att än mera rubba världsmarknaden. De är nationalsocialistiskt tänkésätt fullkomligt främmande.

Tyskland såsom ärlig partner

Gentemot de vilseledande handelspolitiska parollerna i de Tyskland fientligt sinnade utländska handelskretsarna måste en gång med allt eftertryck konstateras, att Tyskland med sina nya handelsmetoder, vilka med orätt utsättas för angrepp, handhaver sina handelsförbидelser med utlandet enligt en ärlig och rättsskaffens köpmanns grundsatser. Tyskland köper endast vad det kan betala; det köper företrädesvis i de länder som i sin tur är beredda att emottaga tyska varor. Detta är en metod som egentligen bode vara klar och förstålig för var och en. Denna metod har också redan burit rik frukt, vilket bevisas genom en avsevärd ökning av vår utrikeshandel med ett flertal länder. Att därvid förskjutningar från ett land till ett annat måste tagas med i köpet är i grund och botten av högst ringa betydelse. Så mycket mera består för den tysk köpmannen som bedriver handel med utlandet en förpliktelse att vinnlägga sig om de marknader som leverera de viktigaste varorna till oss. Icke genom politiskt tryck, så som England behagar utöva, utan genom tillförlitliga och ändamålsenliga anbud, genom anpassning till den andra partens behov, genom hederligt handlingssätt — varvid bågge delar komma till sin rätt — gestaltas de mellanstatliga handelsförbindelserna fruktbringande.

zweckdienliche Angebote, durch Einstellung auf die Bedürfnisse des anderen Teils, durch eine anständige kaufmännische Handlungsweise, bei der beide Teile auf ihre Rechnung kommen, werden die Handelsbeziehungen zwischen Staaten fruchtbar gestaltet.

Wirtschaftler aus dem Sudetengau besuchten Stettin

Für das Sudetenland, das Protektorat Böhmen und Mähren und darüber hinaus für den gesamten südost-europäischen Raum ist Stettin der nächstgelegene deutsche Hafen, dem daher in verkehrs- und wirtschafts-politischer Hinsicht steigende Bedeutung zukommt. In richtiger Erkenntnis dieser Tatsache besuchten am Freitag, dem 9. Juni, Vertreter der Industrie- und Handelskammer Troppau, unter ihnen auch der Präsident der Kammer, unsere Gauhauptstadt, um mit Persönlichkeiten der Stettiner Wirtschaft nicht nur in Gedanken austauschen zu treten und persönliche Verbindungen anzuknüpfen, sondern auch gleichzeitig die Maßnahmen zu fixieren, die zu einer weiteren Festigung der Beziehungen Stettins besonders zum östlichen Sudetengau führen.

Daß der Stettiner Hafen auf Grund seiner günstigen Lage zum Sudetenland und seiner umfassenden und modernen technischen Einrichtungen mehr und mehr in das Blickfeld der sudetendeutschen Wirtschaft rücken muß, daran ist kein Zweifel. Diese Überzeugung gewannen auch die Troppauer Gäste, als sie nach einem aufschlußreichen Vortrag von

Dr. Oldenburg, der in übersichtlicher Form Stellung und Bedeutung des Stettiner Hafens darlegte, eine längere Hafenrundfahrt mit Vertretern aus dem Wirtschafts- und Verkehrsleben Stettins unternahmen. Hier lernten sie unter anderem Stettins größten Schuppen speicher kennen, hier sahen sie die wuchtigen Einrichtungen für den Umschlag von Massengut, hier erlebten sie in fast dreistündiger Fahrt den Pulschlag des größten deutschen Ostseehafens.

Der erste Tag fand seinen Abschluß mit einem von der Industrie- und Handelskammer zu Stettin veranstalteten Abendempfang, an dem auch die Vizepräsidenten Holtz und Weigel teilnahmen. In seiner Begrüßungsansprache unterstrich Vizepräsident Weigel ganz besonders die engen und freundschaftlichen Beziehungen zwischen Stettin und dem Sudetenland, wobei er der Hoffnung Ausdruck gab, daß diese na-turgegebenen Verbindungen sich in nächster Zeit noch inniger gestalten möchten. Den gleichen Wunsch äußerte auch der Präsident der Industrie- und Handelskammer Troppau, Olbrich, mit der Zusicherung, daß in Zukunft nichts unversucht gelassen



Die Troppauer Gäste auf der Fahrt durch den Stettiner Hafen

Aufn.: Lewin

Nichtangriffspakte Deutschlands mit Estland und Lettland

Am 7. Juni fand im Auswärtigen Amt zu Berlin die feierliche Unterzeichnung der Nichtangriffsverträge zwischen Deutschland und Estland und zwischen Deutschland und Lettland statt. Außer dem Reichsminister des Auswärtigen von Ribbentrop, dem estnischen Außenminister Selter und dem lettischen Außenminister Munters wohnten dem Unterzeichnungsakt von estnischer Seite der Gesandte in Berlin, Tofer, und Ministerialdirektor Kirota bei, von lettischer Seite der Gesandte in Berlin, Kroewinsch, und Ministerialdirektor Campe, von deutscher Seite Staatssekretär von Weizsäcker, die Unterstaatssekretäre Woermann und Gaus und Vortragender Legationsrat von Grundherr.

Die Nichtangriffspakte, die inhaltlich genau übereinstimmen, besagen folgendes:

Der deutsche Reichskanzler und der Präsident der Republik Estland (Lettland), fest entschlossen, den Frieden zwischen Deutschland und Estland (Lettland) unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, sind übereingekommen, diesen Entschluß durch einen Staatsvertrag zu bekräftigen.

Artikel 1. Das Deutsche Reich und die Republik Estland (Lettland) werden in keinem Falle zum Kriege oder zu einer anderen Art von Gewaltandrohung gegeneinander schreiten.

Falls es von seiten einer dritten Macht zu einer Aktion der in Absatz 1 bezeichneten Art gegen einen der vertragschließenden Teile kommen sollte, wird der andere vertragschließende Teil eine solche Aktion in keiner Weise unterstützen.

Artikel 2. Dieser Vertrag soll ratifiziert und die Ratifikationsurkunden sollen so bald als möglich in Berlin ausgetauscht werden.

Der Vertrag tritt mit dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und gilt von da an für eine Zeit von zehn Jahren. Falls der Vertrag nicht spätestens ein Jahr vor Ablauf dieser Frist von einem der vertragschließenden Teile gekündigt wird, verlängert sich seine Geltungsdauer um weitere zehn Jahre. Das gleiche gilt für die folgenden Zeitperioden.

Der Vertrag bleibt jedoch nicht länger in Kraft als der gleichzeitig unterzeichnete entsprechende Vertrag zwischen Deutschland und Lettland (Estland). Sollte der Vertrag aus diesem Grunde vor dem sich aus Absatz 2 ergebenden Zeitpunkt außer Kraft treten, so werden die Deutsche Regierung und die Estnische (Lettische) Regierung auf Wunsch eines Teiles unverzüglich in Verhandlungen über die Erneuerung des Vertrages eintreten.

werden solle, die Einfuhr und Ausfuhr des von ihm betreuten Wirtschaftsgebiets weitgehend über Stettin zu lenken.

Die Arbeitstagung am nächsten Tag im Loitzenzimmer des Hauses der Wirtschaft, die von Vizepräsident Holtz geleitet wurde, zeigte ein erfreuliches Bild der Einmütigkeit zwischen den Vertretern der Troppauer wie überhaupt der ostsudetendeutschen Wirtschaft und der Stettiner Industrie- und Handelskammer. Sowohl von dem Vertreter der Wittkowitzer Eisenwerke als auch den Vorstands- und Beiratsmitgliedern der Troppauer Industrie- und Handelskammer wurde betont, daß die Verkehrsinteressen des Bezirks eindeutig über die Oderlinie nach dem Seehafen Stettin hinwiesen. Auf dem unmittelbaren Eisenbahnwege sei die Tariflage gegenüber den Wettbewerbswegen geklärt und in Ordnung. Was noch zu wünschen übrig bleibe, sei die möglichst baldige Erstellung von Oder-Umschlagstarifen von und nach sudetendeutschen Stationen zwecks besserer Einschaltung des billigen Wasserweges in den Seehafenverkehr über Stettin. Diese Forderung, die schon im Dezember vorigen Jahres im engsten Einvernehmen zwischen der Troppauer Kammer und der Industrie- und Handelskammer zu Stettin von letzterer dem Reichsverkehrsminister vorgelegt worden ist, hat jetzt einen neuen Anstoß erhalten, weil die Reichsbahn vor kurzem neue Umschlagstarife aus dem westlichen Teil des Sudetengaus nach Elbe-Umschlagsplätzen erstellt

hat. Der Seehafen Stettin wie auch der Ostsudeten-gau und die Oderschiffahrt vertreten einmütig die Auffassung, daß es bei dieser Sachlage nicht mehr möglich ist, der Oder entsprechende Umschlagstarife vorzuhalten. Demgemäß wird man erneut zuständigensorts vorstellig werden in der festen Erwartung, daß der Erfolg, der dem früheren Antrage bislang versagt blieb, nunmehr nicht mehr ausbleiben kann. Außerdem werden alle Beteiligten bestrebt sein, die sonstigen Transportkosten, insbesondere für den Umschlag und die Anschlußbeförderungen, so niedrig wie möglich zu halten. Entsprechende Sondervor-schläge sind in Bearbeitung genommen.

Vor dieser Arbeitstagung fanden Besichtigungen einer großen Mineralmühle und der bedeutendsten Herrenkleiderfabrik Stettins statt, für die bei den Gästen besonderes Interesse bestand. Nach Abschluß der Verhandlungen hatte die Stettiner Hafengesellschaft zu einem Imbiß in den Gasträumen des Seemannsheims geladen. Hieran und an der nachfolgenden Fahrt nach Swinemünde nahm auch der Präsident der Industrie- und Handelskammer, Fengler, teil. Am Nachmittag konnte den sudetendeutschen Gästen in Swinemünde noch ein deutsches Kriegsschiff, nämlich der Zerstörer „Friedrich Ihn“, gezeigt werden. Mit einem kameradschaftlichen Beisammensein im Swinemünder Kurhaus fand der erste Besuch der sudetendeutschen Wirtschaftler nach der Rückgliederung ihrer Heimat ins Reich seinen Abschluß.



Der handelshafen von Libau (Liepaja)

Libau als Hafen und Industriestadt Lettlands

Für das alte Russland war Libau der Hafen für Polen, Litauen und teilweise auch für die Ukraine, das sich seit den siebziger Jahren mit Eröffnung der Libau-Romnyer Eisenbahn aus einem kleinen Fischereihafen allmählich zu einem Welthafen mit direkter Verbindung nach Nordamerika entwickelte. In der Nachkriegszeit lagen nun die Verhältnisse für Libaus Hafen nicht aussichtsreich. Denn die Bestrebungen Lettlands, seinen Außenhandel in der Hauptsache über Memel und Riga zu leiten und weiterhin der polnisch-litauische Konflikt, verwandelten Libau aus einem Handelszentrum, durch das in den letzten 20 Jahren vor dem Kriege 5% des gesamten russischen Außenhandels ging, in einen Provinzhafen für Westkurland. Im Jahre 1913 erreichte die in den Hafen von Libau einlaufende Tonnage über 2 Millionen RT, 1928 im Rekordjahr nach dem Kriege keine 400 000 RT. In den späteren Jahren wurde auch diese Zahl nicht mehr erreicht. Erst in den Jahren 1932 bis 1937 bewegte sich die einlaufende Tonnage zwischen 2–300 000 RT, um erst im Jahre 1938 auf 712 Schiffe mit 376 821 RT anzuwachsen. Die Bedeutung liegt aber dennoch tiefer. Von dieser einlaufenden Reg.-Tonnage wurden nur 178 181 t gelöscht und 132 344 t verfrachtet.

Der Hafen ist seiner früheren Bedeutung gemäß sehr gut ausgebaut. Er besteht aus dem Hafenkanal mit dem Fischereihafen, dem Freihafen, Kriegshafen, Winterhafen und Handelshafen. Die Länge des Kais beträgt 3568 m, die durchschnittliche Wassertiefe 6 bis 8 m. Die gesamte Molenlänge erreicht fast 5 km, die Wasserfläche der Hafenanlagen annähernd 60 ha. Im Jahre 1938 gingen aus dem Libauer Hafen, nach Anzahl und Größe der Schiffe geordnet, Waren nach England, Lettland, Deutschland, Polen, Dänemark, Holland, Finnland, Norwegen, Danzig, Litauen, Belgien usw. In gleicher Reihenfolge liefen den Hafen Schiffe aus Deutschland, Lettland, Dänemark, England, Polen, Belgien, Holland, Danzig usw. an. 1938 wurden über Libau insgesamt 144 245 t eingeführt, darunter 2558 t Stückgüter. Den größten Teil der Einfuhr machte Steinkohle und Koks mit 97 915 t aus. Es folgt dann Eisen, Stahl, Gußeisen und Bruch-eisen mit 15 688 t. Düngemittel wurden in einer Menge von 10 051 t importiert, Getreide und Saaten 3 338 t, Salz 4 887 t, Petroleum und Benzin 2 759 t und Heringe 1 321 t. Die Ausfuhr über den Hafen Libau betrug im gleichen Jahre insgesamt 98 775 t, wobei der Holzexport mit 74 071 t weitaus führend war. Es folgen lebende Schweine (95 813 Stück) im

Gewicht von 13801 t, dann Butter 4330 t, Furnier 3479 t, Eisenschlacke 1662 t und Bacon 615 t. Die Getreideausfuhr war im Jahre 1938 recht schwach, es gelangten nur 215 t zum Export. Es ist anzunehmen, daß sich der Getreideexport wieder steigert, zumal der gesamte Getreideexport Lettlands ausschließlich durch Libau geht. Der Anteil Libaus an Lettlands Seeschiffahrt beträgt 21% des Schiffsraumes und 12% seines Güterumschlages.

Libaus Einwohnerzahl ist von nahezu 100000 der Vorkriegszeit auf annähernd 60000 gesunken, dennoch ist es Lettlands zweitgrößte Stadt und zweitgrößtes Industriezentrum. Libau ist neben Riga, der Hauptstadt des Landes, die einzige Stadt, die einen eigenen Außenhandel und ein eigenes Bankwesen besitzt. Libaus Bedeutung als Industriestadt Lettlands ist durchaus beachtlich.

Ein großer Teil der Metallindustrie Lettlands ist in Libau konzentriert. An der Spitze dieser stehen die ehemaligen Kriegshafen-Werkstätten, jetzt „Tosmare“, die „Libauer Drahtfabrik“ und die „Eisenbahnwerkstätten“ mit insgesamt 3000 Arbeitern. Die Tosmare, am Kai des Kriegshafens gelegen, umfaßt ein Territorium von 625000 qm, auf dem sich außer den Fabrikanlagen 2 Trockendocks von je 157 m Länge, 30 m Breite und 9 m Tiefe, für kleinere Schiffe bis 500 t ein Schwimmdock von 60 m Länge und 10 m Breite befinden. Die kleinen Schiffe bis zu 200 t werden auf einer Reling remontiert. Schiffe, die keine Unterwasser-Remonte benötigen, können am 2 km langen und 9 m tiefen Kai liegen. Nennenswert wäre noch die Produktion dieser Fabrik: Kessel, Schiffsteile, Eisen- und Stahlwerkzeuge, landwirtschaftliche Maschinen, Kräne.

Die Drahtfabrik ist das führende Unternehmen in Lettland und besitzt das Eisen-Einfuhrmonopol. Die Fabrik verfügt über einen Martinsofen, ein Walzwerk, ein Drahtziehwerk und eine Gießerei. Von der Produktion seien hier genannt: Elektrostahl, Schienen, Werkzeuge, Nägel, Federn, Draht von 0,1–12 mm, Ketten usw. Im allgemeinen verarbeitet diese Fabrik im Jahre annähernd 50000 t Metall. Das kleinere Werk „Pluto“ mit einer Gesenkschmiede und Presserei stellt in der Hauptsache Werkzeuge — Beile, Hämmer, Schraubenschlüssel —, dann aber auch noch geschmiedete Teile für Maschinen, Schaufeln und Pflüge her. Die Fahrradfabrik und das Weißblech verarbeitende Unternehmen haben nur lokale Bedeutung. In Libau wird insgesamt ein Drittel der Erzeugnisse der lettändischen Metallindustrie hergestellt.

Beachtlich ist ferner Libaus Holzindustrie mit seinen 26 Sägemühlen, von denen aber nach dem neuen Rationalisierungsplan nur noch 11 arbeiten werden. Die einzige größere Kork- und Korkisolierplattenfabrik Lettlands befindet sich ebenfalls in Libau. Diese Fabrik führt auch jährlich noch 20–30 t aus deckt außerdem den gesamten Inlandbedarf. Mit ihrer maschinellen und technischen Einrichtung kann sich die Libauer Lederfabrik „Korona“ westeuropäischen

und amerikanischen Chromlederfabriken an die Seite stellen.

So sehr auch eine vom Staat geförderte Entwicklung der Industrie in Libau wichtig und ihm auch zu verdanken ist, daß die zeitweilig bemerkbaren Niedergangstendenzen einer langsamen Aufwärtsbewegung Platz gemacht haben, so ist doch klar, daß Libaus Zukunft eng mit der Zukunft des Libauer Hafens verbunden ist. Nun sind zwar im Laufe der letzten Jahre manche Hemmungen für eine weitere Entwicklung gefallen. Das Haupthindernis, der litauisch-polnische Konflikt, ist beseitigt, und es ist anzunehmen, daß Polen die Verfrachtungen seiner Waren Ostpolens und des Wilna-Gebietes durch Libau vornehmen wird, zumal der Handelsvertrag zwischen Polen und Litauen durch einen Transit über litauisches Gebiet mit zum Ausgleich der für Litauen und auch für Lettland stets passiven Handelsbilanz beitragen kann. Dagegen dürfte es sich bei einer vergrößerten Einfuhr, die durch Libau nach Litauen geht — Zucker, Erdöl, Baumwollgarne usw. — nur um eine vorübergehende Erscheinung handeln.

K-f.



Fischereihafen mit Leuchtturm

Zur Technik des Außenhandels

Ueber die Notwendigkeit deutscher Ausfuhr und damit engster deutscher Teilnahme am Welthandel ist kein Zweifel. Auch der Gleichgültigste ist durch die Erklärung des Führers in seiner Rede vom 30. Januar 1939 aufgeweckt worden. Deutschlands Anteil am Welthandel steigt, trotz der nach wie vor zurückhaltenden Welthandelslage; insbesondere steigt die Einfuhr, was den Lieferstaaten nicht unangenehm sein dürfte.

Sinnvolle Planung und staatliche Förderung des Außenhandels sind selbstverständliche Aufgaben der Staatsführung. Die beste Förderung aber, wie sie sich durch Schaffung von Handelsabkommen in neuer Form, z. B. gegenüber Rumänien, zeigt, kann immer nur einen Rahmen für das Außenhandelsgeschäft selbst bilden. Seine Durchführung ist Sache der Initiative und Begabung des einzelnen Kaufmannes. Gewiß können auch Stellen, wie die von den Handelskammern gebildeten Außenhandelsstellen der einzelnen Bezirke und wie die Wirtschafts- und Fachgruppen, sozusagen als „Spezialärzte“ manche Hilfsstellung leisten, und sie werden dies zur Auswertung des reichen, bei ihnen angesammelten Stoffes auch tun. Zweck dieser Zeilen aber soll es sein, aus der täglichen praktischen Erfahrung einige allgemeine Feststellungen und Richtlinien abzuleiten, die sich der Kaufmann bei Aufnahme und Durchführung der Außenhandelsgeschäfte, wobei wir in erster Linie naturgemäß an die Ausfuhr denken, vor Augen halten muß: die Technik der Außenhandelsförderung kann einmal eine Ergänzung der staatlichen Abmachungen und der für die Allgemeinwirtschaft getroffenen Regelungen bilden, indem z. B. versucht wird, innerhalb von Verrechnungs- und Kreditabkommen unter Ausnutzung der gegebenen Kreditgrundlage die einzelnen Geschäfte nun durchzuführen. Wir erinnern ferner an den oben, wie auch in der Presse der letzten Wochen oft erwähnten Vertrag mit Rumänien, der ja auch nur ein Rahmen-Abkommen für Neugestaltung der wirtschaftlichen Initiative bilden soll. Die Unternehmerinitiative ist dabei in keiner Weise ausgeschlossen. Nicht nur können die bisherigen Geschäfte in vollem Umfange durchgeführt werden — es soll vielmehr auch die neue Erschließung der Bodenschätze, die Errichtung neuer Anlagen (z. B. für die Verwertung von Vieh und landwirtschaftlichen Erzeugnissen) nun unmittelbar von Fall zu Fall mit den einzelnen beteiligten Stellen auf Grund von Angeboten der deutschen Lieferfirmen durchgeführt werden. Es wäre bedauerlich, wenn die getroffene notwendige Regelung eines ständigen beratenden Ausschusses, der nur Hilfsstellung geben soll, dazu führen würde, daß sich der Unternehmer scheut, ohne Anfrage beim Ausschuß selbst Initiative zu entfalten. Es ergaben sich ferner in der praktischen Tätigkeit, gerade der Außenhandelsstelle zu Berlin, Möglichkeiten, in Form von zusätzlichen

Veredlungsverkehren den Rahmen bestehender Verrechnungsabkommen zu erweitern und zusätzlich Geschäfte zu tätigen, die nicht nur den gegenseitigen Warenbedarf befriedigten, sondern darüber hinaus auch die Grundlage für weiteren Geschäftsaufbau schufen. Es ist endlich, um nur eines der größeren Beispiele zu nennen, auch empfehlenswert, mit Hilfe der offiziellen Stellen des Reichs und der Kaufländer die neuen deutschen Industrieerzeugnisse, die ja am Warenmarkt etwas ganz Neues darstellen und in keiner Weise als irgendwelche Ersatzstoffe zu werden sind, durch Ausstellungen, Muster, Vorträge und ähnliches zu propagieren; auch in dieser Hinsicht liegen günstige praktische Erfahrungen vor, die weiter entwickelt werden sollten.

Hieran anknüpfend ergibt sich mit gewisser Zwangsläufigkeit die Festsellung, daß geeignete, der Denkschrift des Abnehmers Rechnung tragende Warenpropaganda und Reklame unter Ausnutzung der gewonnenen Erfahrungen nutzbringend angewendet werden müssen, wobei grundsätzlich kein Propagandamittel, sei es Presse, Rundfunk, Kino, Anschlag oder sonst etwas, unversucht bleiben darf. Der beauftragte und berufsmäßige Handel ist es, der in erster Linie hier seine eigentliche Aufgabe findet. In Zusammenarbeit mit der Ausfuhrstelle des Handwerks hat gerade der Ausfuhrhandel in der letzten Zeit viel Neuland erschlossen. Dem Handel wachsen weitere wichtige Aufgaben in der allmäßlichen Bildung von Lagern auch für Zubehörteile zu Exportzwecken usw. zu. Mit dieser Frage wiederum in engstem Zusammenhange steht die Notwendigkeit geeigneter Vertreter im Auslande, die in der Lage sind, hier praktische Ratschläge zu erteilen, die aber dank ihrer eigenen Initiative und Persönlichkeit oft die besten Marktberechnungen und Beobachtungsberichte über den Haufen werfen können. Gewiß sind gute Vertreter selten und gerade in Zeiten schwächer Konjunktur die vorhandenen Vertreter stark in Anspruch genommen. Aber auch hier wird es Auswege geben, nicht nur in der Heranbildung von Nachwuchs, insbesondere durch die großen Handelshäuser, sondern auch in der Berufung ortsansässiger Vertreter und vor allem im Zusammenschluß von Konkurrenzfirmen zu Gemeinschaftsvertretungen. Dieser Gedanke taucht auch immer wieder in der Presse auf, ohne daß er bisher eine klare Form erhalten hätte: wir meinen, daß es sowohl auf losen Zusammenschluß von Firmen des gleichen Geschäftszweiges, wie auch auf strafferen kartellmäßigen Auftrag an den Vertreter zur gleichmäßigen Verteilung der Aufträge ankommen wird.

Daß die durch starke Inanspruchnahme des Wirtschaftsapparats bedauerlicherweise zu Zeiten eingetretenen Lieferungsverzögerungen, die wiederum zeitweise ihre Ursache in verzögter Lieferung von Zubehör und Bestandteilen hatten, mit aller Energie

beobachten werden mußten, ist bekannt. Die Klagen in dieser Hinsicht sind erfreulich selten geworden. Um so mehr ist es aber Sache des Kaufmannes, unbedingt angebotstreu zu liefern und berechtigten Wünschen und Erfordernissen des Abnehmers in Bezug auf Qualität gerecht zu werden. Das schließt nicht aus, daß eine gewisse Standardisierung der Erzeugung erfolgt. Diese muß aber dann im Angebot bereits klar genug hervortreten, damit der Abnehmer weiß, was er erhält und erwarten darf. Bei dieser Gelegenheit wird auch wiederholt eindringlich auf die Notwendigkeit der Berücksichtigung sonstiger Umstände hinzuweisen sein, z. B. geschickte Aufmachung der Ware, genügende Verpackung, zweckentspre-

chende Rücksicht auf besondere Verhältnisse, wie etwa Beigabe von Beschreibungen, Anwendung der richtigen Sprache, Rücksicht auf klimatische Verhältnisse und vieles andere dieser Art. Wenn von „Technik des Außenhandels“ gesprochen wird, so liegt es abschließend nahe zu betonen, daß die gesamte Technik heute ja in ständiger, starker Bewegung ist. Es gilt für die wirtschaftlichen Beratungs- und Betreuungsstellen, wie auch für den Kaufmann selbst, in gemeinschaftlicher Arbeit den auf diese Weise fast täglich neu zu Tage tretenden Verhältnissen gerecht zu werden und damit auch ihrerseits beizutragen zur Förderung des Ansehens der deutschen Ware auf dem Weltmarkt.

Dr. Hans Gladisch

Die deutsch-rumänischen Handelsbeziehungen auf neuer Grundlage

Das an politischen Erfolgen für Großdeutschland bereits so reiche Jahr 1939 hat auch im zwischenstaatlichen Wirtschaftsverkehr eine einschneidende Änderung mit sich gebracht. Die in den letzten Märztagen veröffentlichten Mitteilungen über den Abschluß eines „Vertrages über die Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und dem Königreich Rumänien“ ließen bald erkennen, daß mit diesem Vertrag vom 23. 3. 1939 ein völlig neuer Weg in der deutschen Handels- und Wirtschaftspolitik beschritten wurde, der die deutsche Wirtschaft einschneidend beeinflussen wird. Es ist sicher kein Zufall, daß gerade ein Staat des Südostens der Partner dieses neuen Abkommens ist; denn Südosteuropa ist seit jeher das natürliche Bezugs- und Absatzgebiet des Reiches. Das trifft schon auf die Vorkriegszeit zu und erst recht auf die Jahre nach dem Weltkrieg, vor allem nach der Schaffung Großdeutschlands, wodurch eine noch stärkere Verlagerung des wirtschaftlichen Schwergewichts Deutschlands nach dem Südosten als in den letzten Jahren eintrat.

Zwar wurden bereits vor 4 Jahren, und zwar zu demselben Zeitpunkt wie bei dem jüngsten Abkommen, also am 23. März 1935, ein Handels-, Niederlassungs- und Schiffahrtsvertrag und im Laufe der letzten Jahre weitere Abkommen zur Regelung und Ausgestaltung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen abgeschlossen, die mit dazu beitragen, daß der deutsch-rumänische Handel sich von 1933 bis heute mehr als verdreifachte. Es bestand aber auf beiden Seiten die übereinstimmende Auffassung, daß trotz dieser günstigen Entwicklung sämtliche Möglichkeiten in der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bei weitem noch nicht restlos ausgenutzt sind. Man muß es der rumänischen Staatsführung zugute halten, daß eine Reihe beachtlicher und ernstgemeinter Versuche gerade in den letzten Jahren unternommen worden waren, die dem Lande innewohnenden wirtschaftlichen Kräfte auszuschöpfen und den Mißverhäl-

nissen in der wirtschaftlichen und damit auch in der sozialen Struktur des Landes zu steuern. Erfolge gerade auf handelspolitischem Wege steigerten den rumänischen Export von Jahr zu Jahr, während die Einfuhr, wo es nur anging, gedrosselt wurde. Aber damit ging Rumänien schließlich den Weg fast aller devisenbewirtschafteter Länder. Die Inlandspreise stiegen, mangels der notwendigen Investitionen verloren die wenigen Industrien in ihrer Konkurrenzfähigkeit, die natürlichen Reichtümer des Landes blieben ausgenutzt, und der Lebensstandard sank mit dem Steigen der Ansprüche. Was Rumänien heute an industriellen Anlagen, an Veredelungsbetrieben oder Fördergruben in Betrieb hat, verdankt fast durchweg seine Entstehung ausländischem oder zumindest volksfremdem Unternehmergeiste und eben solcher Kapitalbeteiligung. Ueberhaupt sind die wirtschaftlichen Kräfte stark zersplittert und stoßen auf dem Absatzmarkt gegeneinander, und der privaten Initiative war es bisher nicht möglich, die gesamte rumänische Wirtschaft in einheitliche und gesunde Bahnen zu lenken.

Die Ueberlegungen, wie man die brachliegenden Wirtschaftskräfte in Rumänien wecken, bzw., soweit sie erschlossen sind, einheitlich zusammenfassen und in erster Linie den Staatsinteressen anpassen könnte, beschäftigten seit langem die maßgebenden rumänischen Stellen und mögen auch bei der in den ersten Monaten dieses Jahres stattgefundenen Zusammenkunft zwischen dem rumänischen König und Generalfeldmarschall Göring von maßgebender Bedeutung gewesen sein. Jedenfalls führten sie dazu, Verhandlungen einzuleiten, um die bisher nicht genutzten Möglichkeiten einer weiteren Verstärkung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zu verwirklichen, in deren Verlauf klar zu Tage trat, daß die rumänische Wirtschaft noch weitgehend entwicklungsfähig ist. In diesem Sinne wurde im Vertrag vereinbart, daß in Ergänzung der bestehenden Regelung ein mehrjähriger Wirtschaftsplan

aufgestellt wird, der auf der einen Seite die deutschen Einfuhrbedürfnisse befriedigen und auf der anderen Seite den Entwicklungsmöglichkeiten der rumänischen Erzeugung und den inneren rumänischen Bedürfnissen sowie den Notwendigkeiten des rumänischen Wirtschaftsverkehrs mit anderen Ländern Rechnung tragen soll. Im einzelnen soll sich der Wirtschaftsplan auf die Verwirklichung folgender Punkte erstrecken:

1. a) Die Entwicklung und Lenkung der rumänischen landwirtschaftlichen Erzeugung. Hierbei soll nach vorherigem Erfahrungsaustausch der beidersitzigen in Frage kommenden Stellen auch der Anbau neuer und die Vermehrung bereits angebauter landwirtschaftlicher Erzeugnisse, insbesondere von Futtermitteln, Oelsäaten und Faserpflanzen in Angriff genommen werden.
- b) Die Entwicklung bestehender und die Gründung neuer landwirtschaftlicher Industrien und Veredelungsbetriebe.
2. a) Die Entwicklung der rumänischen Holz- und Forstwirtschaft.
- b) Die Gründung holzwirtschaftlicher Betriebe und Industrien, soweit dies im Hinblick auf 2a erforderlich erscheint.
3. a) Die Lieferung von Maschinen und Anlagen für Bergbaubetriebe in Rumänien.
- b) Die Gründung von gemischten deutsch-rumänischen Gesellschaften zur Erschließung und Verwertung von Kupferschwefelkies in der Dobrudscha, von Chromerzen im Banat, von Manganerzen in der Gegend von Vatra Dornei-Resteni; ebenfalls soll die Verwertung von Bauxitvorkommen und gegebenenfalls der Aufbau einer Aluminiumindustrie geprüft werden.
4. Die Gründung einer gemischten Deutsch-Rumänischen Gesellschaft, die sich mit der Erforschung von Mineralöl und der Durchführung eines Bohr- und Verarbeitungsprogramms befassen soll.
5. Die Zusammenarbeit auf industriellem Gebiet.
6. Die Schaffung von Freizonen, in denen Industrie- und Handelsunternehmungen errichtet werden sollen, und die Anlage von Lagern und Umschlagseinrichtungen für die deutsche Schiffahrt in diesen Freizonen.
7. Die Lieferung von Kriegsgerät und Ausrüstungsgegenständen für die rumänische Armee, Marine, Luftwaffe und die Rüstungsindustrie.
8. Den Ausbau des Verkehrs- und Transportwesens, des Straßennetzes und der Wasserwege.
9. Errichtung von Betrieben der öffentlichen Hand.
10. Das Zusammenwirken deutscher und rumänischer Banken im Interesse beider Länder, insbesondere zur Finanzierung der einzelnen Geschäfte.

Des weiteren bestimmt der Vertrag, daß mit seiner Durchführung die deutsch-rumänischen Regierungs-ausschüsse beauftragt werden, die vor allem über die Ausführung der einzelnen Vorhaben entscheiden. Der Vertrag bleibt bis zum 31. März 1944 in Kraft und

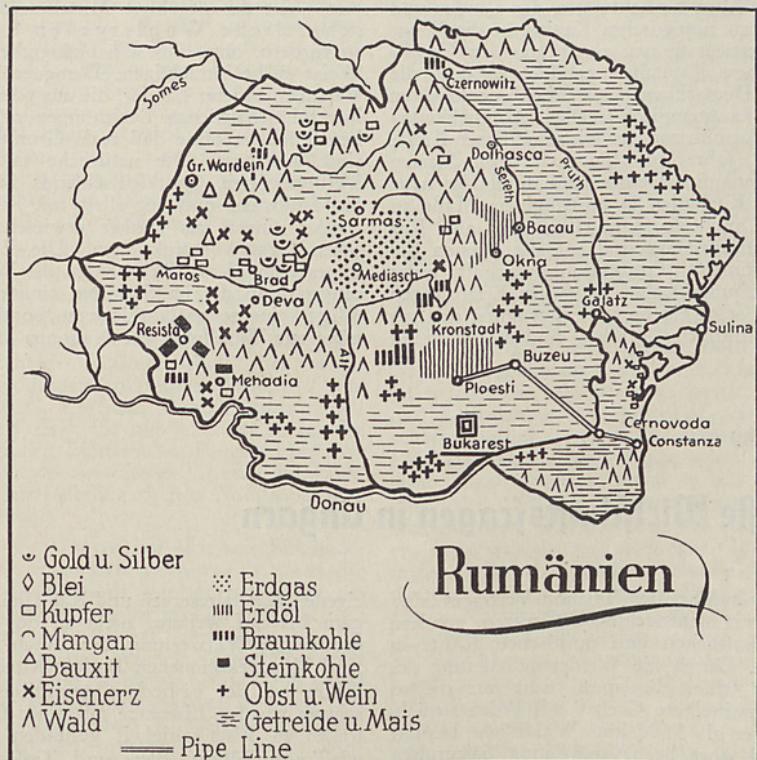
gilt auf unbestimmte Zeit verlängert, falls er nicht ein Jahr vor dem genannten Zeitpunkt gekündigt wird. Um die im Wirtschaftsplan aufgestellten Ziele zu verwirklichen, rechnet man mit einer Laufzeit von mindestens 15—20 Jahren. Insgesamt gesehen, stellt also der Vertrag ein Programm auf, zu dessen Verwirklichung nun alle verfügbaren Kräfte eingesetzt werden müssen, worüber anlässlich der zwischenstaatlichen Besprechungen der Breslauer Messe im Mai d. J. Ministerialrat Dr. Reinhardt vom Reichswirtschaftsministerium nähere Ausführungen mache. (Vgl. „Ostsee-Handel“ Nr. 11, Seite 20.) Danach steht entsprechend der Struktur des Landes an der Spitze des Programms die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion unter gleichzeitiger Umgestaltung der Agrarerzeugung. Im Zuge dieser Entwicklung, mit dem Ziel möglichster Technisierung und Intensivierung, ist eine gesteigerte Belieferung mit landwirtschaftlichen Maschinen vorgesehen. Hierher gehört ferner die Belieferung mit einwandfreiem Saatgut, die Einführung leistungsfähiger Geflügel-, Schaf- und sonstiger Viehrassen, die Anwendung zweckmäßiger Verpackungsmethoden beim Eierversand, Errichtung von brauchbaren Lagerhäusern, Silos und dergl., wobei gleichzeitig im Vertrag auf die Entwicklung bestehender und neuer landwirtschaftlicher Veredelungsbetriebe hingewiesen wird. Fast noch wichtiger als die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ist deren Umstellung unter Berücksichtigung des deutschen Bedarfs. Rumänien besitzt für seinen Getreideüberschuß besonders für Weizen keine festen Abnehmer auf dem Weltmarkt und hat überdies in dem erheblich billigeren Ueberseeweizen eine fühlbare Konkurrenz. Wenn Rumänen sich noch mehr darauf einstellt, Raps, Hanf, Futtermittel, Oel- und Industriepflanzen anzubauen, kann es mit einem ständigen und gesicherten Absatz dieser Produkte in Deutschland rechnen. Auf dem Gebiete der Holz- und Forstwirtschaft ist vorgesehen, langjährige Pläne aufzustellen u. a. für die Aufforstung. Ebenso ist die Errichtung holzwirtschaftlicher Betriebe und die Schaffung von Abfahrtswegen für Holz in Aussicht genommen. Gerade die Durchführung dieser Pläne erfordert eine Zeit, die weit über die bisher festgesetzte Laufzeit des Vertrages geht. Nicht minder wichtig ist die im Wirtschaftsplan vorgesehene Erforschung und Erschließung der rumänischen Bodenschätze, wofür seitens Deutschland die erforderlichen Maschinen geliefert werden sollen. In diesem Zusammenhang ist die Bildung gemischter deutsch-rumänischer Gesellschaften bzw. Genossenschaften beabsichtigt, nachdem zuvor durch deutsche und rumänische Sachverständige an Ort und Stelle Umfang und Bedeutung der rumänischen Erz- und Mineralölvorkommen festgestellt worden sind. Die Arbeiten sind in dieser Richtung bereits aufgenommen worden. Vor allem hat Rumänien auf Anregung Deutschlands eine Änderung der Minengesetzgebung zugesagt, damit der Wirtschaftsplan nicht von dieser Seite aus beeinträchtigt wird.

Im Rahmen der Schaffung sogenannter Freizonen werden gemischte deutsch-rumänische Genossenschaften errichtet werden, die sich mit der Lagerung, Sortierung und Verpackung auf dem Gebiete der Ausfuhr befassen und wofür die erforderlichen Lage-

rungs- und Umschlagseinrichtungen errichtet werden sollen. Gerade hier bietet sich für alle Interessenten ein reiches Betätigungsgebiet, um das Ziel des Planes in diesem Punkte voll und ganz zu erreichen.

Da Rumänien eine eigentliche Rüstungsindustrie nicht besitzt, mußten im Vertrage entsprechende Bestimmungen über Belieferung mit Rüstungsmaterial aufgenommen werden. Rumänien hat bisher aus dem Protektorat Rüstungsmaterial in erheblichem Umfange bezogen. Wie aus der Tagespresse bekannt ist, wurde

bisherigen unzulänglichen Stand gehalten werden, wenn sie dem allgemeinen Wohlstand Rumäniens, der als Folge des neuen Handelsvertrages erwartet wird, entsprechen sollen. Die Durchführung des Aufbauprogramms ist jedoch nur gesichert, wenn die rumänische Wirtschaft in angemessenem Umfange durch Hergabe von Krediten, und zwar nicht Kapital-, sondern Warenkrediten, unterstützt wird. Ein allgemeiner Rahmenvertrag zwischen beiden Ländern über die Hergabe eines solchen Kredites wurde allerdings



Zeichnung: Sudh

eine Vereinbarung dahingehend getroffen, daß künftig diese Lieferungen durch Deutschland gedeckt werden sollen. Die Tatsache, daß Deutschland seine Hilfe für den Ausbau der rumänischen Wehrhaftigkeit zur Verfügung stellt, ist ein weiterer klarer Beweis, daß es nicht beabsichtigt, dieses Land in kurzer Zeit irgendwie militärisch zu bedrohen.

Das mit dem Wirtschaftsplan verfolgte Ziel läßt sich nur dann verwirklichen, wenn Verkehrs- und Transportwesen in Ordnung sind. Danach sollen unter deutscher Leitung für Rumänien Telefon- und Telegrafennetze angelegt, der Eisenbahn- und Schiffsbau sowie die zivile Luftfahrt gefördert werden. Einrichtungen der öffentlichen Hand wie Elektrizitäts-, Wassers- und Gaswerke, Schlachte und Kühlhäuser, Feuerwehren usw. können nicht auf dem

nicht abgeschlossen. Es ist auch nur vorgesehen, daß Kredite lediglich für die zu liefernden Waren gegeben werden, nicht aber für die Kosten, die in Rumänien durch Arbeitslöhne und Beschaffung von Material im Lande selbst entstehen. Diese Kosten müssen von Rumäniens aufgebracht werden. Insoweit ist mit einer stärkeren Beteiligung deutschen Bankkapitals am rumänischen Bankwesen zu rechnen, wie überhaupt die Zusammenarbeit zwischen den Banken beider Länder sich weiter enger gestalten dürfte.

Es hat, wie bereits hervorgehoben, in der Vergangenheit nicht an Plänen der verschiedensten Art gefehlt, um die rumänische Wirtschaft zu entwickeln, aber keiner ist bisher zur vollen Auswirkung gekommen, sei es aus Kapitalmangel, sei es wegen der räumlichen Entlegenheit oder mangelnden Aus- und Einfuhrkraft

der interessierten Staaten. Diese Mängel bestehen in den deutsch-rumänischen Wirtschaftsbeziehungen nicht; denn die Konsumkraft und die Produktionsfähigkeit des großdeutschen Wirtschaftsraumes und das Sachkapital in Form von Arbeit sind ganz erheblich. Das charakteristische und neuartige an dem jüngsten Wirtschaftsabkommen, besonders von rumänischer Seite aus gesehen, liegt aber nicht nur in dem Vorhaben, die rumänische Produktion nach einem großzügigen und umfassenden Plan zu heben und zu stärken, sondern in dem Bestreben, diesen Neuaufbau durch weitgehende Heranziehung rumänischer Kräfte, öffentlicher staatlicher Einrichtungen des Landes und nicht zuletzt durch rumänisches Kapital in die Wege zu leiten. So werden die neu zu gründenden Gesellschaften aus jenen Kapitalien gebildet werden, die Rumänen an Deutschland aus Maschinenkrediten schuldet. Die kaufmännisch reellen Möglichkeiten einer stärkeren Ausnützung der wirtschaftlichen Kräfte Rumäniens, die Jahrzehnte hindurch allen Staaten offenstand, beginnt nun Deutschland durch das neue Abkommen mit Rumänen in großzügigem Maße zu verwirklichen. Durch deutsche Hilfe wird also Rumänen eine leistungsfähige und auf alle eigenen Bedürfnisse abgestimmte Produktionswirtschaft unter Ausnützung jahrhundertealter deutscher Erfahrungen erhalten und für seine eigene neue Erzeugung den gesicherten kaufkräftigen Markt finden, während

Deutschland sich die erforderlichen Rohstoffe sichert. So aktuell der deutsch-rumänische Vertrag in den letzten Wochen im Hinblick auf die politische Lage in der Welt war und noch ist, seine eigentliche Bedeutung liegt, wie immer wieder hervorgehoben werden muß, ausschließlich auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Vortrag ist ein neues und dieses Mal ganz besonders lehrreiches Beispiel dafür, wie man sich die Entwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen einem rohstoffarmen, aber hochindustrialisierten Land und einem wenig industrialisierten aber rohstoffreichen Staat vorstellen kann. Das vorliegende Abkommen stellt das gegebene Mittel dar, um das wirtschaftliche Wohlergehen beider Länder zu fördern, ohne ihre Unabhängigkeit in irgendeiner Weise zu beeinträchtigen. Demgegenüber müssen alle Versuche anderer Länder, die aus politischen Gründen ihre wirtschaftlichen Beziehungen zu Rumänen stärken möchten, ohne daß reale Grundlagen vorhanden sind, scheitern. Die natürliche und wirtschaftliche Verbundenheit Großdeutschlands mit den Ländern des Südostens und vor allem mit Rumänen hat sich wieder einmal als stärker erwiesen als alle politischen Gegenkonstruktionen. Die Erfolge des Vertrages vom 23. 3. 1939 werden die Welt davon überzeugen, daß die im Südosten eingeschlagenen neuen Wege keine neuen Notlösungen, sondern positive Beiträge zur Wohlfahrt der Nationen darstellen.

Dr. Karl Janoosky

Zeitgemäße Wirtschaftsfragen in Ungarn

Mit der Ueberwindung des Trianon-Vertrages sind nicht nur Ungarns staatsrechtliche Grenzen, sondern auch die wirtschaftlichen und politischen Kräfte in Fluß gekommen. Durch die Wiederangliederung des Karpathenlandes erhielt Budapest nicht nur die so heiß ersehnte unmittelbare Grenze mit Polen zurück, daß nicht weniger als 5 600 km² Waldfläche besitzt; desgleichen sind dort bei Aknasslatina Salzgruben bodenständig, welche jährlich rund 160 000 Tonnen Salz fördern. Da die jährliche Holzschlägerung etwa 1,3 Millionen cbm betrug, wovon höchstens eine halbe Million cbm bisher dem eigenen Verbrauch diente, bleiben nicht weniger als 800 000 cbm für den innerungarischen Bedarf frei. Im Rahmen Ungarns verliert das Karpathenland sein bisheriges Ausfuhrvolumen beinahe vollständig, soweit es sich um Buchenholz und anderes Laubholz handelt, wird man sich im Reiche zum Teil nach anderen geeigneten Bezugsquellen umsehen müssen. Desgleichen verliert die deutsche Salzerzeugung einen wichtigen Kunden in Ungarn, das durch Aknasslatina wiederum selbstbegnügsam wurde. Wieweit sich dagegen der Zukunftswchsel auf die Gebiete der Boden- und Mineralschätze auswirken wird, steht noch dahin. Jedenfalls gehört zum Aufschluß der im Schoße der Erde ruhenden Schätze Kapital und wieder Kapital. Aus

eigenen Kapitalreserven und Kapitalmitteln dürfte Ungarn bis auf weiteres nicht in der Lage sein, eine großzügige Verwertung der durch das Karpathenland hinzugekommenen Bodenschätze durchzuführen. Schon bei der bisherigen ungenügenden Durchforschung wurden Eisenerze mit einer fast 45 v. H. begrenzten Eisenhaltigkeit gefunden und bei Huszt wiederum Silber-, Blei- und Zinkvorkommen festgestellt. Es wurden auch bereits erfolgversprechende Erdölbohrungen veranstaltet.

Wer das geographische Antlitz Trianon-Ungarns mit jenem des Jahres 1939 vergleicht, wird schon auf den ersten Blick bedeutsame Veränderungen feststellen können. Ungarn ist mit dem Karpathenland wiederum in den Besitz eines Berglandes gelangt, wo der Anbau von Weizen und Wein eine Seltenheit ist. Es tritt nunmehr neben den Bauer in der reichen panonischen Ebene der arme Gebirgsbauer, der der dürtigen Scholle nur karge Erträge an Hafer, Mais, Kartoffeln und Flachs abringt. Neben das feurige Ungar-Pferd tritt nunmehr das zähe und genügsame Huzulen-Pferd des Ostens, das sich durch seine Leistungsfähigkeit zu einer Zeit auszeichnete, als seine ungleich edleren Rassegenossen aus der Ebene den Kriegsstrapazen nicht mehr gewachsen waren.

Die Rückgliederung der oberungarischen, ehemals slowakischen Gebiete hatte dagegen, neben dem rein potentiellen Machtzuwachs, keinerlei tief eingreifende Änderungen im wirtschaftlichen Gefüge Ungarns zur Folge. Im wesentlichen bereichert die slowakische Erbschaft die ungarische Kornkammer, die Anbaufläche für Industriepflanzen (Zuckerrüben usw.), die Kapazität der bereits vorhandenen landwirtschaftlichen Industriezweige, sowie den Reichtum an Bodenschätzten. Innerhalb der landwirtschaftlichen Industrie wird sich im neuen Ungarn insbesondere die Mühlen-Erbschaft als nachteilig herausstellen. Ist doch im landwirtschaftlichen Sektor schon seit Jahren die innerungarische Mühlenindustrie als übersetzt anzusprechen! Genau so wie das Reich bestrebt ist, aus den holzreichen Ländern die Einfuhr von Schnitholz zu gunsten des Imports von Rundholz zu drosseln, suchen die auf die Einfuhr aus Ungarn angewiesenen Länder nach Möglichkeit Getreide und keine Mahlprodukte zu beziehen. Ueber diese Tatsache gibt die ungarische Handelsstatistik beredten Ausdruck: Gesamtausfuhr von Mehl im Jahre 1930: 83 Millionen Pengö, im Jahre 1937: 15 Millionen Pengö.

Dieser an und für sich notleidende Industriezweig hat seit 1939 eine weitere Verschlechterung erfahren. Hat doch Ungarn als Folge des Gebietszuwachses nicht weniger als 180 slowakische und karpatho-ukrainische Mühlen dazu bekommen! Da sich unter dieser unerwünschten Mühlenerschaft auch einige leistungsfähige, moderne Großmühlen befinden (Verschiedene Mühlen A.G. Kaschau, Senecer Kunstmühlen A.G., Mühle in Surany, die seit jehor im Besitz der ungarischen jüdischen Industriellen-Familie Hatvany-Deutsch ist), kommen aus diesem Grunde die schon bisher notleidenden innerungarischen Mühlenbetriebe in weitere Bedrängnis.

Die deutsche Position hat sich seit Eingliederung der Ostmark wesentlich gebessert, denn die Oesterreichische Kreditanstalt war jahrzehntelang ein wesentlicher Finanzierungsfaktor im Donauraume zwischen Wien, Budapest, Belgrad und Bukarest. Bis zum Jahre 1931 war die Wiener Rothschildgruppe Treuhänderin englischen, anlagesuchenden Finanzkapitals, das sie zu billigen Vergütungssätzen an sich zog und, mit entsprechenden Aufschlägen versehen, dann in der ungarischen, südslawischen, rumänischen und bulgarischen industriellgewerblichen Wirtschaft investierte. Im gewissen Sinne konnte man im ersten Nachjahrzehnt die Kreise, die hinter der damaligen Oesterreichischen Kreditanstalt standen, als die getarnte, lange Hand der englischen City bezeichnen. Kapitalmäßig gut vertreten in Bergbau und Industrie ist in der ungarischen Wirtschaft auch die Schweiz. Zumeist sind es jedoch keine echten Schweizer Spargelder, die hier anlagesuchend aufgetreten sind. In Wirklichkeit sind es Fluchtgelder, die dann mit Schweizerischer Firma und Rückendeckung versehen, als „distinguierte Auslandsgelder“ wieder in die Heimat zurückkehren.

Für das Jahr 1938 bestehen nicht einmal schätzungsweise irgendwelche Erhebungen. Im nunmehr „vergrößerten Ungarn“ ist selbstverständlich auch die Ueberschattung mit ausländischem Kapital eine größere. Gehörten doch eine Reihe von ehemals slowa-

kischen und karpatho-ukrainischen gewerblichen Unternehmungen in den Herrschaftsbereich tschechisch-jüdischer, bzw. deutsch-jüdischer Prager Banken! Ungarn hat jedoch heute mit der Nationalisierung zahlreicher, neu hinzugekommener Betriebe unmittelbar nach der Rückgliederung der betreffenden Gebiete begonnen. Dieser Prozeß der Nationalisierung ausländischen Wirtschaftskapitals dürfte noch nicht völlig abgeschlossen sein, soweit es sich um Unternehmungen handelt, die erst an der Wende der Jahre 1938/39 in den ungarischen Herrschaftsbereich zurückfielen.

Unmittelbar nach der mehrmaligen Versetzung der ungarischen Grenzpfähle haben sich die wirtschaftlichen Aktivposten zusammengefunden, dagegen haben sie bisher immer geflissentlich übersehen, daß sich im sozialen und wirtschaftlichen Blickfeld für Budapest als Folge der Wiederangliederung des Oberlandes zahlreiche nicht leicht zu überwindende Schwierigkeiten ergeben. Im ehemaligen tschechoslowakischen Staatsverband waren diese Gebiete unter anderem mit den hochindustrialisierten Sudetenländern während voller zwei Jahrzehnte in einem gemeinsamen Hause. Diese Gemeinschaft wird diesen nunmehr zu Ungarn gehörigen Gebieten nachträglich ins Bewußtsein gerückt; sie sind wiederum Glieder eines Bauernstaates mit einer rückständigen, feudalen Agrarverfassung, der man außerdem noch einen entarteten Kapitalismus manchester-liberaler Prägung aufpropfte. Es ist dies ein Liberalismus, der sich keineswegs mit der Besitznahme der industriell-gewerblichen Wirtschaft begnügte, sondern der außerdem auch noch die Landwirtschaft in seine Fänge nahm. In dem Bauernstaat Ungarn werden, genau so wie es im Reich bis zum Jahre 1933 der Fall war, Grund und Boden als wirtschaftliche Werte taxiert, wie man auch dem Bauern seine Schecke und sonstiges Gut, das ihm doch nichts weiter als Mittel zu seiner Lebensführung bedeutet, in ihm fremden Ziffern und Zahlen der freien Marktbewertung ausdrückt. Hier wird sich kurz über lang ein Gefälle ergeben, das sich deutlich bei den Ungarn einverlebten slowakischen Minderheiten zeigen wird, die als Folge des Verlustes ihrer seelischen Heimat scharfe Beobachter sein werden. Dieses angedeutete Spannungsfeld wird am Gegenpole von den Bewohnern des Karpathenlandes geladen. Seitdem die Welt mit Brettern verschlagen ist und der Auswanderung armer Slowaken und Ruthen nach Uebersee große Schwierigkeiten bereitet werden, müssen wohl oder übel die besitzlosen ruthenischen Landarbeiter, denen die heimatische Scholle keinen Lebensunterhalt zu bieten vermag, nunmehr nach Innerungarn abfließen. Dabei handelt es sich nicht etwa um eine fünfstellige Ziffer, sondern man wird nicht fehl gehen, wenn man diese nach Ungarn dringende proletarisierte Landarbeiterchaft des Ruthenenvolkes nahe an die 100 000 Grenze verlegt. Der heute nicht mehr ohne Anstrengungen der derzeit herrschenden feudalklerikal-liberalen Klasse aufrecht erhaltenen Gesellschaftsordnung erwachsen im vergrößerten Ungarn neue soziale und wirtschaftliche Spannungen. Das Staubecken des ausgebeuteten ungarischen Landvolkes erhält neuen Zufluß, der außerdem anders national ist.

Wer sich immer der Tatsache bewußt ist, daß sich bedeutsame Ereignisse niemals aus einem fachmäßigen beschränkten Punkte heraus deuten lassen, wird dieses Problem des neuen Ungarns nicht nur ausschließlich wirtschaftlich, sondern gleichzeitig politisch betrachten. Hand in Hand mit der Einverleibung langreicher Minderheiten geht eine Klärung im nationalen Lager vor sich. Man beginnt einzusehen, daß Ungarn seinen Wiederaufbau nicht in dem Sinne auf einer rein magyarischen Volksgemeinschaft vornehmen kann, daß man die Forderungen nach einem berechtigten Eigenleben der übrigen Volksgruppen einfach übersieht. Die politischen Gruppen, welche demzufolge die Assimilierung predigen, wie etwa die Nationale Front, werden umlernen müssen. Wenn sie dies von Grund auf und nicht etwa der Parteitaktik zuliebe tun, werden sich entsprechende Möglichkeiten einer ehrlichen Anlehnung an die Hungarische Bewegung ergeben. Außerdem hat es den Anschein, daß in dieser Frage auch eine gewisse einverständliche Auffassung mit den derzeit herrschenden Gewalten besteht. Der Proklamation des Reichsverwesers von Horthy an das Volk des Karpathenlandes vom 21. März 1939 wird grundlegende Bedeutung zukommen, falls sich die kommenden Taten an den tiefen Sinn des Wortlautes halten. Streng genommen, müßte dieser feierlichen Erklärung ein grundlegender Verfassungsumbau folgen. Budapest müßte sich nunmehr endgültig vom Ideal des zentralistisch aufgebauten Nationalitätenstaates

entfernen und sich in eine politische Gemeinschaft staatsrechtlich gleichgestellter Volksgebiete wandeln. Man kann keineswegs den Bewohnern des Karpathenlandes etwa zugestehen, was man den Deutschen, Slowaken, Serben, Kroaten und Rumänen zu verweigern sich berechtigt fühlen würde. Diese sich neu ankündigende Ordnung röhrt an die Grundfesten der bis vor kurzem zäh und kompromißlos verteidigten Ideologie der Heiligen Stephanskronen.

Auf dem Gebiete einer autonomen Volksgruppenpolitik wird in Ungarn ein bedeutsamer Punkt nationalsozialistischer Weltanschauung unvermittelt in die Tagespolitik gestellt. An dieser Frage werden sich die Geister scheiden, sobald es an die praktische Durchführung gehen wird. An den grundsätzlichen Lösungsversuchen werden noch Minister und Kabinette stürzen, bevor das kommende Ungarn einen halbwegs klaren Weg vor sich sehen wird. In diesem Sinne kann dem Karpathenland leicht die Bedeutung eines Katalysators in der Ueberwindung der alten Feudal-Verfassung Ungarns zukommen. Rund heraus gesprochen: Die an und für sich erstrebenswerten machtpolitischen wie auch wirtschaftlichen aktiven Erbschaften des Oberlandes wie auch des Karpathenlandes haben gleichzeitig auch zwei bedeutsame Hypotheken auf die ungarische Wirtschaft wie auch auf die ungarische Politik gelegt. Von ihrer großzügigen Lösung wird es abhängen, ob das zu einem Nationalitätenstaat gewordene Ungarn sich rückblickend einmal dieser Erbschaften freuen wird.

Am 15. Juni wieder Luftverkehr ab Stettin

Nachdem es dem Stettiner Reisepublikum bisher nur mit Benutzung der Eisenbahn bis Berlin möglich war, auf dem dortigen Flughafen Tempelhof die Flugverbindungen der Deutschen Lufthansa zu erreichen, wird am 15. Juni erstmalig eine direkte Verbindung der Stadt Stettin mit Hamburg, Danzig und Königsberg eröffnet. Darüber hinaus hat die neue Strecke in Hamburg weiterhin Anschluß nach London, und ab 24. 6. sind auch die Nordseebäder Borkum, Norderney, Wangerooge und Langeoog durch eine günstige Flugstrecke verbunden. Durch diese neue Luftlinie wird Hamburg in nur 1½ Flugstunden, Danzig in 1¼ und Königsberg in 2 Flugstunden erreicht. Die Flugzeit Stettin—London beträgt ebenfalls nur ca. 4 Flugstunden, ein Zeitgewinn, der sich nicht nur für die Fluggäste, sondern auch für Fracht- und Postsendungen außerordentlich vorteilhaft auswirken wird.

Die Zeiten sind sehr günstig gelegt: um 9.30 ab Stettin wird Hamburg um 11.00 und London um 15.55, um 12.50 ab Stettin wird Danzig um 14.05 und Königsberg um 15.00 erreicht. Das Flugzeug von Danzig—Königsberg trifft um 9.20, das von Hamburg um 12.40 in Stettin ein.

Die ausgedehnten wirtschaftlichen Beziehungen Stettins zu den Städten Hamburg, Danzig, Königsberg und

London lassen erwarten, daß die neue Fluglinie sehr stark in Anspruch genommen werden wird. Damit wäre der Beweis für ihre Notwendigkeit erbracht und für den Flugplan des nächsten Jahres ein früherer Eröffnungstermin zu erwirken. Sache' aller maßgeblichen Kreise aber ist es, diese neue Linie so zu unterstützen, daß sie der Stadt Stettin erhalten bleibt, um auch im Luftverkehr Stettin endlich an einen Platz zu bringen, der seiner Stellung als größter Seehafen der Ostsee entspricht. Weiterhin aber sind durch Eisenbahnverbindungen bis Berlin alle wichtigen Städte des In- und Auslandes bequem von Stettin aus im Luftverkehr zu erreichen; denn trotz des Fehlens der Flugverbindung Stettin—Berlin ist gerade bei längeren Strecken der Zeitgewinn bei Benutzung des Flugzeuges ab Berlin—Tempelhof immer noch außerordentlich groß und der rege Gebrauch, der bisher von dieser Möglichkeit gemacht wurde, der beste Beweis dafür.

Daß mit der Einrichtung dieser Fluglinie nach Hamburg und Danzig—Königsberg noch eine Reihe anderer Wünsche im Flugplan Stettin offen bleibt, sei in diesem Zusammenhange nur am Rande erwähnt. Es ist aber zu hoffen, daß in nicht allzu ferner Zeit alle der Stellung und Lage Stettins entsprechenden Forderungen ihre Erfüllung finden.

Deutschlands Handel mit dem Baltikum

Die Unterzeichnung der Nichtangriffspakte zwischen Deutschland, Estland und Lettland lenkt die Aufmerksamkeit auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Staaten. Im Rahmen des Verrechnungsverkehrs hat in den vergangenen Jahren eine Aufwärtsbewegung des gegenseitigen Gütertausches stattgefunden. Im vergangenen Jahr war das Reich mit 31,1 v. H. sowohl an der estnischen Ausfuhr als auch an der Einfuhr beteiligt, Lettland bezog 38,9 v. H. aller seiner Importwaren aus Deutschland und lieferte dorthin 33,4 v. H. seiner Exporte. Der nächstwichtigste Handelspartner ist England, das gegenüber beiden Ländern die Umschlagziffern des Reichs aber nicht erreicht. Auf England und Deutschland zusammen entfallen rund zwei Drittel des Gesamthauchs von Estland und Lettland. Deutschland als Großabnehmer von Schweinen, Butter, Eiern, Flachs und Holz und bei Estland dazu von Produkten der Oelschieferindustrie, kann und wird in Zukunft feste Preise und feste Mengen als Abnehmer garantieren können.

Man rechnet in deutschen Wirtschaftskreisen damit, daß nach der Schaffung des vertrauensvollen politischen Verhältnisses eine Steigerung des Gütertausches mit den beiden baltischen Ländern stattfinden kann. Der Handel scheint insofern eine besondere Zukunftschance zu haben, weil die Aufnahmefähigkeit des englischen Marktes infolge der Bindungen an das Empire auf dem Stande der gegenwärtigen Käufe in Estland und Lettland erschöpft ist, während andererseits der deutsche Markt eine geradezu unbegrenzte Aufnahmefähigkeit für die wirtschaftlichen Erzeugnisse der beiden Länder hat.

Sudetendeutsche Wirtschaft stützt sich auf Leipziger Messe

Schon in früheren Jahrhunderten waren auf der Leipziger Messe die Erzeugnisse des Gewerbeleibes der Deutschen in Böhmen vertreten. Auf der alten Warenmesse fand sich ein Angebot böhmischer Glaswaren, Leinwand-Erzeugnisse und anderer Waren. Um die Jahrhundertwende wurden rund 150 Aussteller aus dem damaligen Böhmen gezählt, die aus 61 verschiedenen, meist deutschen Orten stammten. Zwei Fünftel der böhmischen Aussteller gehörten der Glaswaren-Industrie an, ein Sechstel der keramischen Industrie, während Metallwaren, Holzwaren und eine Reihe anderer Erzeugnisse schwächer vertreten waren. Eine Anzahl sudetendeutscher Glaswarenfirmen gehört zu den ältesten Ausstellern der Leipziger Messe überhaupt. Bei einzelnen Firmen kann sogar die unterbrochene Messebeteiligung bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zurückgeführt werden. Diese Verbindung der sudetendeutschen Aussteller mit der Leipziger Messe blieb erhalten, als 1918 das alte

österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet zerschlagen wurde. Für die im Sudetenland ansässigen Industrien ergab sich deshalb erst recht die Notwendigkeit, neue Absatzgebiete zu gewinnen. Mit Hilfe der Leipziger Messe konnte dieses Zielstreben verwirklicht werden. Darüber hinaus blieben die sudetendeutschen Aussteller durch ihre Messebesichtigung in Verbindung mit ihrer Kundschaft im Altreich und den einzelnen Teilen der alten Donaumonarchie. Allerdings ging die politische Entwicklung in der Tschecho-Slowakei nicht spurlos vorüber. Während in den ersten Jahren nach Gründung der Tschecho-Slowakei die Zahl der sudetendeutschen Aussteller um 250 schwankte, war sie in den letzten Jahren schärfster Bedrückung bis auf 131 zur Frühjahrsmesse 1938 gesunken.

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1939, die fünf Monate nach der Rückkehr des Sudetenlandes in das Großdeutsche Reich stattfand, zählte 267 sudetendeutsche Aussteller, also mehr als das Doppelte der vorangegangenen Messe. Dabei konnten trotz großer Bemühungen nicht alle Wünsche aus dem Sudetenland befriedigt werden. Eine Reihe Firmen der Glaswaren- und Textilindustrie wird sich erst ab Herbst 1939 an der Messe beteiligen können. Ein Beweis für die rasche und bereitwillige Einstellung der sudetendeutschen Aussteller auf die neuen durch den Anschluß gegebenen Verhältnisse war das Echo auf ein Begrüßungsschreiben des meßamtlichen Ausstellerdienstes sofort nach der Angliederung. Dem Ausstellerdienst wurden damals Hunderte von Fragen vorgelegt, die sich auf die künftige Gestaltung des Ausfuhrgeschäfts bezogen.

Den sudetendeutschen Ausstellern ist es gelungen, den Verlust, den sie durch Wegfall des nordamerikanischen Absatzgebietes kurz nach dem Anschluß erlitten mußten, mit Hilfe der Leipziger Messe teilweise wieder auszugleichen. So konnten zahlreiche erfolgversprechende neue Verbindungen mit Einkäufern aus südamerikanischen Ländern, dem Balkan und anderen Gebieten angeknüpft werden. Zudem hat das Geschäft mit dem Altreich, das vor dem Anschluß durch die bestehenden Einfuhrvorschriften ziemlich beeinträchtigt war, nunmehr einen starken Aufschwung genommen.

Aber nicht nur für die sudetendeutsche Industrie, sondern auch für den Handel dieses Gebietes ist die Leipziger Messe von außergewöhnlicher Bedeutung. Die Zahl der Einkäufer aus dem Sudetenland hat sich zur diesjährigen Frühjahrsmesse mehr als verdoppelt. Aus den Berichten der Aussteller geht hervor, daß der sudetendeutsche Handel umfangreiche Aufträge vergeben hat. Hier macht sich die beginnende Steigerung der Kaufkraft geltend. Viele Lücken müssen gefüllt werden, die in den Jahren der Not entstanden sind. Dazu kommt das Bedürfnis des sudetendeutschen Handels, sich mit Waren bekannt zu

machen, die den Erfordernissen des Vierjahresplanes entsprechen. Groß war auch das Interesse, das die sudetendeutsche Industrie und das sudetendeutsche Handwerk der Technischen Messe entgegenbrachte. Man suchte die für den Einsatz des Leistungskampfes notwendigen Produktionsgüter.

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1939 hat gezeigt, daß die Reichsmesse auch in Zukunft ein geeigneter Markt für das Sudetenland ist. Die Reichsmesestadt liegt für das langgestreckte Sudetengebiet verkehrsmäßig außergewöhnlich günstig, sie ist ein natürlicher Treffpunkt der sudetendeutschen Wirtschaft aus allen drei Regierungsbezirken des Sudetengaus. Zur Messe ist es aber nicht nur gelungen, neue Beziehungen zwischen dem Sudetenland und dem Altreich anzuknüpfen, sondern vielfach wurden auch Verbindungen zwischen sudetendeutschen Ausstellern und sudetendeutschen Einkäufern neu geknüpft. Ebenso wurden in Leipzig neue Fäden zwischen dem Sudetenland und der deutschen Ostmark gesponnen. Daß aber nicht nur geschäftliche, sondern auch menschliche Verbundenheit zwischen dem Sudetenland und der Reichsmesestadt gegeben ist, zeigte ein zur Frühjahrsmesse von Oberbürgermeister und Meßamt veranstaltetes Sudetenlandtreffen. In herzlicher Freundschaft verbrachten die sudetendeutschen Aussteller und Einkäufer zusammen mit den Leipzigern frohe Stunden in den Festräumen des Leipziger Rathauses, nachdem vorher in ernsten Ansprachen die engen Beziehungen unterstrichen worden waren.

Jahren von der Leipziger Frühjahrsmesse 1939

Insgesamt waren auf der Leipziger Frühjahrsmesse 9908 Aussteller vertreten, die in den 24 Meßhäusern der Innenstadt und in den 20 Hallen des Geländes der Großen Technischen Messe und Baumesse 197 581 Rechnungsmeter Ausstellungsfläche belegt hatten. In dieser Zahl sind 575 ausländische Aussteller aus 28 verschiedenen Staaten enthalten; besonders wirkungsvoll kamen die ausländischen Aussteller durch 18 Kollektivausstellungen zur Geltung. Die Zahl der deutschen Aussteller hat sich gegenüber der Frühjahrsmesse 1938 um 7,5 v.H. erhöht. Erweitert wurde das deutsche Angebot in diesem Jahr durch 202 Firmen aus der Ostmark und 267 Firmen aus dem Sudetenland. Von der Möglichkeit, in Leipzig ein in allen Zweigen der Verbrauchsgüter- und der Produktionsmittelindustrie umfassendes Angebot zu prüfen, machten 331 256 Einkäufer Gebrauch, von denen 29925 aus dem Ausland stammten. Unter Berücksichtigung der seit dem Vorjahr eingetretenen territorialen Veränderungen in Mitteleuropa entspricht die Zahl der Auslandsbesucher der entsprechenden Ziffer des Vorjahres.

Der Gesamtumsatz dieser Messe läßt sich auf Grund der von den Ausstellern gemachten Angaben auf 840 Millionen RM (Frühjahrsmesse 1938: 543 Millionen RM) schätzen. Das bedeutet, daß der Umsatz um 57 v.H. gestiegen ist. Der auf das Auslandsgeschäft entfallende Umsatz betrug 160 Millionen RM,

diese Zahl liegt um 14 Millionen RM unter dem entsprechenden Vorjahrsergebnis, was durch den rückläufigen Welthandel sowie durch die z. Zt. der Messe bestehende Einstellung im Ausland erklärlieb ist. Der wirtschaftliche Nutzen der Messe geht aus dem Verhältnis von Aufwand und Umsatz hervor. Die für die Messe von den Ausstellern gemachten Aufwendungen betragen 15—18 Millionen RM; in dieser Summe sind die Kosten für Miete, Werbebeitrag, Transport der Ausstellungsgüter, persönliche Aufwendungen und Beträge für Aufbau und Erneuerung der Meßstände enthalten. Diesem relativ geringen Aufwand steht ein Umsatz von 840 Millionen RM gegenüber, wobei allein die erzielten Ausfuhraufträge ungefähr das Zehnfache dieses Aufwandes ausmachen. Durch diese Umsätze wurde der deutschen Industrie eine zusätzliche Beschäftigung verschafft, die je nach der Betriebsgröße verschieden ist und im Durchschnitt aller berichtenden Betriebe 5 bis 6 Wochen Vollbeschäftigung ausmachen. Kleineren Betrieben, bis zu 20 Arbeitern, hat die Messe eine zusätzliche Beschäftigung von mehr als 5 Monaten, den mittleren Betrieben (bis 50 Arbeiter) eine Beschäftigung von 3 Monaten und den größeren Betrieben (mehr als 50 Arbeiter) einen Auftragsbestand von 4½ Wochen vermittelt.

Außerordentlich aufschlußreich im Hinblick auf die Exportaufgaben der deutschen Industrie sind die Erhebungen des Werberats über den Besuch und über die Abschlüsse der ausländischen Einkäufer. Als Folge des noch immer unruhigen und rückläufigen Weltmarktes war auch auf der Leipziger Frühjahrsmesse eine Verlagerung der Auslandsnachfrage feststellbar. Der Besuch von Einkäufern aus einigen westeuropäischen Ländern und aus den Vereinigten Staaten von Amerika hat gegenüber dem Vorjahr eine Minderung erfahren, während auf der anderen Seite die nordeuropäischen Staaten, die Randstaaten, die osteuropäischen und die südosteuropäischen Länder sowie die asiatischen Märkte einen gleichbleibenden oder erhöhten Besuch verzeichneten. Einige Staaten, wie Schweden, Norwegen, Finnland, Estland, Polen, die Schweiz, Ungarn, Jugoslawien und die Türkei hatten auf dieser Messe einen bis dahin noch nie erreichten Stand der geschäftlichen Besucher aufzuweisen, bei Schweden z. B. beträgt die Zunahme gegenüber dem Vorjahr 42 v.H.

Zusammenfassend darf über das Ergebnis der Leipziger Frühjahrsmesse 1939 gesagt werden, daß sie den erhöhten Ansprüchen an die Wirtschaftlichkeit von Messen und Ausstellungen voll genügt hat und neben der Regelung der Bedarfdeckung im Inland wertvolle Beiträge für die lebensnotwendige Exportförderung geleistet hat. Für die kommenden Jahre ist, vor allen Dingen durch die stärkere Beteiligung der Ostmark, des Sudetengaus und des Reichsprotektorats Böhmen und Mähren mit noch steigender Nachfrage nach Ausstellungsfläche zu rechnen.

Auto-Garagen u. Reparaturwerkstätten

Kardanwellen
Achswellen
Bremsseile
Ölfilter



Hans Reinhold Bues

Stettin, Kaiser-Wilhelm-Str. 3 • Tel. 30473



Telefunken-
Philips-
Vorführung durch den Mercedes-Benz - Kundendienst



Paul Pollack

Ruf 22016

Stettin, Holzstraße 19

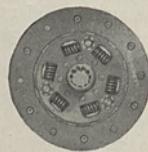
„PRÄZISION“

Stettin, Elsenstr. 9-10, Ruf 249 59 u. 20681

Stettiner Kurbelwellen
und Zylinder Feinbohrwerk

Schünke & Co., Stettin
Galgwiese 14 / Ruf 375 36

Überholung von Motoren aller Art



Stoßdämpfer
Kupplungen
Brennstoffpumpen
Vergaser
Luftfilter
Brems- und Kupplungsbeläge
Gummi-Gelenkscheiben
Nockenwellenräder

F&S, DBU, Graetzin, Delbag, Emero, Walex-Hardy, Ferrozell
Namen von Weltreuf!

Gebr. Faulhaber & Co., Stettin
Am Königstor 1

Schuttenvermietung

Ankauf — Verkauf

GEORG GADOW

Frauendorf i. Pom.

Fernruf Nr. 26760



Von

STETTIN

an die

OSTSEE

mit den großen und schönen Schnelldampfern
der Rügenlinie

„Rugard“, „Hertha“, „Odin“, „Frigga“

Bis zum 16. Juni Mo, Mi u. Frtg, ab 19. Juni
täglich um 11 Uhr ab Stettin nach

- Swinemünde
- Insel Rügen
- Heringsdorf
- Bornholm
- Zinnowitz
- Kopenhagen

außerdem

Sonntagssonderfahrten um 21st früh.

Ermäßigte Urlaubs - Rückfahrkarten

Illustrierte Prospekte u. nähere Auskünfte durch

Stettiner Dampfschiffs - Gesellschaft
J. F. Braeunlich, G. m. b. H., Stettin
Bollwerk 1 b

Tel. 200 30 u. 214 15

Liegestelle und Fahrkartenausgabe
vor der Mitte der Hakenterrasse

dazu Seediens Ostpreußen: Kiel/Travemünde
Swinemünde—Zoppot—Pillau—Memel—
Helsinki—Helsingfors.

Mit der Swidag an die Ostsee

Nach

Swinemünde und zurück

ab Stettin regelmäßig. werktäglicher Verkehr
mit den Dampfern

„Berlin“, „Stettin“, „Swinemünde“

ab Stettin, Hakenterrasse 13,00

ab Swinemünde, Rathausplatz 6,55

Sonntags Ausflugsfahrten

ab Stettin, Hakenterrasse 8,00

ab Swinemünde, Rathausplatz 18,30

Swinemünder Dampfschiffahrts-A.-G.

STETTIN, Bollwerk 1 b, Zimmer 9

Ruf 214 15

Drahtanschrift Swidag

Dänemark

Weiterhin Butterexporteur Nr. 1

Dänemark hebt ständig seine Stellung als führendes Butterexportland der Welt, während England ebenso sicher den entsprechenden ersten Platz als Importland einnimmt. Diese Feststellung hat kürzlich das internationale Landwirtschaftsinstitut in Rom in seiner Uebersicht über den Weltbutterhandel im Jahre 1938 getroffen.

Der gesamte Weltexport von Butter wird für das letzte Jahr auf etwa 610 Mill. kg geschätzt, und zwar steht Dänemark an erster Stelle mit einem Export von 158 047 t, was etwa 25% des gesamten Weltexportes entspricht. Im Jahre 1937 betrug der Weltexport ungefähr 616 Mill. kg, der dänische Export etwa 153 000 t, also 24,8% des gesamten Exportes. Dänemark hat auf diese Weise im Vorjahr seine Stellung im Butterexport noch etwas erhöht. 1938 folgte gleich hinter Dänemark Neuseeland mit gut 133 000 t = 21,8% und Australien mit gut 104 000 t = 17,1%. Diese Zahlen liegen für Neuseeland etwas niedriger, für Australien etwas höher als im Jahre 1937. Weiter in der Reihe folgen Holland, Schweden, Lettland, Irland, die baltischen Staaten usw. Hinsichtlich des Weltimports von Butter wird angegeben, daß er im Jahre 1938 auf 600 300 t gegen gut 612 000 t im Vorjahr berechnet wird. England steht heute wie früher als der absolute Hauptabnehmer von Butter da, im Jahre 1938 mit 483 360 t oder etwa 80,5% des gesamten Weltimports gegen 77,2% im Jahre 1937. Danach folgt Deutschland mit 92 290 t oder 15,4% des gesamten Weltimports.

Die landwirtschaftliche Ausfuhr

Die Ausfuhr Dänemarks von landwirtschaftlichen Erzeugnissen hat sich in den vergangenen Monaten des laufenden Jahres, wenn man von der Butterausfuhr absieht, bedeutend erhöht und dürfte auch in den kommenden Monaten weiter zunehmen. Trotzdem hätten aber die Ausfuhrziffern noch weit höher liegen können, wenn nicht die Erzeugung, vor allem von Bacon und Schweinefleisch, künstlich eingeschränkt worden wäre. Ein Bericht des dänischen Landwirtschaftsrates gibt hierüber interessante Aufschlüsse.

Es heißt in diesem Bericht, daß die Eierausfuhr Dänemarks in den ersten fünf Monaten des Jahres 1939 um etwa 20 v. H. größer gewesen ist, als zur entsprechenden Periode des Vorjahres. Andererseits sind aber die Eierpreise etwas zurückgegangen, und es muß damit gerechnet werden, daß die Einfuhr von Eiern nach England in nächster Zukunft beschränkt werden wird, so daß sich die Preise weiter ermäßigen dürften. Die Ausfuhr von lebendem und geschlachtetem Vieh hat erheblich zugenommen und dürfte im Jahre 1939 eine Höhe von 212 000 Stück erreichen gegenüber 200 000 Stück im vorangegangenen Jahre. Dagegen ist die Butterausfuhr wegen Maul- und Klauenseuche um etwa 10 v. H. zurückgegangen. Da aber die Butternotierung im Vergleich mit dem Vorjahr um etwa 9 v. H. gestiegen ist, dürfte für die dänische Landwirtschaft der Rückgang kaum zu verspüren sein.

Ganz eigenartige Verhältnisse liegen vor bei der Ausfuhr von Bacon und Schweinefleisch. Die Erzeugung ist hier, um die Preise einigermaßen stabil zu halten, seit einigen Jahren durch staatliche Maßnahmen beschränkt worden und beträgt zur Zeit etwa 70 000 Stück die Woche. Indessen besteht ein Bedarf von 80 000 Stück die Woche, um die Ausfuhr nach England und Deutschland und den Verbrauch im eigenen Lande zu decken. Der Grund hierfür liegt in dem zusätzlichen Einfuhrkontingent, das die Engländer den dänischen Exporteuren eingeräumt haben, da ihre eigene Baconerzeugung den vorgesehenen Umfang nicht erreicht hat. Dänemark befindet sich also in der Lage, daß es die ihm zugestandenen Einfuhrquoten nicht ausfüllen kann; die Ausfuhr

In dieser Schmalspalte veröffentlichen wir, alphabetisch nach Ländern geordnet, Kurzberichte aus Wirtschaft und Handel der einzelnen Ostseestaaten. Sie stellen eine wertvolle Ergänzung und Abrundung der eigentlichen, in der Nebenspalte laufenden Länderberichte dar, die zum großen Teil aus der Feder unserer eigenen Auslandskorrespondenten stammen.

Dänemark

Dänische Fischereiabordnung nach Deutschland. Uns wird gemeldet, daß eine dänische Abordnung, bestehend aus Fischereikonsulent Erichsen, Vorsitzender des dänischen Fischereivereins, Landstingsmann M. C. Jensen und wahrscheinlich einem Repräsentanten für die westjütische Fischereivereinigung gegen Ende dieses Monats, voraussichtlich am 26. 6., nach Berlin reisen wird, um mit den deutschen Behörden über den Export nach Deutschland zu verhandeln. Die Verhandlungen werden in erster Linie den Preisen für sogenannte Gelbalea in den kommenden Monaten gelten. Aber auch andere den Export betreffende Fragen werden natürlich behandelt werden, darunter wahrscheinlich Export von dämischem Fischfilet nach dem früheren Oesterreich und nach Prag — auf Grund der Tatsache, daß dieser Export in den letzten Monaten fast vollkommen zum Stillstand gekommen ist.

Blumenzwiebelimport und Äpfelexport. Der Wirtschaftsrat für das Gärtnereiwesen verhandelte kürzlich mit der Valutazentrale über den Import von Blumenzwiebeln im Jahre 1939. Das Resultat der Verhandlungen war die Genehmigung des Imports in der gleichen Höhe des Vorjahres, nämlich 1 Mill. Kronen, sowie die Beibehaltung der bisherigen Zuteilungsgrundsätze. — In diesem Zusammenhang wird gemeldet, daß der Wirtschaftsrat an das Landwirtschaftsministerium einen Antrag gestellt hat auf Exportbewilligung von Äpfeln nach Deutschland in Höhe von 600 000 RM, da eine bedeutende Apfelernte in diesem Jahr erwartet wird.

Der dänisch-spanische Warenaustausch. Das zurzeit geltende Warenaustauschabkommen zwischen Dänemark und dem nationalistischen Spanien läuft zu Anfang des Monats Juli ab. Das Abkom-

mén, das auf $\frac{1}{2}$ Jahr abgeschlossen war, hat im großen und ganzen zur allgemeinen Zufriedenheit bestanden, nicht zuletzt hinsichtlich des Exports von Klippfisch von den Färöer, der ein wesentlicher Bestandteil des Vertrages war. Wahrscheinlich werden schon in der nächsten Woche in Bilbao Verhandlungen stattfinden zwischen den spanischen Behörden und der dänischen Ge-sandtschaft über eine Verlängerung des Warenaustausches und man rechnet zu mindest damit, daß der Warenaustausch im gleichen Umfange und unter den gleichen Bedingungen wie bisher fortgesetzt werden kann.

Estland

Zunahme der estländischen Butter- und Eierausfuhr. Die estische Butterausfuhr betrug im Mai d. J. 29.877 Faß gegenüber 23.976 Faß im Mai 1938. Nach England wurden 25.376 Faß und nach Deutschland 4.084 Faß ausgeführt. In den ersten fünf Monaten d. J. betrug die Ausfuhr 98.330 Faß, d. i. um 13,5% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. — Im Mai wurden 10,2 Mill. Eier ausgeführt gegenüber 8,3 Mill. Stück im Mai 1938. Nach Deutschland gingen 4,7, nach England 4,5 und in die Schweiz 0,8 Mill. Stück. Die 5-Monatsausfuhr ergab 21,0 Mill. Eier gegenüber 11,8 Mill. Stück im entsprechenden Zeitabschnitt des Vorjahres.

Ungünstige Aussichten für die Landwirtschaft. In den Kreisen der Landwirtschaftskammer wird die Rentabilität in der Landwirtschaft für 1939 ungünstig beurteilt. Die Ernte am Winterkorn wird weit geringer ausfallen als im Vorjahr, und der Ausfall der Klee-Ernte dürfte die Erzeugung in der Viehzucht nachteilig beeinflussen. Die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse im Auslande sind zwar kaum gesunken, doch zeigen die Erzeugungskosten nach wie vor eine steigende Tendenz. Den Landwirten wird demgemäß empfohlen, nicht unbedingt notwendige Ausgaben auf eine spätere Zeit zu verschieben und das größte Gewicht auf die Rationalisierung der Wirtschaften zu legen.

Die schwedischen Ölinteressen in Estland. Die Baltiske Olje A/B in Stockholm, die bedeutende Oelschiefervorkommen in Estland ausbeutet, hat jetzt ihr neues Werk in Sillamägi fertiggebaut. Die Fabrik enthält den größten Ofen in Europa, umfaßt gleichzeitig bedeutende Kondensierungs- und Raffinerungsanlagen. Außer der Fabrik sind 6 neue Tanks gebaut worden, der Hafen

ist nach den ersten drei Monaten des Jahres mit 80.000 cwts oder etwa 75.000 Schweinen in Rückstand geblieben. Die an sich ohne weiteres mögliche Steigerung der Erzeugung in Dänemark ist natürlich innerhalb einer kurzen Zeitspanne nicht möglich; erst im Herbst dürfte die Erzeugung die erforderliche Höhe erreichen.

Die Einfuhrquote für lebende Schweine nach Deutschland hat ebenfalls nicht ausgefüllt werden können. Man hofft in Dänemark, einen Teil des zugestandenen Kontingents auf lebendes Vieh übertragen zu können, da erst im letzten Viertel des laufenden Jahres mit einer vollen Ausnutzung des Kontingents gerechnet werden kann. Nach den gefundenen Verhandlungen mit Deutschland ist die dänische Ausfuhr von Landwirtschaftserzeugnissen nach dem Protektorat Böhmen und Mähren auf 1 Mill. RM. festgelegt worden; die Ausfuhr Dänemarks nach der früheren Tschecho-Slowakei verteilt sich zu 40 v. H. auf Butter, 40 v. H. auf Eier und 20 v. H. auf Schlachtereiprodukte. Es ist anzunehmen, daß sich die Ausfuhr in Zukunft in ähnlicher Weise zusammensetzen wird.

Estland

Die wirtschaftliche Lage

Eigenbericht unseres Korrespondenten

Seit dem Erscheinen des letzten estländischen Wirtschaftsbriefes ist die wirtschaftliche Entwicklung des Landes in einem recht erheblichen Maße von der Unsicherheit der allgemeinpolitischen Lage in Europa beeinflußt worden. Wie bereits im vorigen Brief erwähnt, ist die Regierung vom Parlament ermächtigt worden, die direkten und indirekten staatlichen und kommunalen Steuern um 10% zu erhöhen und den Mehrbetrag des Aufkommens von 3,5 Mill. Kr. im Jahr für die Zwecke der Landesverteidigung zu verwenden. Die Regierung hat von dieser Ermächtigung Gebrauch gemacht und die entsprechenden Verordnungen Anfang Juni erlassen. Da nun die erwarteten Einnahmen erst im Herbst und z. T. erst im nächsten Jahre fällig werden und die ergänzenden Maßnahmen zur Landesverteidigung schnellstens getroffen werden sollen, so hat die Regierung eine innere Anleihe im Betrage von 7 Mill. Kr. aufgelegt, welche von den Privatbanken voll gezeichnet worden ist. Der Emissionskurs der 5% Anleihe beträgt 100% und die Rückzahlung wird in den Jahren 1944—47 erfolgen. Von einer anfänglich geplanten Heranziehung der Gesamtwirtschaft zur Zeichnung der Anleihe ist abgesehen worden, um keine Stockungen im Produktionsprozeß hervorzurufen.

Die Banken haben die Anleihe übernommen unter der Voraussetzung, daß die Stücke jederzeit zum gleichen Zinssatz in der Eesti Bank lombardiert werden können. Die Notwendigkeit dieser Lombardierungen besteht gegenwärtig nicht, da der Stand der Banken ein liquider ist. Am 1. 5. betrug der Gesamtbetrag der Ausleihungen in den Privatbanken 138,2 Mill. Kr., dem ein Gesamtbestand an Einlagen von 131,8 Mill. Kr. gegenüberstand. Die liquiden Mittel stellten sich auf 20,3 Mill. Kr. Auch die in der letzten Zeit zu beobachtende leichte Anspannung auf dem Geldmarkt hat die Liquidität der Banken nicht beeinträchtigt, und es ist anzunehmen, daß die im Laufe dieses Jahres zu realisierende Anleihe keine Schwierigkeiten mit sich bringen wird. Um sicher zu gehen, hat die Regierung alle Kapitalinvestierungen in staatlichen, halbstaatlichen und kommunalen Unternehmen ohne Genehmigung des Wirtschaftsministers untersagt. Eine Erhöhung des Geldumlaufs über das normale Maß hinaus wird nicht erwartet, da die Eesti Bank sich an der Zeichnung der Anleihe nicht unmittelbar beteiligt hat. Am 1. 5. betrug der Notenumlauf der Eesti Bank 55,5 Mill. Kr. gegen 50,6 Mill. Kr. am 1. 5. 38. Diese Zunahme steht im Zusammenhang mit dem erhöhten Kreditbedarf der unverändert voll beschäftigten Wirtschaft. In dem gleichen Zeitraum haben die Deckungswerte der Bank (Gold und Devisen) von 50,2 auf 58,5 Mill. Kr. zugenommen, wobei indessen zu berücksichtigen ist, daß der Goldvorrat inzwischen infolge der teilweisen Aufwertung von 34,2 auf 40,9 Mill. Kr. gestiegen ist. Wenn die Funktion des Geldmarkts bisher ohne Störungen verlaufen ist, so sind doch gewisse Anzeichen dafür vorhanden, daß die An-

spannung im Herbst eine größere als üblich sein wird. Dieses hängt mit den wenig günstigen Aussichten für die Lage der Landwirtschaft zusammen. Die Wintersaaten haben unter dem sehr kalten und trockenen Frühjahr erheblich zu leiden gehabt, und ein großer Teil der Weizenfelder mußte umgepflügt werden. Nach der amtlichen Schätzung vom 15. 5. ist beim Roggen mit einer Ernte von 15% unter Mittel und beim Weizen (soweit er nicht umgepflügt worden ist) von 25% unter Mittel zu rechnen. Auch seit diesem Zeitpunkt waren die Wachstumsverhältnisse infolge der anhaltenden Kälte ungünstig. Schwer gelitten haben auch die Kleefelder, und in einzelnen Gebieten sind die Saaten durch den Frost vollkommen vernichtet worden. Nach der Schätzung vom 15. 5. wird die Ernte 28% unter Mittel betragen. Die Bestellung der Sommernocken und Kartoffelfelder ist zwar normal verlaufen, doch hat sie sich im allgemeinen stark verspätet. Angesichts der wenig befriedigenden Aussichten für die Ernte ist schon jetzt bei den Landwirten eine gewisse Zurückhaltung der Kaufkraft zu merken, die sich u. a. auch in einer Zunahme des Kreditgeschäfts äußert.

Der Beschäftigungsgrad der Industrie ist aus saisonmäßigen Gründen weiter gestiegen, wobei namentlich die Bausaison sehr lebhaft zu werden verspricht. Dieses hängt zum Teil mit dem geplanten Wiederaufbau der Stadt Petschur zusammen, welche kurz vor Pfingsten zum größten Teil durch Feuer vernichtet wurde. Die andauernd schlechte Absatzlage auf dem Zellstoffmarkt hat zu einer vorübergehenden Stilllegung einiger Zellulosefabriken geführt, die aber vorläufig in der staatlichen Sulphatfabrik nicht beabsichtigt ist. Dagegen ist die Papierindustrie auch für den Export gut beschäftigt, und deshalb ist im staatlichen Rationalisierungsausschuß die Frage der Herabsetzung der inländischen Papierpreise um 10% und die Rationalisierung dieses Industriezweigs durch die Stilllegung einer Fabrik angeregt worden. Eine andere Papierfabrik dürfte demnächst aus den Händen einer jüdischen Unternehmergruppe in den Besitz des Zentralverbands der estländischen Konsumvereine übergehen. — Auf den staatlichen Torfmooren konnte infolge der trockenen Witterung die Arbeit früh begonnen werden. Die neue, mit deutschen Maschinen ausgerüstete Torfbrikettfabrik arbeitet in zwei Schichten und wird demnächst voll in Betrieb kommen, wobei die Jahresproduktion sich auf 50000 t Preßtorf stellen wird, die ohne Schwierigkeiten im Inlande abzusetzen sind. — Auf dem Gebiete von Fabrikneubauten herrscht eine gewisse Zurückhaltung. Um dem steigenden Bedarf zu genügen, soll in Reval eine neue Gasfabrik errichtet werden, wobei der Vorranschlag sich auf 800000 Kr. stellt. Obwohl die Regierung grundsätzlich den Beschuß gefaßt hat, bei Kapitalinvestierungen in die Industrie starke Zurückhaltung zu üben, hat sie doch die Absicht, an die Ausbeutung der reichen, in der Nähe von Reval (Kallavere, Uelgaste) belegenen Phosphoritlager zu gehen. Geplant wird die Errichtung einer Fabrik für die Veredelung des Rohphosphorits, deren Kosten auf 2 Mill. Kr. veranschlagt werden. In dieser Fabrik sollen 100000—120000 t Phosphorit-Konzentrat hergestellt werden, die mit Ausnahme des Inlandbedarfs (6000 t) im Auslande abgesetzt werden sollen. Angebote für die Lieferung der Fabrikeinrichtung liegen aus Deutschland, Schweden und der Schweiz vor, doch liegt es der Regierung daran, die Maschinen gegen langfristigen Kredit zu beziehen.

Die Tendenz der Entwicklung des Außenhandels ist in den letzten Monaten die gleiche geblieben, wie sie seit dem Herbst 1938 zu beobachten war: die Einfuhr geht zurück und die Ausfuhr, namentlich von landwirtschaftlichen Erzeugnissen, ist im Steigen begriffen. In den ersten 4 Monaten des laufenden Jahres wurden insgesamt Waren im Werte von 32,7 Mill. Kr. eingeführt, gegen 36,0 Mill. Kr. im selben Zeitraum des Vorjahrs, während sich die Ausfuhr auf 34,4 gegen 27,8 Mill. Kr. stellte. Hieraus ergibt sich eine Aktivität der Außenhandelsbilanz von 1,7 Mill. Kr., der ein Einfuhrüberschuß von 8,2 Mill. Kr. in den ersten 4 Monaten 1938 gegenübersteht. Am Rückgang der Einfuhr waren in den letzten Monaten vorwiegend Getreide, Zucker, Oele, künstliche Dungestoffe, Maschinen, Metallwaren und Verkehrsmittel beteiligt. Während die Automobileinfuhr dem Vorjahr gegenüber gestiegen ist, zeigt der Import

ist erweitert worden, so daß jetzt Tankfahrzeuge bis zu 5000 t einlaufen können. In den Jahren 1936/37 belief sich der durchschnittliche Schieferverbrauch auf 74000 t, die Rohläusebeute auf 13727 t. Durch den Fabrikneubau ist die Tageserzeugung auf 200 t Oel und 30 t Benzin, der Schieferverbrauch auf etwa 1000 t erhöht worden. Die Schiefervorräte sollen etwa 100 Jahre ausreichen.

Erweiterung der Torfbrikettfabrik. Dieser Tage wurden die staatlichen Torfwerke in Tootsi bei Pernau einer Besichtigung unterzogen, an der u. a. auch der Wirtschaftsminister und der Außenminister teilnahmen. 300 ha des 2500 ha großen Torfmoores in Tootsi sind entwässert und planiert, und die Förderung des Frästorfs wird mit Maschinen durchgeführt. In den mit deutschen Maschinen eingerichteten Brikettfabrik werden gegenwärtig etwa 90 t Brikette am Tage hergestellt, welche im Inlande Absatz finden. Die Anlage soll erweitert werden, so daß sich die Jahreserzeugung auf 50000 t stellen wird. In das Unternehmen sind gegenwärtig 3,5 Millionen Kr. investiert worden, die Erweiterung dürfte weitere 1,5 Mill. Kr. in Anspruch nehmen, welche für die Anschaffung neuer Förderungsmaschinen verwandt werden sollen.

Ausstellung „Das moderne Wohnhaus“. Gegenwärtig findet in Reval eine Ausstellung „Das moderne Wohnhaus“ statt, welche von inländischen wie auch von ausländischen Firmen durch ihre Vertreter beschickt ist. Am reichhaltigsten ist die Ausstellung der verschiedenen Baumaterialien, auf der auch die moderne Bauweise in ihren vielen Formen gezeigt wird. Großes Interesse wird den verschiedenen Lösungen des Heizungsproblems zugewandt. In bezug auf die Inneneinrichtung ist die Ausstellung wenig vollständig, so ist z. B. die Abteilung Haus- und Küchengeräte schwach beschickt. In großer Anzahl sind Eisschränke, Staubsauger u. a. ähnliche Geräte ausgestellt, wobei deutsche und schwedische Fabrikate am stärksten vertreten sind. Die Ausstellung erfreut sich eines lebhaften Besuchs.

Finnland

Hohe Ausführsprämien für tierische Lebensmittel in Finnland. Die finnischen Butterexportprämien haben mit 9 Fmk. je kg nunmehr einen Höchststand erreicht. Die Prämien für Käse betragen 2 bis 2,50 Fmk. je kg., für Hühnereier 3,50, für Schweinefleisch 2,50, für Rind-

fleisch 1,50, für geräuchertes oder gesalzenes Renntierfleisch 1,50 und für lebende Schweine 1,50 Fmk. Diese hohe Prämierung zielt darauf ab, den finnischen tierischen Lebensmitteln den Absatz auf dem englischen Markt zu sichern. Bekanntlich beträgt die finnische Ausfuhr an tierischen Nahrungsmittern nur rd. 6% des Wertes der Gesamtausfuhr; allerdings wird rund die Hälfte der Butterproduktion des Landes ausgeführt.

Starke Zunahme des finnischen Flugverkehrs. Die Erhöhung des Aktienkapitals der finnischen „Aero A.-G.“, über die kürzlich berichtet wurde, steht im Zusammenhang mit der starken Entwicklung des finnischen Flugverkehrs in den letzten Jahren. Die Flugleistung betrug insgesamt in den Jahren 1936: 341.546 t/km, 1937: 438.010 t/km und 1938: 704.313 t/km. Der Flugverkehr hat sich mithin in zwei Jahren verdoppelt. Im Jahre 1938 wurden 12.166 Passagiere und 144.172 kg Gepäck, 81.591 kg Post und 61.748 kg Frachtgut befördert. Die Passagierfrequenz des Flughafens von Helsinki betrug im vergangenen Jahre 24.259 Personen. Die „Aero A.-G.“ vermittelt etwa 50% des Verkehrs zwischen Finnland und dem Auslande und bedient den ganzen einheimischen Verkehr, der 1938 um 69% gestiegen war. Im Flugzeugpark der A.-G. finden zurzeit vier moderne Maschinen, davon zwei der Haviland-Flugzeuge, Verwendung. Vor kurzem wurden zwei neue Focke-Wulf Flugzeuge der Condor-Type für je 26 Passagiere bestellt. Diese Maschinen, die „Karjala“ (Karelien) und „Petsamo“ (Eismeerprovinz) benannt werden, sollen zur Jahreswende 1939/40 zur Lieferung gelangen und werden vor allem den Verkehr während der Olympiade bedienen. Die Gesellschaft plant die Errichtung einer direkten Verbindung Helsinki—London über Stockholm—Gothenburg.

Lettland

Die ersten Verfügungen der neuen Arbeitszentrale. Der Leiter der vor kurzem neuerrichteten staatlichen Arbeitszentrale hat verfügt, daß die im Gesetz vorgesehenen Bestimmungen über die Einstellung von Arbeitskräften am 1. 6. 39 zunächst für das Bauwesen, den Wege- und Straßenbau und die Hauswirtschaft in Kraft treten. Hier nach müssen alle Dienstboten unter 22 Jahren, falls sie nicht ununterbrochen in den letzten 5 Jahren an dem Ort ihres Arbeitsplatzes gelebt haben, entlassen werden. Alle diesjährigen Schul-

von Fahrrädern einen merklichen Rückgang, der in der Uebersättigung des Markts begründet ist. Auf je 7 Einwohner entfällt in Estland ein Rad und der Verkauf auf Abzahlung hat in den letzten Jahren einen so großen Umfang angenommen, daß die Händler sich auf diesem Gebiet eine größere Zurückhaltung auferlegen.

Im Zusammenhang mit der notwendig gewordenen Anlage größerer Warenvorräte für den Fall eines Krieges dürfte für die nächste Zeit mit einer Zunahme der Einfuhr zu rechnen sein, wobei in erster Linie Kolonialwaren, industrielle Rohstoffe, Chemikalien in verstärktem Maße aus dem Auslande bezogen werden sollen. — An der lebhaften Steigerung der Ausfuhr sind, wie gesagt, vorwiegend landwirtschaftliche Erzeugnisse beteiligt, wie lebende Schweine (nach Deutschland und Russland), Butter, Eier, Fleischwaren, Flachs. Die Verbesserung der Lage auf dem Holzmarkt hat zu einer Zunahme der Erlöse aus diesem Geschäft geführt. Der industrielle Export hält sich auf der Höhe des Vorjahrs, wenn man von der Ausfuhr von Brennschiefererzeugnissen absieht, die bedeutend gestiegen ist: sowohl Rohöl als auch Benzin werden heute mehr als doppelt so viel ausgeführt, als im Vorjahr.

Der Warenaustausch mit dem Deutschen Reich hat in diesem Jahr erheblich zugenommen: in den ersten 4 Monaten wurden aus Deutschland Waren im Werte von 10,5 Mill. Kr. eingeführt, während die Ausfuhr dorthin 10,9 Mill. Kr. betrug. Ein Drittel des gesamten Warenaustauschs vollzieht sich somit auf beiden Seiten mit Deutschland.

— Auf handelspolitischem Gebiet sind in den letzten Monaten keine besonderen Veränderungen zu verzeichnen. Das vor einigen Jahren abgelaufene Handelsabkommen mit den Verein Staaten von Amerika wurde nunmehr auf unbestimmte Zeit verlängert, da die Versuche, den Warenaustausch durch Aufstellung von Warenlisten in einem günstigeren Sinne zu regeln, keine Ergebnisse hatten. Mit Schweden ist ein Ueberkommen über die Regelung der gegenseitigen Beziehungen getroffen worden, das größere Lieferungen estländischer Erzeugnisse (hauptsächlich Brennschieferprodukte) nach Schweden, zwecks Abdeckung des Clearingsaldos, vorsieht.

Besondere Aufmerksamkeit wird seitens der Regierung auch im Hinblick auf die Olympiade 1940 dem Fremdenverkehr zugewandt, wobei die betreffenden Stellen Hand in Hand mit den Organisationen Finnlands, Lettlands und Litauens arbeiten. Im Bau begriffen ist eine Autostraße von Reval bis nach Pernau und an die lettändische Grenze, die Hotels werden auf ihre Aufnahmefähigkeit geprüft, besonders soll aber dafür Sorge getragen werden, daß der Fremdenverkehr sich zur Olympiade über Estland nach Helsingfors vollzieht. Zu diesem Zweck sollen die Zoll-, Paß- und Devisenformalitäten, die der Durchreisende mit Recht als sehr lästig empfindet, in den Baltischen Staaten vereinfacht werden.

S-n.

Lettland

Deutschland als Handelspartner

Die größten Umsätze erbrachte das Außenhandelsjahr 1938 für Lettland im Warenverkehr mit Deutschland. Der Gesamtwert des Warenaustausches zwischen beiden Ländern beifürte sich auf 164.448.000 Ls. und war damit um 10 Mill. Ls. höher als 1937 und fast doppelt so groß als 1936. Innerhalb des Warenaustausches fand eine Verlagerung vom Export zum Import statt, indem die Einfuhr deutscher Waren nach Lettland zunahm, die Ausfuhr aus Lettland nach Deutschland dagegen abnahm. Daraus ergab sich ein Passivsaldo für Lettland in Höhe von 12 Mill. Ls., das zur Abtragung des 1937 entstandenen Aktivsaldos von rund 30 Mill. Ls. diente.

Der Warenaustausch zwischen Lettland und Deutschland wird — außer durch seine naturgegebene Grundformel: industrielle Halb- und Fertigwaren gegen land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse — für 1938 noch besonders durch den starken Bedarf Lettlands an Erzeugnissen und Gütern gekennzeichnet. In dem äußerst vielseitigen Import aus Deutschland stehen Antriebs- und Industriemaschinen an weitaus erster Stelle, die vor allem zur Ausrüstung der zahlreichen neu errichte-

ten Unternehmen sowie zur Rationalisierung der bereits bestehenden Betriebe benötigt werden. Der Bedarf hieran wird angesichts der im Gange befindlichen Rationalisierung der Industrie auch weiterhin anhalten. Es folgt dann, am Wert der Einfuhr gemessen, Formeisen als Ausgangsstoff für die industrielle Erzeugung Lettlands. Unmittelbar darauf folgt die Landwirtschaft, für welche Landmaschinen und Geräte für bedeutende Summen bezogen wurden. Es ist anzunehmen, daß angesichts des Feldzuges zur Steigerung des Ernteertrages und der Mechanisierung der Landwirtschaft auch weiterhin starker Bedarf am Landmaschinenmarkt in Lettland herrschen wird, der durch die einheimische Landmaschinenindustrie, vor allem in bezug auf die komplizierten Maschinen, nicht voll gedeckt werden kann. Ebenfalls für die Landwirtschaft wurden große Mengen Kalisalze, Nitrophoska, Ammoniak, Thomasmehl und andere künstliche Düngemittel eingeführt.

Da die Nutzung der Binnenwasserkräfte als „weiße Kohle“ noch in den Anfängen steckt, ist der Bedarf an Kohle und Koks für die Industrie recht bedeutend; er wurde nicht nur aus England, sondern zu etwa 20 v. H. auch aus Deutschland gedeckt. Die Wirtschaftspolitik Lettlands sucht auf die Entwicklung der Industrie dadurch preisregelnd und qualitätsverbessernd einzuwirken, daß sie die Einfuhrregelung für gewisse Erzeugnisse lockert. So kommt es, daß 1938 eine lebhafte Einfuhr von Baumwollgeweben aus Deutschland nach Lettland zu verzeichnen war. Einen Artikel, der schon immer fast eine Monopoldomäne der deutschen Einfuhr nach Lettland war, bilden Farben und Farbstoffe, der gleichen auch pharmazeutische Präparate. Bedeutend ist der Einfuhrposten: Eisenbahnmaterial, was vor allem auf einen großen Lokomotivenauftrag Lettlands zurückzuführen ist. 1938 wurden aus keinem anderen Land so viele Kraftwagen nach Lettland eingeführt, wie aus Deutschland. Stark war auch der Import von Kunstseidengarnen für die Zwecke der lettischen Webereien.

Aus dem sehr vielseitigen Import seien hier noch einige Waren hervorgehoben, in denen zwar die Einfuhrposten an sich nicht groß sind, in denen jedoch Deutschland gegenüber den anderen Ländern in der Einfuhr nach Lettland mit 50 bis 100% führend ist: Rauchwaren, Roheisen, technische Tiefette, Holzteer, Lederwaren, Furniere, Bilder, Bücher, technische Filze, Wirkwaren, Kunsteide, Aluminiumwaren, Messerwaren, Werkzeuge, Elektromotoren, Glühlampen, Elektrobedarf, Photoapparate, physikalische, chemische und medizinische Apparate und Instrumente, Uhren, Schreib- und Rechenmaschinen, Musikinstrumente, Schußwaffen, Porzellanwaren, Glaswaren, Pottasche, Soda, belichtete Filme, Galanteriewaren, Schreibwaren.

Lettlands Ausfuhr beschränkt sich auf weniger, dafür aber umfangreichere Posten. Vor allem sind hier Holzmaterialien zu nennen, und zwar in erster Reihe Sägeware, dann Papierholz, Rundholz, Schwellen. Dicht darauf folgt aber jetzt bereits Butter, die das Holz fast erreicht hat, dann auch lebende Schweine, die in 1938 sehr stark nach Deutschland exportiert wurden. Nach wie vor spielte Sperrholz in der lettischen Ausfuhr eine bedeutsame Rolle. Bemerkenswert ist festzustellen, daß weit mehr als unverarbeitete Flachsfaser jetzt Halbware in Form von Leingarn und Zwirn exportiert wird. Gut entwickelt hat sich 1938 der Export von Eiern nach Deutschland, ferner von Leinsaat, Rohhäuten, Wicken und anderen Erzeugnissen des Landes.

Litauen

Ausbau der Industrie

In dem Entwurf über den abgeänderten litauischen Staatshaushaltsplan für das laufende Jahr ist auch die Innenanleihe von 17 Millionen Lit gestrichen. Der Finanzminister begründete diese Maßnahme damit, daß die Abtretung des Memelgebietes eine Umstellung der gesamten litauischen Wirtschaft bedinge und dazu nicht wenig Kapital notwendig sei, welches man jetzt der freien Wirtschaft nicht entziehen dürfe. Die Abtretung des Memelgebietes und der Verlust eines bedeutenden Teiles der Industrie, die dort stationiert war, legt den Gedanken nahe, in Großlitauen diese Industriezweige zu errichten. So ist denn u. a. auch

entlassen — das Schuljahr endet hier in diesen Tagen — haben sich bis zum 1. 7. 39 bei der Arbeitszentrale zu melden. Desgleichen haben sich sämtliche Personen im Alter, bis zu 21 Jahren zu melden, die ohne bestimmten Arbeitsplatz sind.

Aenderungen zum Gesetz über den Devisen- und Außenhandelsverkehr. Das Außenhandelsdepartement des Finanzministeriums hat Änderungen zum Gesetz über die Devisenbestimmungen und den Außenhandelsverkehr ausgearbeitet. Das hierüber bestehende Gesetz ist seit März 1935 in Kraft und mehrfach durch Ergänzungen geändert und erweitert worden, so daß eine Neufassung der gesamten Bestimmungen notwendig geworden ist. Der neue Gesetzentwurf ist der Handels- und Industriekammer, der Bank von Lettland und der Staatskontrolle zur Begutachtung überwiesen worden.

Bau eines weiteren Kraftwerks in Lettland geplant. Das von der Bauinspektion des Kraftwerks in Keggum ausgearbeitete Gesetzesprojekt über die Versorgung mit elektrischem Strom ist nunmehr dem lettändischen Finanzministerium zur Bestätigung eingereicht worden. Zugleich hat dieselbe Behörde auch die Satzungen der neu zu gründenden A/G „Elektriba“ so weit ausgearbeitet, daß auch sie dem Finanzministerium zugeliefert werden konnten. Schon jetzt wird in lettändischen einschlägigen Fachkreisen die Frage des Baues eines weiteren Kraftwerkes erörtert. Es wird darauf hingewiesen, daß das Kraftwerk in Keggum nur einen Teil des Bedürfnisses an elektrischem Strom befriedigen kann. Da die Anzahl der Stromabnehmer ständig im Wachsen begriffen ist, ergibt sich die Notwendigkeit, schon jetzt die Pläne für die Errichtung eines zweiten Kraftwerks auszuarbeiten.

Gründung einer Genossenschaft des lederverarbeitenden Handwerks. Nach statistischen Angaben gibt es im ganzen Lande 5341 Schuhmacherwerkstätten, 414 Sattlerwerkstätten, 5 Werkstätten für Herstellung von Treibriemen und etwa 300 weitere Kleinbetriebe des Lederhandwerks, wie Täschner usw. In diesen insgesamt 6057 Unternehmungen des lederverarbeitenden Handwerks, zu denen noch 12 Schuhfabriken mit 650 Arbeitern kommen, werden etwa 8000 Menschen beschäftigt. Der gesamte Handwerkszweig ist sowohl bei Einkauf seines Rohmaterials, wie beim Verkauf seiner Erzeugnisse weitgehend auf den — meist in jüdischen Händen befindlichen — Zwischenhandel angewiesen. Zur Aus-

schaltung desselben ist jetzt eine Ein- und Verkaufsgenossenschaft des lederverarbeitenden Handwerks gegründet worden, die den Namen „Sadarbs“ (Zusammenarbeit) erhalten hat.

Auflösung der Verkaufsgemeinschaft der Rigaer Gummifabriken. Die drei größten Gummiwarenfabriken Riga, Quadrat, Varonis und Komet, haben vor einigen Jahren eine Verkaufsgemeinschaft „Gumijas raschojumu pardschanas akciju sabiedriba“ (Aktiengesellschaft für den Verkauf von Gummierezeugnissen) zur Regelung der Inlandspreise errichtet. Die dem Finanzministerium zur Bestätigung vorgelegten Satzungsänderungen, die nach dem Gesetz über die Aktiengesellschaften notwendig geworden waren, sind nicht genehmigt und die Gesellschaft verpflichtet worden, sich in der im Gesetz vorgesehenen Zeit aufzulösen. Zur Begründung für diesen Entscheid erklärt der Finanzminister, daß die bisherige Verkaufsgemeinschaft der Gummifabriken wohl in vielen Punkten den Richtlinien des Gesetzes über die Bildung von Gemeinschaften der Handels- und Industrieunternehmungen ähnlich sehe, aber als getarntes Syndikat dem eigentlichen Sinn des Gesetzes widerspreche. Eine gleiche Erklärung wurde seinerzeit bei der Auflösung der LKR., der Verkaufsgesellschaft der Textilfabriken, gegeben.

Polen

Der polnisch-deutsche Warenaustausch. Aus den der polnischen Presse gegebenen Informationen über die Verhandlungen der deutschen und polnischen Regierungsausschüsse zur Ueberwachung des Warenverkehrs geht hervor, daß vereinbart wurde, die polnischen Ausfuhrkontingente im Durchschnitt um etwa die Hälfte für die Monate Juni bis August zu kürzen. Diese Kürzung erstreckt sich jedoch nicht auf alle Ausfuhrpositionen. So wird die Ausfuhr von lebenden und geschlachteten Schweinen nur um 30 v. H. gekürzt und die Ausfuhrquote für lebende Gänse überhaupt nicht.

Schaffung von Rohstoffreserven in Polen. In der polnischen Fach- und Tagespresse wird in letzter Zeit der Frage der Schaffung von Rohstoffreserven besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Aus Wirtschaftskreisen wird Klage darüber geführt, daß die Lagereinrichtungen so mangelhaft sind, daß mit einer größeren Bereitstellung von Rohstoffen nicht gerechnet werden kann. Der Mangel an Geldmitteln macht sich auch hier be-

bereits vom Finanzministerium die Erlaubnis zum Bau einer großen Baumwollspinnerei und -weberei in der Nähe der Kreisstadt Mariampol erteilt worden. Es bestehen aber noch andere große Bauvorhaben, wie das der Errichtung einer Zementfabrik, einer elektrischen Ueberlandzentrale usw. Unter den gegebenen Umständen wird es schwer halten, daß der Staat hierfür die erforderlichen Kredite und Mittel bereitstellt. Die führende Tageszeitung „XX Amžius“ beschäftigt sich in diesem Zusammenhang ausführlich mit dem Problem anderweitiger Kreditbeschaffung für industrielle Investierungen und schlägt eine Kreditausweitung nach deutschem Vorbild vor. Da solche Industriekredite, mit denen Deutschland bereits ausgezeichnete Erfahrungen gemacht habe, nicht zu Konsumzwecken, sondern zu produktiven Zwecken gebraucht werden, sei in keinem Falle eine Inflation zu befürchten, da ja hinter den neuen Wertscheinen reale Werte stehen, die dann immer wieder neue Werte erzeugen. Man solle den von Deutschland erprobten Weg gehen, und da der Außenhandel ausgeglichen und die Währung durch die Devisenbewirtschaftung geschützt ist, sei es nicht einzuschauen, daß ein solches Beginnen für Litauen weniger Nutzen bringen sollte als z. B. für Deutschland. Auf diese Weise sei es möglich, die durch die Abtretung des Memelgebietes erlittenen Verluste aufzuholen.

Polen

Gesteigerte Rüstungsausgaben

Die außenpolitische Haltung des polnischen Staates, die zu außerordentlichen militärischen Maßnahmen von seiten der Warschauer Regierung führte, bedeutet für die öffentliche Wirtschaft Polens, seine Staatsfinanzen und sein Kreditwesen eine ungewöhnliche Belastung. Das Ausmaß dieser Belastung läßt sich zahlenmäßig für die Staatswirtschaft nicht genau berechnen, da schon seit längerer Zeit ein erheblicher Teil der Heeresausgaben nicht aus dem ordentlichen Staatshaushalt gedeckt wird. Im Vorschlag für das Rechnungsjahr 1939/40 waren die Ausgaben des Kriegsministeriums nur mit 800 Mill. Zl. (gegenüber 825 Mill. tatsächlicher Ausgaben im Vorjahr) eingesetzt worden. Dazu kamen aber noch indirekte militärische Aufwendungen aus den Etats mehrerer anderer Ministerien und vor allem aus verschiedenen außerbudgetären Fonds (Nationalverteidigungsfonds und Seerüstungsfonds), die überwiegend aus freiwilligen Beiträgen der Bevölkerung gespeist werden. Ferner floß eine Hauptquelle für die Anschaffungen der Armee bisher aus den Bars- und Sachleistungskrediten der französischen Rüstungsanleihe von 1936, deren Raten 4 Jahre lang laufen sollten und im Frühjahr 1939 noch nicht erschöpft waren. Schließlich ist für die Anschaffung von Einrichtungen des Luftschutzes (Flugzeuge, Luftabwehrmittel usw.) noch der gesamte Betrag der letzten Innenanleihe zur Verfügung gestellt worden, der halbamtlich mit rd. 400 Mill. Zl. angegeben, genau aber noch nicht ausgewiesen wurde. Diese Summe ist bisher allerdings erst teilweise eingezahlt worden, die Raten sind je nach der Form der übernommenen Obligationen verschieden eingeteilt, so daß die letzten Teilbeträge Anfang September 1939 in die Staatskasse gelangen dürften. Die gegenwärtige Sonderbelastung der Staatsfinanzen setzt sich aus zwei verschiedenartigen Anforderungen zusammen. Die Kosten der Teilmobilisierung, welche durch billige Unterbringung und Verpflegung der Truppenteile möglichst niedrig gehalten werden müssen, müssen grundsätzlich aus laufenden Staatseinkünften gedeckt werden. Voraussichtlich werden dafür in einem späteren Zeitpunkt noch Nachtragskredite zur Ergänzung des Staatshaushaltes verlangt werden müssen. Ueber die Kosten dieser Mobilisierung sind zuverlässige Angaben nicht bekannt, unkontrollierbare Schätzungen schwanken zwischen 35 und 50 Mill. Zloty monatlich, was 17—24% des ordentlichen Staatshaushaltes entsprechen würde.

Zweifellos sind die Ausgaben für die Wehrmacht sehr beträchtlich. Seit 1937 dürften dafür außerbudgetärlich bisher aufgebracht worden sein: aus der französischen Rüstungsanleihe etwa 350 Mill. Zloty, aus Stiftungen für den Nationalverteidigungsfonds und freiwilligen Sachleistungen etwa 200 Mill. Zloty, aus der Luftschutzanleihe zunächst etwa 200 Mill.

Zloty. Hierzu können aus allen diesen Stellen zusammen in den nächsten drei Monaten noch weitere 250 Mill. Zloty kommen, womit ein Betrag von rd. 1 Mrd. Zloty für zusätzliche Rüstungsausgaben erreicht wäre. Hiermit dürften aber die im Inlande aufgesammelten Sparkapitalien für diese Zwecke weitgehend abgeschöpft sein. Die polnische Presse spricht daher offen die Hoffnung aus, daß die weiteren Ausgaben für die Auf- rüstung teilweise durch neue Auslandskredite, etwa aus Großbritannien, gedeckt werden würden. Bisher haben sich aber alle Ankündigungen über neue Anleiheverhandlungen in London als verfrüht erwiesen.

Die internationale Spannung hat das polnische Finanzwesen aber nicht nur durch vermehrte Rüstungsausgaben, sondern auch durch Störungen im Kreditapparat des Landes belastet. Schon im März und September 1938 erfolgten in Polen umfangreiche Abzüge von Banks und Sparkasseneinlagen. Beide Male kehrten die Gelder aber nach der politischen Beruhigung wieder verhältnismäßig rasch in die Kassen der öffentlichen und privaten Kreditanstalten zurück. Ende März und Anfang April 1939 wiederholten sich die Abzüge zum dritten Male. Sie erreichten schätzungsweise ein Fünftel bis ein Viertel des gesamten Einlagenstandes, und diesmal erfolgte bis Anfang Juni noch kein Rückfluß der abgehobenen Gelder. Ein Teil davon mag für die Mehrausgaben der Sparer im Zusammenhang mit der Zeichnung der Luftschatzanleihe verwandt worden sein, ein anderer Teil sucht Anlage in Sachwerten, besonders in ländlichen und städtischen Grundstücken. Der Umsatz der Konsumgüter ist dagegen nicht gestiegen, hat sich in manchen Branchen sogar fühlbar vermindert. Man muß daher annehmen, daß die von den Banken und Sparkassen ausgezahlten Noten zum Teil „gehamstert“ worden sind.

Die Folge dieser Erscheinung ist eine gewisse Anspannung des gesamten Kreditwesens, die sich am deutlichsten bei der Notenbank zeigt. Die Umstellung der Bank von Polen auf die sogenannte „Vertrauensdeckung“ mußte im Mai bereits durch Anwendung derjenigen neuen Satzungsbestimmungen ergänzt werden, welche nur für außerordentliche Krisenzeiten vorgesehen waren, in denen eine Erhöhung des „vertrauensmäßig“ gedeckten Betrages von Noten und Sofortverpflichtungen von 800 auf 900 Mill. Zl. erfolgte. Der Gesamtnotenumlauf betrug Ende April 1807,8 Mill. Zl. gegenüber 1141,0 Mill. Zl. im gleichen Zeitpunkt des Vorjahres und 1406,0 Mill. Zl. zu Ende 1938. Trotz dieser starken Inanspruchnahme hat die Notenbank darauf verzichtet, ihren Diskontsatz zu erhöhen, um eine ungünstige Rückwirkung auf die Erzeugung und den Beschäftigungsstand zu vermeiden. Doch sind die übrigen Banken in der Gewährung von Krediten infolge der Verminderung der ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zurückhaltender geworden, und ebenso sind die Erzüchter und der Großhandel in der Festlegung der Zahlungsfristen im allgemeinen strenger als früher. Die Folge ist eine Abschwächung der inneren Konjunktur besonders für diejenigen Wirtschaftswege, welche sich mit der Erzeugung und dem Vertriebe von Verbrauchsgütern befassen. Die politische Unsicherheit wirkt auf das gesamte Wirtschaftsleben hemmend, und letzten Endes muß sich dies auch wiederum bei den Staats- einnahmen bemerkbar machen.

Ausbau der französisch-polnischen Handelsbeziehungen

Wie berichtet, unternehmen die französische und die polnische Regierung zurzeit große Anstrengungen, um die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern, die in den letzten Jahren mehrfach zu wünschen übrig ließen, aus nicht verhüllten politischen Gründen zu vertiefen. Den Polen ist es in erster Reihe um Erleichterung der Einfuhr von Agrarprodukten nach Frankreich und den Absatz von Kohle zu tun. Frankreich soll grundsätzlich bereit sein, gewisse zusätzliche Kohlemengen in den nächsten drei Jahren aufzunehmen, um Polen die Eingliederung des Teschener Bezirks zu erleichtern. Polen seinerseits macht Zugeständnisse für den verstärkten Bezug von französischen Kraftwagen,

merkbar. Nur die wenigsten Firmen können Rohstoffreserven anschaffen und auch einlagern. Dringende Abhilfe sei notwendig. An dem Beispiel von Warschau wird gezeigt, daß der Fassungsraum der Kohlenlager in Warschau nur 40000 t beträgt und die durchschnittlich vorhandenen Vorräte nur für einen Zeitraum von etwa drei Wochen ausreichen. Etwas besser sieht es lediglich im Eisenhandel aus, dessen Vorräte größer sind. Die Frage der Errichtung von Rohstofflagern soll jetzt vordringlich von der Regierung in Angriff genommen werden.

Polen interessiert sich für die Herstellung von synthetischem Benzin. Die polnische Chemische Gesellschaft veranstaltete einen Diskussionsabend über das Thema der Herstellung von synthetischem Benzin aus Kohle. Eine Reihe von Vortragenden besprachen die verschiedenen Methoden der Benzinherstellung. Als Ergebnis der Aussprache ist zu vermerken, daß der Frage der Herstellung von synthetischen Treibstoffen, die aus Kohle gewonnen werden können, in Polen größere Bedeutung beigemessen werden muß als bisher, da die Herstellung solcher Treibstoffe eine Selbstversorgung Polens gewährleisten würde, falls die natürlichen Erdölvorkommen den Bedarf an Treibstoffen nicht mehr voll zu decken imstande wären.

Steinkohlenvorkommen in Ostgalizien. Auf Grund von Forschungsergebnissen des staatlichen Geologischen Institutes wurde in Ostgalizien am Flusse Bug zwischen Sokal und Busk mit Bohrungen begonnen, welche die Abbaufähigkeit der festgestellten Kohlenvorkommen prüfen sollen. Bisher wurden 8 Schächte abgetaucht und hierbei Kohlenflöze in 200 bis 700 m Tiefe festgestellt. Die Kohle soll von der gleichen Beschaffenheit wie die ostoberschlesische sein, jedoch haben die bisher festgestellten Flöze eine Mächtigkeit von nur 50 cm. Weitere Suchbohrungen sind im Gange und sollen ergeben, ob der Abbau dieser Kohle rentabel sein kann. Die Sucharbeiten werden von der Kattowitzer Interessengemeinschaft durchgeführt.

Der Ausbau des polnischen Zentralindustriegebietes. Im Laufe des Monates April sind im polnischen Zentralindustriegebiet 8 neue Industriebetriebe, 22 Handelsunternehmen und 25 Handwerksbetriebe neu angemeldet worden. Im Vergleich zum März ist ein Rückgang in der Zahl der Anmeldungen festzustellen. Das Eigenkapital der angemeldeten 55 neuen Unternehmen beträgt

10,98 Mill. Zl. Im März wurden 121 Unternehmen mit einem Gesamtkapital von 800 000 Zl. angemeldet. In Sandomir wird auf Veranlassung des Verbandes der polnischen Metallindustriellen eine Konferenz der Vertreter der Unternehmen stattfinden, welche im Zentralindustriegebiet Investitionen durchführen.

Regulierung des Weichsellauftes gefordert. In Thorn tagte vor kurzem die polnische Meer- und Kolonial-Liga unter Beteiligung mehrerer Fachleute auf dem Gebiet des Binnenschiffahrtsverkehrs. Es wurde über die Schiffsbarmachung der Weichsel beraten. Von der Kommission für Wasserwege wurden zwei Beschlüsse gefaßt, und zwar wird verlangt die Sicherstellung des polnischen Besitzstandes an der Ostsee und die Regulierung der Weichsel in ihrer ganzen Länge, wobei im Laufe der nächsten acht Jahre ein Wasserweg vom oberschlesischen Kohlenbecken bis zum Meer mit einer Mindesttiefe von einem Meter, die eine vollständige Rentabilität der Schifffahrt gewährleistet, hergestellt werden soll. Der Weichsellauft ist nur von Danzig bis Thorn vollständig schiffbar und kann nur auf dieser Strecke von 600 f Kähnen befahren werden. Schiffe mit größeren Ladungen müssen durch den Bromberger Kanal geleitet werden. Von Thorn aufwärts ist die Weichsel sehr flach und so versandet, daß Fahrzeuge nur teilweise beladen werden können.

Schweden

Neuerliche Bereitstellung von 70 Mill. Kr. für staatliche Vorratskäufe. Die Regierung hat dem Reichstag einen Gesetzentwurf zugehen lassen, der die Bereitstellung von wiederum 70,0 Mill. Kr. im neuen Finanzjahr für staatliche Vorratskäufe vorsieht. Bereits in den letzten beiden Budgetjahren waren jeweils die gleichen Beträge für diesen Zweck vom Reichstag bewilligt worden, so daß damit bisher seitens des Staates Waren im Betrage von 210,0 Mill. Kr. auf Vorrat angeschafft worden sind.

Besprechungen des Finanzministers mit Vertretern der Wirtschaft. Die in den nächsten Tagen beginnenden Besprechungen des Finanzministers mit Vertretern der schwedischen Wirtschaft werden sich, wie verlautet, in erster Linie auf die Frage erstrecken, wie durch eine Zusammenarbeit zwischen Regierung und Wirtschaft den Auswirkungen einer möglichen Depression am nachdrücklichsten begegnet werden kann. In Regierungskreisen soll sich in der letzten

wobei allerdings eine ganze Reihe von wichtigen Fragen noch nicht gelöst zu sein scheint, denn es ist zweifelhaft, ob Frankreich den polnischen Interessenten die vorteilhaften Bedingungen gewähren kann, die beispielsweise die deutsche Industrie zu bieten in der Lage ist. Der von Frankreich bereitgestellte Kredit von 60 Millionen Zloty oder rund 420 Millionen Franken wird für die Errichtung zweier großer Elektrizitätswerke in Lublin und Starachowicze und die Anlage von Hochspannungsleitungen verwendet werden, mit deren Ausführung französische Gruppen betraut werden. Darüber hinaus interessiert man sich in Paris aber auch für die Möglichkeiten, in Mittelpolen metallurgische Werke und chemische Fabriken sowie Rüstungsbetriebe zu errichten. Für alle diese Pläne sollen französisches Kapital und französische Techniker herangezogen werden.

Schweden

Betrachtungen zur Lage des Außenhandels

Schwedens Außenhandel gehört im Rahmen der starken wirtschaftlichen Belebung während der letzten Jahre zweifellos zu den interessantesten Problemen, die die wirtschafts- und handelspolitische Betrachtung aufgeworfen hat. Prinzipiell ist ja die schwedische Wirtschaft mit dem Auslande in einer besonders intensiven Weise verknüpft, wie kaum die Wirtschaft eines anderen Landes. Ungeachtet dessen aber war auch in den Jahren der stärkeren Auswirkungen der weltwirtschaftlichen Depression auf Schweden der Außenhandel auf ein Mindestmaß zurückgeworfen worden, weniger aus valutarischen Gründen als vielmehr infolge der Tatsache, daß die Weltmärkte der wichtigsten schwedischen Rohstoffe wenig oder auch garnicht mehr aufnahmefähig waren und auf der anderen Seite, weil der Bedarf der schwedischen Wirtschaft an ausländischen Gütern sehr erheblich nachgelassen hatte. Wenn daran erinnert wird, daß sich im Jahre 1932 die schwedische Einfuhr nur noch auf 1154,9 Mill. Kr., die Ausfuhr auf 947,4 Mill. Kr. und im Jahre 1933 die Einfuhr gar nur noch auf 1059,9 Mill. Kr. belief, während der Export schon wieder eine kleine Steigerung auf 1078,7 Mill. Kr. gestiegen war, dann beleuchtet dies die Misere der damaligen Verhältnisse in ganzer Schärfe. Inzwischen ist eine Verbesserung der Außenhandelsmisere eingetreten, die zwar gewissen Schwankungen unterlegen hat, aber Schweden dennoch wieder in die vorderste Reihe der mit der Weltwirtschaft verbundenen Länder hat rücken lassen. Schwedens Umsätze im Außenhandel mit fremden Ländern haben sich im ganzen gegenüber der eingangs erwähnten Periode nahezu verdoppelt. Als im vorigen Jahre eine gewisse Verringerung sowohl in der Einfuhr wie in der Ausfuhr erfolgte, wurde von manchen Seiten der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß nun den „sieben fetten“ die „sieben mageren“ Jahre folgen könnten. Erfreulicherweise hat es den Anschein, als wenn diese Befürchtungen grundlos sind. Denn der schwedische Außenhandel weist in den bisherigen Monaten dieses Jahres einen erneuten Aufschwung auf, der erwarten läßt, daß die „Rekordumsätze“ des Jahres 1937 noch übertroffen werden. Es ist naturgemäß angesichts der gegenwärtig außenwirtschaftlich bedingten labilen Verhältnisse in der Welt schwer, sichere Voraussagen zu wagen, aber wenn nicht gerade ganz unvorhergesehene Ereignisse eintreten, dann dürfte Schwedens Außenhandelsniveau in diesem Jahre einen neuen Höchststand erreichen.

In Kürze mögen nun zunächst die wichtigsten Ziffern der Außenhandelsbewegung wiedergegeben werden. Im Jahre 1937 hatte sich die Einfuhr auf 2123,5 Mill. Kr. erhöht, um im folgenden Jahre auf 2068,1 Mill. Kr. zurückzugehen. Der Export weist für diese beiden Jahre eine etwas weniger günstige Gestaltung auf. Er belief sich im Jahre 1937 auf 2000,4 Mill. Kr. und hatte sich im vorigen Jahre merkbar auf 1838,9 Mill. Kr. verringert. Zwischen den Jahren 1937 und 1938 lag zwar auf beiden Seiten ein Rückgang der Umsätze vor, doch hatte sich dieser in so engen Grenzen gehalten, daß ihm größere Bedeutung zunächst nicht zugeschrieben zu werden brauchte.

Recht problematisch war die Situation zu Beginn dieses Jahres. Die schwedische Konjunktur zeigte im ganzen Abschwächungserscheinun-

gen, die nicht unterschätzt werden konnten. In erster Linie gab die Verfassung der Weltmärkte für Holz und Holzerzeugnisse Anlaß zu gewissen Befürchtungen. Obwohl damals innenwirtschaftlich die Lage noch ausgesprochen gut war, war auf der anderen Seite vorauszusehen, daß wenigstens für gewisse Zeit eine Verringerung der Exportumsätze in Rechnung gestellt werden mußte. Denn in Zellulose und Papier waren nicht nur zahlreiche alte Kontrakte auf niedere Lieferungen herunterkonvertiert worden, sondern gleichzeitig hatten auch die Preise kräftig nachgegeben. Ähnliches galt für Holz und Erz. Wider Erwarten aber scheinen alle diese Tatsachen doch nicht einen so starken Einfluß zu haben, wie anfänglich immer wieder befürchtet worden war. Dazu aber kommt, daß die Ausfälle gerade in den wichtigsten Stapelindustrien durch höhere Exportergebnisse zu einem erheblichen Teil durch andere Industrien ausgeglichen werden konnten, die zwar in der Skala der Exportgewerbe an sich auch hohe Bedeutung haben, von denen aber wohl kaum je angenommen worden war, daß sie in so starkem Maße stützend für die großen Stapelindustrien auftreten könnten, wie das tatsächlich bisher in diesem Jahre der Fall gewesen ist. Und zwar ist hier zu erwähnen das gesamte Gebiet der Maschinen- und Apparateindustrie, der Schiffbau und die Rüstungsindustrie. In den ersten vier Monaten stieg gegenüber der gleichen Zeit des vorigen Jahres die Ausfuhr von Maschinen, Apparaten und Elektromaterial auf 61,2 Mill. Kr. gegen 58,5 Mill. Kr., diejenige von Transportmitteln, vornehmlich also Schiffen, auf 40,3 Mill. Kr. gegen 23,7 Mill. Kr. sowie von Waffen und Munition auf 17,9 Mill. Kr. gegen 11,4 Mill. Kr. Dadurch ist erreicht worden, daß sich Schwedens Gesamtausfuhr in den ersten vier Monaten dieses Jahres mit einem Gesamtbetrag von 563,9 Mill. Kr. gegen 569,6 Mill. Kr. in der entsprechenden Zeit vorigen Jahres gut behauptet hat, jedenfalls sehr viel besser, als sogar von optimistischen Beobachtern zu Beginn dieses Jahres angenommen wurde. Die Bedeutung dieser Tatsache ist damit aber keineswegs erschöpft. Von sehr viel größerer Wichtigkeit will es vielmehr scheinen, daß auch weiter zunächst noch die Voraussetzungen ausgesprochen günstig sind, daß gerade diese Industriezweige etwaige Verluste in den Massengütern in einem bestimmten Umfange auszugleichen in der Lage sein dürften. Im großen und ganzen ist damit die Lage der schwedischen Exportwirtschaft wieder sehr viel zuversichtlicher zu beurteilen als etwa um die Mitte bzw. am Ende vorigen Jahres. Inzwischen ist nun aber außerdem auch noch der Absatz in Holz und Holzerzeugnissen sowie auch Eisenerz wieder etwas besser geworden, sodaß damit fürs erste Anlaß zu ernsteren Befürchtungen nicht gegeben ist.

Im Gegensatz zu der Zeit vor nunmehr fast zwei Jahren befindet sich heute nun aber die schwedische Einfuhrwirtschaft in einer ausgesprochenen Sonderstellung. Damals konnte mit gutem Recht das gleiche von der Ausfuhr gesagt werden, die im Zeichen stark steigender Preise und immer größer werdender Verkaufsmengen stand. Die schwedische Einfuhr hat im übrigen in den letzten Jahren insofern eine volkswirtschaftliche günstigere Entwicklung aufzuweisen, als sie von überspitzt starken Preisschwankungen verschont geblieben ist, von einzelnen Rohstoffen abgesehen. Infolge der ruhigeren Kurve für Einfuhrwaren ist dem Kaufmann die Dispositionsmöglichkeit wesentlich erleichtert worden. In diesem Jahre ist das Einfuhrvolumen abermals sehr stark angewachsen. In den ersten vier Monaten kam für 728,7 Mill. Kr. an ausländischen Waren nach Schweden gegenüber nur 646,4 Mill. Kr. in der gleichen Vorjahrszeit.

Hieraus lassen sich wesentliche Schlüsse ziehen. Zunächst beweist die hohe schwedische Einfuhr die völlige Unbeschwertheit von valutarisch bedingten Rücksichtnahmen. Der Vorrat an Gold und Devisen im Lande ist nach wie vor so groß, daß der Einfuhrhandel jedem auftretenden Bedarf sofort entsprechen kann. Zum anderen ist der steigende Import ganz zweifellos ein Anzeichen dafür, daß sich auch die Lage der schwedischen Wirtschaft wieder auf dem Wege zu weiterer Verbesserung befindet. Die meisten Konjunktursymptome weisen im übrigen ja in die gleiche Richtung.

Drittens aber, und das ist für die gegenwärtige Beurteilung vielleicht der wichtigste Punkt, ist Schwedens Einfuhr gegenwärtig bis zu einem

Zeit mehr und mehr die Auffassung durchgesetzt haben, daß in einer Krise der Einsatz öffentlicher Arbeiten allein nicht ausreicht, um das Wirtschaftsleben über die schwersten Auswirkungen hinwegzubringen, sondern daß ebenso sehr auch die private Wirtschaft heranzuziehen wäre. Hierher gehört dann weiter auch eine angemessene Steuerpolitik in Zeiten günstigerer Konjunktur, um die Wirtschaft in die Lage zu versetzen, genügende Reserven anzusammeln, um ihrerseits durch erhöhte Investitionstätigkeit zum Ausgleich beizutragen.

Die Handelsbeziehungen mit Polen. In dem jetzt veröffentlichten Bericht der Schwedischen Handelskammer in Polen für 1938 wird u. a. darauf hingewiesen, daß sich nach der polnischen Statistik die schwedische Ausfuhr nach Polen gegenüber dem Jahre 1937 um 8,0 Mill. Zloty auf 45,0 Mill. Zloty erhöht hat, während sich Polens Ausfuhr nach Schweden gleichzeitig um 3,5 Mill. Zloty auf 71,5 Mill. Zloty verringert hat. Die Tätigkeit schwedischer Gesellschaften in Polen hat im vorigen Jahre wesentliche Veränderungen nicht erfahren. Nach wie vor sind 17 schwedische Handelsgesellschaften, 5 Industrieunternehmen, 3 Konzessionsgesellschaften und 1 Bank in Polen tätig gewesen. Der schwedischen Handelskammer in Polen sind 155 Firmen angeschlossen, von denen 33 polnische und 112 schwedische Firmen sind.

Steinkohlen- und Eisenfunde in Südschweden. In Südschweden ist nach neueren Meldungen nach langwierigen Untersuchungen ein beträchtliches Vorkommen von Steinkohlen und Eisen entdeckt worden. Bereits seit 1918 hat die Höganäs-Billesholms A/B im Gebiet von Simrishamn-Ystad Bohrungen durchgeführt, die jetzt zu günstigen Ergebnissen geführt haben. Die Steinkohlenflöze sollen von ziemlich großer Mächtigkeit sein, sich jedoch nicht zur Verwertung eignen. Im besten Falle würde sich die Ausbeute lohnen, wenn die Kohlen in unmittelbarer Nähe der Schächte verwendet werden könnten. Außer Kohlen sind auch Eisenerzvorkommen entdeckt worden, die durch bedeutende Tonlager ergänzt werden.

Verstaatlichung der schwedischen Privatbahngesellschaften. Der Antrag der schwedischen Regierung auf Verstaatlichung der privaten Eisenbahngesellschaften ist soeben von beiden Kammern des Reichstages angenommen worden. Nach diesem Beschuß sollen alle in privatem Besitz befindlichen Eisenbahnen des

Landes, die nicht als Straßenbahnen oder ausgesprochene Lokalbahnen betrachtet werden können, vom Staate übernommen werden, und zwar wenn möglich innerhalb von fünf Jahren. — Das gesamte schwedische Eisenbahnnetz umfaßt gegenwärtig etwa 16900 km. Von denen sind etwa 8800 km in privatem Besitz, die nummermäßig also dem staatlichen Eisenbahnwesen einverlebt werden sollen. Da die Privatbahngesellschaften ähnlich wie die Staatseisenbahn in den letzten Jahren ein ausgedehntes Kraftverkehrsnetz entwickelt haben, werden auch viele Kraftfahrlinien in das Kraftverkehrsnetz der Staats-eisenbahn eingegliedert werden.

Die Koksbesprechungen. Am 19.—20. 5. 39 haben in Stockholm zwischen Vertretern des Internationalen Kokskartells und des schwedischen und finnischen Kokseinführhandels Besprechungen über die Preise in der neuen Saison stattgefunden. Diese Besprechungen scheinen vorerst rein informatorischen Charakters gewesen zu sein. Wie sich aus Aeußerungen von Vertretern des Kokskartells in der schwedischen Presse ergibt, dürfte die Festsetzung der neuen Preise erst in einigen Tagen anlässlich des Zusammentreffens des geschäftsführenden Ausschusses des Kartells erfolgen.

Die Frage der Ausfuhr montagefertiger Holzhäuser. Vor längerer Zeit war ein Sachverständigenausschuß zur Klärung der Frage der Möglichkeiten der Ausfuhr montagefertiger Holzhäuser eingesetzt worden. Dieser Ausschuß hat seine Arbeiten jetzt zu Ende geführt und weist in einem dem Sozialminister eingereichten Gutachten darauf hin, daß die Aufarbeitung eines Ausfuhrmarktes für Holzhäuser durch die zusammengefaßten Reserven aller Erzeuger Schwedens von Holzhäusern durchgeführt werden soll. Verschiedentlich aufgetauchte Befürchtungen, daß durch neue Fabrik-anlagen zur Erzeugung von Holzhäusern eine Uebererzeugung entstehen könnte, werden von dem Sachverständigenausschuß nicht geteilt.

Südschwedische Messe in Malmö im August 1939. Die südschwedische Messe in Malmö findet in diesem Jahre in der Zeit vom 5. bis 13. 8. statt. Das Interesse der Ausstellerschaft ist auch diesmal wieder sehr groß, eine bedeutende Anzahl Firmen aus dem Lande hat die Teilnahme bereits angemeldet. In diesem Jahre werden im Rahmen der Messe zwei Spezialausstellungen veranstaltet, und zwar „das moderne Kon-tor“ und „die Drucksache im Dienste des Kaufmanns“.

gewissen Grade nicht im ganzen Sinne des Wortes eine „echte“ Einfuhr. Denn bekanntlich werden schon seit längerem vom Staate nicht unerhebliche Beträge für die Einlagerung von Vorräten bereitgestellt, die sich im Durchschnitt des Budgetjahres auf 70,0 Mill. Kr. belaufen. Wie hoch der Betrag ist, der unter diesem Gesichtspunkt im Kalenderjahr für Vorratskäufe verwendet wird, läßt sich nicht beurteilen, da die Käufe selbstverständlich so weit wie möglich durch die jeweilige Markt-lage für die in Frage kommenden Erzeugnisse bestimmt werden. Es ist deshalb gut denkbar, daß sich die gerade in diesem Jahre bisher sehr hohe Einfuhr teilweise daraus erklärt, daß in den ersten vier Monaten bereits ein Betrag für Vorratskäufe verausgabt worden ist, der vergleichsweise höher liegt, als durch die genannten 70,0 Mill. Kr. für ein Finanzjahr bedingt sein würde. Das würde praktisch bedeuten, daß die staatlichen Käufe in den nächsten Monaten relativ niedriger liegen müßten. Genaues hierüber zu sagen, ist indessen äußerst schwierig, wenn nicht unmöglich.

Und schließlich kommt ein Weiteres dazu. Die Vorratshaltung von bestimmten Waren ist verschiedentlich auch der privaten Wirtschaft als Verpflichtung auferlegt. Ein Beispiel wären etwa Baustoffe. Die Einfuhr muß selbstverständlich auch dadurch maßgeblich beeinflußt werden. Ueber die Größe dieser Käufe aber fehlen Angaben nun vollständig. Es ist aber vorstellbar und kommt der Wirklichkeit sicher irgendwie nahe, daß ein Satz von rd. 10% der gesamten schwedischen Jahreseinfuhr auf solche privaten Vorratskäufe entfallen kann, vieles spricht dafür, daß der Satz eher noch etwas höher liegt, vielleicht bei etwa 15%. Und das bedeutet, daß die gegenwärtige schwedische Einfuhr in diesem Ausmaße gegenwärtig durch staatliche und private Vorratskäufe bestimmt wird, daß also monatlich wohl mindestens 15,0 Mill. Kr. und höchstens 25,0 Mill. Kr. auf solche Bezüge an ausländischen Waren entfallen.

Damit dürften die gegenwärtig wesentlichsten Züge der schwedischen Einfuhrgestaltung aufgezeigt sein. Gleichzeitig sind damit aber auch die Grenzen der kommenden Entwicklung abgesteckt. Die zur Zeit relativ hohe Einfuhr muß in dem Augenblick wieder auf ihr „Normalmaß“ zurückgehen, wo die Lagerhaltung jenen Grad erreicht hat, der von Seiten des Staates als notwendig und wünschenswert angesehen wird. Fürs erste ist dieser Grad sicher noch nicht erreicht. Eine vorsichtige Schätzung aber läßt die Vermutung zu, daß im Laufe dieses Jahres im großen und ganzen diese Lagerstellung erreicht werden wird.

Abschluß der Handelsbesprechungen mit Estland

Die Verhandlungen der estländischen Abordnung mit den zuständigen schwedischen Stellen über die Regelung des Warenverkehrs zwischen den beiden Ländern sind jetzt abgeschlossen worden. Die Handelsbilanz zwischen den beiden Ländern ist bisher nicht ausgeglichen gewesen und hat damit einer Steigerung der Umsätze hinderlich im Wege gestanden. Die Erzeugung Schwedens und Estlands ist in keiner Weise gleichartig ausgerichtet, vielmehr ist eine ganze Reihe von Gebieten vorhanden, auf denen die Erzeugung des einen Landes die des anderen ergänzt. Estland kauft hauptsächlich Fertigerzeugnisse der schwedischen Metallindustrie, während die schwedischen Bezüge an estländischen Erzeugnissen in erster Linie aus Textilien, landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Mineralölen bestehen. Da Estland über bedeutende Vorkommen an Oelschiefer verfügt, die eine latente Rohölreserve von rd. $\frac{1}{2}$ Mrd. t ausmachen, und da die Oelerzeugung Estlands sich in ständiger Steigerung befindet, bietet eine Erhöhung der schwedischen Käufe an estländischen Oelschiefererzeugnissen große Möglichkeiten, die Handelsverbindungen zwischen den beiden Ländern auf eine gesunde wirtschaftliche Basis zu stellen und zu festigen. Wie es heißt, hat die estländische Abordnung bei ihren Besprechungen in Stockholm bei den schwedischen interessierten Stellen großes Verständnis feststellen können. Es ist eine Reihe von Beschlüssen gefaßt worden, deren Einzelheiten jedoch bisher nicht bekanntgewor-den sind.

hafen- und Schiffahrtsnachrichten

Der Stettiner Hafen im Monat Mai

Im Monat Mai betrug der Schiffseingang über See 577 Schiffe mit 847 111 cbm NR und der Schiffsausgang 585 Schiffe mit 828 991 cbm NR.

Nach Eingang und Ausgang zergliedert:

Es führten die Flagge von	Im Eingang		Im Ausgang	
	Schiffe	cbm NR	Schiffe	cbm NR
Deutschland	409	537 307	427	533 377
Dänemark	41	38 172	38	36 099
Danzig	3	2 155	1	1 705
Estland	7	8 358	8	11 092
Finnland	9	24 062	9	28 994
Griechenland	2	12 713	2	12 713
Großbritannien	6	43 962	6	43 962
Italien	4	28 369	4	21 212
Jugoslavien	3	21 106	2	13 826
Lettland	1	3 694	1	3 694
Litauen	1	580	1	580
Niederlande	13	12 352	10	9 999
Norwegen	16	50 763	16	50 513
Schweden	62	62 518	60	61 225
	577	847 111	585	828 991

Im Verkehr mit den Ländern	kamen aus		gingen nach	
	Schiffe	cbm NR	Schiffe	cbm NR
Deutsche Häfen	283	271 583	292	238 552
Afrika	5	20 836	—	—
Amerika	7	73 107	4	45 822
Belgien	7	30 322	2	2 163
Dänemark	93	97 396	106	82 321
Danzig	11	5 781	18	24 655
Estland	4	7 599	4	7 342
Finnland	22	47 482	18	47 893
Großbritannien	14	43 816	6	23 843
Italien	2	18 330	4	21 212
Japan	1	11 141	—	—
Jugoslavien	—	—	2	13 826
Lettland	6	12 709	8	16 492
Niederlande	21	57 558	24	52 149
Norwegen	19	20 461	13	26 589
Polen	1	1 604	11	46 237
Rußland	—	—	1	3 767
Schweden	75	105 311	72	176 128
Spanien	4	12 089	—	—
Türkei	2	9 956	—	—
	577	847 111	585	828 991

Umgeschlagen wurden im Monat Mai 1939 insgesamt 687 000 t, davon entfallen auf den Eingang . . . 422 000 t, und auf den Ausgang . . . 265 000 t.

Ausbau im märkischen Wasserstraßengebiet

Die Baumaßnahmen im deutschen Wasserstraßennetz sind heute in vorwiegendem Maße darauf abgestellt, den Binnenschiffsverkehr mit 1000-t-Schiffen zu ermöglichen. Auch im Wasserstraßengebiet zwischen Elbe und Oder wird künftig in den hauptsächlichen Verkehrsrouten das 1000-t-Schiff zum Regelschiff werden. Die wichtigen Verkehrsabschnitte der märkischen Wasserstraßen müssen gleichfalls diesen Abmessungen angepaßt werden.

Sind diese Wasserstraßen doch einmal Verbindungsweg für den Verkehr zwischen Elbe und Oder, zum anderen Mittler der Verkehrsbeziehungen des wichtigen Binnenhafens Berlin. Für die Berliner Wasserstraßen ist bereits das Ausbauprogramm offiziell bekanntgegeben. Ihle-, Plauer-, Sakrow-Paretzer-Kanal und Havel sind für das 1000-t-Schiff bereits befahrbar. Die Arbeiten an der Berliner Umgehungswasserstraße, dem Teltow-Kanal, an der Machnower Schleuse mit dem Bau einer dritten Schleuse sind in vollem Gange. Dagegen sind im eigentlichen Berliner Wasserstraßenbereich noch große Baumaßnahmen zu erledigen: Ausbau der Spandauer und Mühlendammschleusen, Begradiigungen der Spree bei Spandau, neuer Durchstich für die Spree bei Charlottenburg. An allen Stellen wird bereits mit allen verfügbaren Kräften gearbeitet. Das gilt auch für den im Weichbild der Reichshauptstadt gelegenen Landwehrkanal, der für den Verkehr mit 550-t-Schiffen ausgebaut wird.

Im weiteren Verlauf der durchgehenden märkischen Wasserstraßenverbindung nach der Oder hin besteht die Notwendigkeit des Ausbaues der Spree, vor allem ihrer Niedrigwasserregulierung sowie der Ausbau des Oder-Spree-Kanals. Die Oder-Spree-Wasserstraße verfügt heute über Schleusen, deren Abmessungen nur dem Verkehr mit Kähnen des Breslauer bzw. Großfinow-Maßes gestatten. Der wasserstraßengebietlich gebundene Verkehr wird sich zwar auch künftig der bisher üblichen Binnenschiffstypen bedienen; ein Moment, das auch bei den Bestrebungen zur Vereinheitlichung der Binnenschiffstypen Berücksichtigung findet. Die Tatsache aber, daß der zukünftige Verkehr mit dem 1000-t-Schiff durchgeführt und der Oder-Spree-Kanal hierbei wichtige Durchgangswasserstraße wird, läßt die Notwendigkeit ersehen, auch diese Wasserstraße für das 1000-t-Schiff auszubauen. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme müßte zum gleichen Zeitpunkt mit der Inbetriebnahme des Oder-Donau-Kanals erfolgen.

Bau- und Auftragsbestand der deutschen Werften

381 000 BRT im Bau — 941 000 Tonnen an Aufträgen

Nach den Baustatistiken der englischen Schiffsregisterbehörde Lloyd's Register of Shipping war Deutschland bis Ende 1933 auf die achte Stelle unter den Schiffbauländern der Welt zurückgefallen. Danach aber begann ein neuer schneller Wiederaufstieg. Mitte 1934 war Deutschland bereits wieder an die fünfte Stelle gerückt, Ende September an die vierte, und im letzten Vierteljahr 1934 wurden dann auch noch Frankreich und Japan überholt, und Deutschland nahm nun wieder seine frühere Stellung auf dem zweiten Platz der Schiffbaurangliste ein, welche Stellung ihm seitdem auch bis zum letzten Quartal

geblieben ist, wo die Vereinigten Staaten infolge ihrer vielen Subventionsbauten uns überholt haben. Vor uns stehen heute also England mit einer am 1. April dieses Jahres im Bau befindlichen Tonnage von 596 903 BRT und die Vereinigten Staaten mit 420 931 Tonnen. Es folgen Deutschland mit 381 304 Tonnen und danach Japan mit 306 745 Tonnen, Holland mit 242 688 und Italien mit 216 970 Tonnen.

Die Lage der deutschen Schiffbauindustrie hat sich aber in Wirklichkeit noch stärker gebessert als die Bauziffern erkennen lassen. Denn sie ist gegenwärtig nicht nur bis an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt, sondern ihr Auftragsbestand — obwohl seit dem vorigen Jahre ständig mehr Neubauten abgeliefert wurden als neue Aufträge eingingen — ist heute noch so groß, daß sie für zwei volle Jahre mit Neubauten voll versehen ist, auch wenn in der Zwischenzeit kein einziger neuer Auftrag mehr hereinkommen würde.

Nach einer privaten Zählung aller bei den deutschen Werften in Auftrag befindlichen Schiffsneubauten belief sich der Gesamtbestand der Anfang des laufenden Vierteljahres vorhandenen Neubauten und Bestellungen auf 281 Seeschiffe verschiedenster Art mit 940 836 BRT, so daß also der Auftragsbestand um rund 560 000 Tonnen größer war als die Tonnage der bereits im Bau befindlichen Schiffe.

Abliefert wurden von den deutschen Werften im vorigen Kalenderjahr insgesamt 475 000 BRT an Neubauten, neu in Arbeit genommen dagegen rund 461 000 Tonnen. Im ersten Vierteljahr 1939 folgten rund 119 000 BRT an Ablieferungen, während 144 500 Tonnen neu auf Helgen gelegt wurden. Von den jetzt in Auftrag befindlichen 281 Seeschiffen mit einer

Bruttotonnage von 940 836 Tonnen entfallen 222 Fahrzeuge mit 524 086 BRT auf Aufträge deutscher Reeder, während vom Auslande 59 Schiffe mit 416 750 Tonnen bestellt sind. In Bezug auf seine Auslandsaufträge steht Deutschland seit geraumer Zeit an der Spitze aller Schiffbauländer und übertrifft dabei sogar England, das früher in dieser Beziehung weit voraus war.

Unter diesen in Auftrag gegebenen 281 Seeschiffen befinden sich 178 Motorschiffe mit einer Tonnage von 648 415 Bruttotonnen, dagegen nur 103 Dampfer mit zusammen 292 421 Bruttotonnen. Die Motorschiffsbestellungen übersteigen diejenigen der Dampfer also um mehr als das Doppelte. Im Auslandsgeschäft ist der Anteil der Dampfer noch wesentlich geringer als bei den deutschen Aufträgen. Denn unter den Auslandsbauten von zusammen 59 Schiffen mit 416 750 BRT befinden sich im ganzen nur 15 Dampfer mit einer Tonnage von 85 110 BRT, während auf die Motorschiffaufträge 44 Einheiten mit 331 640 Tonnen entfallen.

Das größte für deutsche Rechnung im Bau befindliche Schiff ist das bei Blohm & Voß bestellte Passagierschiff der Hamburg-Amerika-Linie mit einer Tonnage von rund 36 000 BRT. Der größte Auslandsbau ist das bei der Werft von Schichau seiner Fertigstellung entgegenstehende Passagier- und Frachtmotorschiff „Elandsfontein“ der Vereinigte Niederländische Scheepvaart Mij., Haag, mit einer Tonnage von 11 300 BRT. Sehr groß ist nach wie vor der Auftragsbestand an Tankschiffen für ausländische Rechnung, nämlich 23 Motortanker mit zusammen 224 900 BRT und 3 Tankdampfer mit 27 800 Tonnen. Für deutsche Rechnung sind 8 Motortanker mit zusammen 73 600 BRT bestellt.



Drucksachen

für Spedition und Schiffahrt
für Handel und Industrie
für Handwerk und Gewerbe

FISCHER & SCHMIDT - STETTIN
BUCHDRUCKEREI • BUCHBINDEREI • STEINDRUCKEREI
Gr. Wollweberstr. 13 - Fernruf 21665/66

Bruno Stillert

STETTIN

Handelshaus Drei Eichen

Kohlen

aller Art

**Industrie / Hausbrand
Schiffahrt**

Telegramme: Stillertkohle

Fernsprecher 21332

Wo Sie kaufen:

Bandagen Orthopädie

Otto Keil
Stettin, Gr. Domstr. 12
Gegr. 1905, Ruf 36631

Beleuchtungskörper

**Stettiner
Elektrotechnische Werke**
Mönchenstr. 29/30 / Pölitzerstr. 98

Berufsbekleidung

Gebrüder Horst
Stettin, Paradeplatz

**Ausrüstungshaus
„Roter Sand“**, Stettin,
Bollwerk, a.d. Hansabrücke

„Rekord“
E. Vorsatz
Stettin, Bollwerk 12

Betten

Betten-Lubs
Stettin, Paradeplatz 11

Gebrüder Horst
Stettin, Paradeplatz

Büromaschinen

**Büro-Maschinen-Zentrale
Wilhelm Müller**
Stettin, Am Königstor 1
Ruf 21663/64

Max Genseburg
Schulzenstr. 33/34 — Ruf 27174/75
Hauptvertrieb
der Continental-Büromaschinen

Damenkleidung

Bernhard Goede
Stettin, Schulzenstr. 20

Damenkleidung

Gebrüder Horst
Stettin, Paradeplatz

Damen-Mäntel

Gebrüder Horst
Stettin, Paradeplatz

E. Pfeiffer
Stettin, Schulzenstraße 30/31

Drucksächen

Erich Moscow
Stettin, Große Lastadie 76
Ruf 37360/61

Otto Pielsch
Stettin, Grabower Str. 32
Ruf 33838

Elektromotoren

Elmaran
Elekt. Masch.-Rep.-Anst.
Stettin, König-Albert-Str. 22
Ruf 36612

Gardinen

Gebrüder Horst
Stettin, Paradeplatz

A. Steckner
Stettin, Kl. Domstr. 11–12
Ruf 31269

Gaststättenbedarf

Albert Dettmann
Stettin, Heumarkt 7
Ruf: 32918

Gold / Silberwaren

Rudi Genth
Juwelier
Stettin, Breite Straße 53/54
Fernruf 36127

Herren- u. Jünglings- Bekleidung

Gebrüder Horst
Stettin, Paradeplatz

Herren- Ausstattungen

Gebrüder Horst
Stettin, Paradeplatz

Edmund Kühn
Stettin, Kl. Domstraße

Hüte und Mützen

Hut-Scheye
Stettin, Breite Straße 6

Kunsthandlung

Rich. Schaedel
Inh. Max Böhlike
Stettin, Am Kohlmarkt

Lacke / Farben

Kurt Bennert
Stettin, Schuhstr. 18
Ruf 33277

E. Stoltenburg
Stettin, Falkenwalder Str. 9
Pölitzer Str. 58 Ruf 31283

Malerarbeiten

S. Poppe
Stettin, Langestr. 90
Ruf 33535

Möbel

Möbel Schmidt
Stettin, Frauenstr. 32

W. Ortmann
Züllichau, Adolf Hitler-Straße 38/39

Möbelstoffe / Decken

Gebrüder Horst
Stettin, Paradeplatz

A. Steckner
Stettin, Kl. Domstr. 11–12
Ruf 31269

Nähmaschinen

M. Clauss
Inh. P. Reinsch
Stettin, Gr. Wollweberstr. 43

N.S.-Ausrüstung

Gebrüder Horst
Stettin, Paradeplatz

A. Romeike

Stettin, Aschgeberstr. 3–4
Ruf 36291

Porzellan und Glas

Paul Schlegel
Stettin, Luisenstr. 9

Schuhe

Gebrüder Horst
Stettin, Paradeplatz

Franz Thiel
Stettin, Paradeplatz 8

Schokoladen

Erich Kilian
Geschäfte in allen
Stadtteilen Stettins und vielen
Städten Pommerns

Erich Brinkmann
Stettin, Gr. Wollweberstr. 32
Königsplatz 1

Wo Sie kaufen:

Segel und Planen

Joh. Bülow
Segelmachermeister
Stettin-Silberwiese, Ruf 37330
Gegr. von Albert Detert 1859

Sport-Geräte und Bekleidungen

Gebrüder Horst
Stettin, Paradeplatz

Stoffe

Gebrüder Horst
Stettin, Paradeplatz

Strümpfe

Gebrüder Horst
Stettin, Paradeplatz

Tapeten, Linoleum

A. Dottke Nachf.
Meier & Kappelt
Stettin, Mönchenstr. 20/21

Josef Schmidt Gegr. 1815
vorm. Adolf Dittmer, Stettin,
Paradeplatz 32 | Ruf 21645

Teppiche

Gebrüder Horst
Stettin, Paradeplatz

A. Steckner
Stettin, Kl. Domstr. 11-12
Ruf 31269

**Hier fehlt
Ihre Anzeige**

Torfsiedemaschinen

W.A. Brosowsky Nachf.
Königsfelde, Post
Wilhelmsdorf i. Pom.

Wäscherausstattungen

C. Drucker
Stettin, Roßmarkt 4

Gebrüder Horst
Stettin, Paradeplatz

Weine und Liköre

F. Kistenmacher
Falkenwalder Str. 5
Moltkestr. 2

**Hier fehlt
Ihre Anzeige**

Werkzeug-Maschinen

Neu und gebraucht,
ständiges Lager

Wölfer, Stettin
Warsower Str. 7-12
Ruf 21246

Holzbearbeitungs-Maschinen

Neu und gebraucht,
ständiges Lager

Wölfer, Stettin
Warsower Str. 7-12
Ruf 21246

Neue norwegische Frachtschiffe

Norwegische Reeder sind nicht nur stark an der Frachtfahrt und Tankschiffahrt interessiert, sondern sie haben sich in den letzten Jahren in wachsendem Umfang auch in der Frachtfahrt mit schnellen Spezialschiffen betätigt. Der Reeder Martin Mosvold, Farsund, besitzt eine verhältnismäßig bedeutende Flotte von modernen Tankschiffen und fügt diesem Betriebszweig nun noch einen zweiten hinzu, nämlich die Frachtfahrt. Außer zwei bereits in der Fahrt Kalifornien-Europa beschäftigten Frachtschiffen hat die Reederei vier weitere schnelle Frachtschiffe im Werte von ca. 12 Mill. Kr. bestellt. Sämtliche vier Neubauten sollen im Jahre 1940 in Dienst gestellt werden. Eines dieser Frachtschiffe mit 176000 cbf. Kühlraum und 16 Knoten Geschwindigkeit wird von der Framnes-Werft gebaut, während die Kaldnes-Werft in Toensberg zwei Schwesterschiffe mit je 200000 cbf. Kühlraum und 16½ Knoten Geschwindigkeit in Auftrag bekommen hat. Das vierte Schiff, das bei Burmeister & Wain in Kopenhagen bestellt ist, wird 163000 cbf. Kühlraum und 16 Knoten Geschwindigkeit erhalten. Sämtliche Schiffe erhalten Einrichtungen für die Unterbringung einer beschränkten Zahl Passagiere.

Der Schiffsverkehr im Danziger Hafen steigt

Der Schiffsverkehr im Danziger Hafen im Monat Mai ist gegenüber dem Vormonat gestiegen. Es sind insgesamt 613 Schiffe mit zusammen 451 720 NRT eingelaufen gegenüber 552 mit 417 735 NRT im April d. J. und 569 mit 394 097 NRT im Mai v. J. Die Zahl der mit Ladung eingegangenen Schiffe

betrug 168 und ihr Tonnagegehalt 113 938 NRT, im Vormonat waren es 164, jedoch war der Tonnagegehalt höher und betrug 132 332 NRT. Die mit Ballast oder leer eingelaufenen Schiffe bezeichneten sich auf 329 mit 230 090 NRT. Im Ausgang wurden 611 Schiffe mit 444 389 NRT gezählt, von denen 463 mit 302 513 NRT beladen waren. In der Flaggenstatistik sind gegenüber dem Vormonat einige Verschiebungen zu verzeichnen. Deutschland steht mit 158 Schiffen und 82 529 NRT im Eingang an erster Stelle, an zweiter Schweden mit 106 Fahrzeugen mit 64 272 NRT. Es folgen Dänemark mit 90 Schiffen, Finnland mit 51, Polen mit 35, England mit 34, Holland mit 39 usw. Der Fahrgästverkehr betrug im Eingang 11 und im Ausgang 104. In der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai 1939 sind in Danzig 2660 Schiffe mit zusammen 1965 052 NRT eingelaufen, was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um 291 Fahrzeuge und 271 632 NRT ergibt.

Neues Schiff für die Route Kopenhagen-Island

Die Isländische Dampfschiffsgesellschaft hat die Werft von Burmeister & Wain, Kopenhagen, mit dem Bau eines modernen Passagier- und Frachtschiffes für den Dienst auf der Route Kopenhagen—Leith—Rykjavik beauftragt. Das Schiff soll Einrichtungen für 270 Passagiere in der 1., 2. und 3. Klasse und für Kühlladungen isolierte Räume erhalten. Die Hauptmaschine soll aus einem Burmeister & Wain-Dieselmotor von 5000 PS. bestehen, der dem Schiff eine Fahrgeschwindigkeit von 18 Knoten verleiht. Als Liefertermin ist der Frühsommer 1940 vereinbart; als Bausumme werden 4 Mill. dänische Kronen genannt.

Zur Schiffahrtspolitik Norwegens

In einem Aufsatz äußert sich der Vorsitzende des Norwegischen Reederverbandes Christian Haaland über die gegenüber der Weltschiffahrtslage ein zunehmende Haltung der norwegischen Schiffahrt. Die gegenwärtige Lage, so führt er aus, zeichne sich durch eine Reihe außergewöhnlicher, bewegender Kräfte aus, die eine Beurteilung der in deren Auswirkungen zu erwartenden Entwicklung erschwere. Gegenwärtig erlebe die Welt in einer ganzen Reihe von Ländern ungeheure Kraftanstrengungen für die Erhaltung und den weiteren Ausbau der nationalen Schiffahrtsstellung. Die Handelsflotte sei zu einem überaus wichtigen Mittel der nationalen Verteidigungsbereitschaft geworden. Aus Furcht vor Unterlegenheit durch Mangel an Beförderungsmitteln würden verschwenderisch Staatsmittel für vom rein geschäftsmäßigen Standpunkt aus mehr oder weniger bedenkliche Schiffahrtsinteressen ausgegeben. Vom Standpunkt der kleineren Nationen läge die Versuchung nahe, die Hände verzweifelt in den Schoß zu legen.

Norwegen verfüge über einen Überschub von Schiffsräum und sei auf Auslandsverkehr angewiesen. Dem Schiffsräumangebot begegne jedoch in der Welt ein ständig wachsendes Selbstversorgungsbestreben. Diese Lage, gegen die es keine Hilfe gäbe, zehre an den Reserven und der Wettbewerbs-

fähigkeit im allgemeinen. Dennoch brauche die Hoffnung, durch das Unwetter hindurchzukommen, nicht aufgegeben zu werden. Norwegen, und der Norden überhaupt, habe eine naturgegebene Aufgabe auf dem Weltfrachtmärkt. Diese Stellung könne durch beharrliches Festhalten an der bisherigen norwegischen Schiffahrtspolitik sehr wohl aufrechterhalten werden. Denn eine Untergrabung des Selbsterhaltungstrieb, also des Lebensnervs jeder Wirtschaftsbetätigung, müsse notwendig früher oder später in denjenigen Ländern eintreten, wo man mit Subsidien und künstlichen Stimulanzien arbeite. Subsidien führen zu immer neuen und erhöhten Subsidien, bis das ganze System zusammenbricht. Die Erfahrung aus der industriellen Entwicklung vom vorigen Jahrhundert bis jetzt zeige eine auffallende Regelmäßigkeit in der Gestaltung der Konjunkturentwicklung. Die Kurve der langen Generationsbewegungen sowie der kurzen 8- bis 9-jährigen Wellen breche durch alle politischen, technischen und wirtschaftlichen Umbildungen der Menschheit hindurch und zeige nur Kräuselungen der Oberfläche. Deshalb müsse Durchhalten die Parole für Norwegen sein. Die nordischen Länder hätten in dieser Hinsicht gleichlaufende Interessen. Ein unerschütterliches Festhalten an der Selbsthilfe der Schiffahrt und an dem freien Wettbewerb werde schließlich auch nicht ohne Einfluß auf den Weltschiffahrtsmarkt bleiben.

Franz L. Nimtz

STETTIN, Bollwerk 1

Tel.: Sammelnummer 35081

**Bunkerkohlen, Klarierungen
Reederei**

Richard Lörke

Stettin, Kohlmarkt 3 - Telefon 27617

General-Vertretung der **Rheinmetall** Addier-, Rechen-,
Schreib- und Fakturiermaschinen

**Dauernde Werbung
schafft dauernden Umsatz!**

ALBERT GÖTZE • STETTIN

INHABER MAX GÖTZE

Große Domstraße 24
Telefon 30816, 30802

Heizung / Sanitäre Anlagen / Städtischer Tiefbau

Reinhold Kühnke, Steffin

gegr. 1875

Fernspr. 30113, 30585

Flußschiffsreederei

Bunkerkohlen

in Stettin und Hohensaaten

Mitteilungen

Abteilung Industrie

Bezahlung der Karentage und Gewährung eines Zusatzes im Krankheitsfalle.

Die Reichsgruppe Industrie hat an Hand statistischer Unterlagen dem Reichsarbeitsministerium die Beobachtung mitgeteilt, daß der Krankenstand in den Fällen beachtlich gestiegen ist, in denen eine Bezahlung der Karentage und die Gewährung eines Zusatzes zum Krankengeld in solcher Höhe seitens des Unternehmers erfolgt, daß das Gefolgschaftsmitglied etwa das gleiche Nettoeinkommen im Krankheitsfalle hätte, wie wenn es gearbeitet hätte. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß im Krankheitsfalle eine Reihe von Abzügen (Steuern, Sozialversicherungsbeiträge usw.) und Aufwendungen (Fahrtkosten zur Arbeitsstätte, Eßmarken usw.) wegfallen, die den Reallohn des Gefolgschaftsmitgliedes, wenn es arbeitet, schmälen. Angeichts des Mangels an Arbeitskräften und der Notwendigkeit zur höchsten Arbeitsintensivierung bedeutet ein Ausfall an Arbeitsstunden einen Ausfall an Arbeitsleistungen, mithin an Produktion. Gleichzeitig bedeutet ein aus gesundheitlichen Gründen nicht gebotenes Krankfeiern eine ungerechtfertigte Inanspruchnahme von Kassenmitteln und wirkt schädigend auf die Arbeitsmoral.

Auf die Vorstellungen der Reichsgruppe hat der Reichsarbeitsminister nachfolgenden Bescheid vom 20. März 1939, Atz.: II b 4688/39 erteilt:

„Die in Ihrem Schreiben vom 6. 2. 1939 — 390/VI — aufgeführten Fragen waren hier schon wiederholt Gegenstand eingehender Erörterungen. Auf Grund von Erlässen an die Reichstreuänder der Arbeit wird in fast allen Tarifordnungen der privaten Wirtschaft den Gefolgschaftsmitgliedern — abgesehen von Angestellten — im Krankheitsfall erst vom 4. Tage an ein Zufluss zum Krankengeld gewährt. Durch die Einhaltung von 3 Karentagen ohne Lohngewährung ist ein starkes Hemmnis gegen unbegründete Krankmeldungen geschaffen. Wiederholt — u. a. durch Erlass vom 11. 10. 38, III 18451/38, von dem ich eine Abschrift befüge —, habe ich die Reichstreuänder der Arbeit darauf hingewiesen, irgendwelchen anderweitigen Bündchen entgegenzutreten. Wenn früher in den Betriebsordnungen auch eine Lohnzahlung für die Karentage festgelegt wurde, so hatten die Reichstreuänder der Arbeit bis zum Erlass der Lohnfeststellungsverordnung vom 25. Juni 1938 (RGBl. I S. 691) hierauf wenig Einfluß. Erst seit diesem Zeitpunkt sind sie in der Lage, solche Bestimmungen in den auf Grund ihrer Anordnungen zur Vorlage kommenden Betriebsordnungen zu beanstanden.

Eine abweichende Regelung ist allerdings in einer größeren Anzahl von Tarifordnungen im Falle von Betriebsunfällen vorgesehen, die nicht auf grobe Fahrlässigkeit des betroffenen Gefolgschaftsmitgliedes zurückzuführen sind. Hier ist vielfach die Fortzahlung des Lohnes für die drei ersten Karentage vorgeschrieben. Falls Missbräuche vorkommen, müßte im Einzelfall vor der Zahlung strenger geprüft werden, ob die Voraussetzungen für die Lohnfortzahlung, nämlich Arbeitsunfähigkeit infolge Betriebsunfalls wirklich vorliegt.

Das gleiche gilt für die zahlreichen Fälle, in denen die Tarifordnungen eine Zuflusszahlung zum Krankengeld vom 4. Karentage an für eine gewisse Zeit vorsehen. Um den Gefolgschaftsmitgliedern nicht im Krankheitsfall durch eine zu hohe Zuflusszahlung unberechtigte Vorteile zufommen zu lassen, habe ich die Reichstreuänder der Arbeit schon angewiesen, lediglich den Unterschiedsbetrag zwischen dem Krankengeld und etwa 90 v. H. des Nettolohnes zuzubilligen. Von jeder tariflichen Regelung der Zuflusszahlung im Krankheitsfall glaube ich, aus sozialen Gründen zur Zeit nicht absehen zu können. Ich halte es jedoch für erwägenswert, nach dem Vorbild früherer österreichischer Regelungen den Bommhunderttag des Nettolohnes niedriger zu begrenzen und dafür die Zuflusszahlung etwas länger zu gewähren. Eine solche Regelung dürfte dazu beitragen, die von Ihnen gefürchteten Missbräuche einzudämmen. Die Frage wird jedenfalls von mir im Auge behalten werden“.

Statistiken über den Krankenstand in den Betrieben.
Verschiedene Dienststellen des Hauptamtes für Volksgesundheit der NSDAP. und der DAG. haben sich mit Fragebogen an die Betriebsführer gewandt, um monatliches statistisches Material über den Krankenstand der Betriebe zu erhalten. Auf unsere Geworstellung teilt uns der Herr Reichsgesundheitsführer mit, daß die Fragebogen mit den statistischen Erhebungen über den Arbeitsunfähigkeitsstand nicht mehr benötigt werden.

Ladenzeitverkürzung.

Der Herr Reichswirtschaftsminister hat im Deutschen Reichs-Anzeiger Nr. 124 vom 2. Juni 1939 eine Anordnung zur Verhinderung von Ladenzeitverkürzungen veröffentlicht, auf die wir hiermit hinweisen. In einem Runderlaß vom 31. Mai 1939 — III SW 11671/39 — führt der Herr Reichswirtschaftsminister hierzu noch aus:

„Bereits mit Erlass vom 1. April 1939 hatte ich die Reichswirtschaftskammer angewiesen, über die Wirtschaftsorganisation dafür Sorge zu tragen, daß Ladenzeitverkürzungen unterbleiben. Obwohl dieser Erlass allen Einzelhändlern zur Kenntnis gebracht worden ist, werden mir aus allen Gegenden Fälle gemeldet, wo zum Teil auf Veranlassung außerhalb der Wirtschaftsorganisation stehender Stellen Ladenzeitverkürzungen in größerem Umfang vorgenommen worden sind. Durch die anliegende Anordnung ist nunmehr die Grundlage geschaffen, gegen derartige Aktionen einzuschreiten.

Bei der Handhabung der Anordnung ist besonders zu berücksichtigen, daß der vierjährige Plan von weiten Volksfreien verlängerte Arbeitszeiten und äußersten Einsatz verlangt; es muß deshalb unter allen Umständen dafür Sorge getragen werden, daß gerade auch den bis zum späten Nachmittag arbeitenden Volksge nossen die notwendigen Einkäufe nicht erschwert oder überhaupt unmöglich gemacht werden. Von der Anordnung wird daher vor allem überall dort Gebrauch zu machen sein, wo Ladenzeitverkürzungen gleichzeitig von einer Reihe von Geschäften vorgenommen werden sind und dadurch eine Erhöhung der Einkaufsmöglichkeiten eingetreten ist. Darüber hinaus soll von der Anordnung auch in solchen Fällen Gebrauch gemacht werden, wo durch die vorzeitige Schließung von Geschäften, deren Offenhaltung an sich für die Versorgung der Bevölkerung nicht unbedingt erforderlich ist, eine Benruhigung der Gefolgschaften in solchen Geschäften hervorgerufen wird, deren Offenhaltung im Interesse einer ordnungsgemäßen Versorgung der Bevölkerung notwendig oder angeordnet ist.

Die Anordnung soll dagegen nicht angewandt werden, wo aus volkswirtschaftlichen Gründen die Geschäfte nur zu bestimmten Tageszeiten offen gehalten werden, z. B. weit in ländlichen Gebieten der Geschäftsinhaber noch nebenbei Landwirtschaft betreibt. Ebenso können auch die schon seit längerer Zeit vielfach üblichen Mittagspausen beibehalten werden, soweit dadurch die Versorgung der Bevölkerung ebenfalls nicht beeinträchtigt wird. Wenn von der Ermächtigung des § 2 Gebrauch gemacht wird, bitte ich, nach Möglichkeit vorher der zuständigen Industrie- und Handelskammer und den örtlichen Stellen der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die genannten Stellen sind angewiesen worden, derartige Anfragen beschleunigt zu erledigen.

Zur Abschaffung wird darauf hingewiesen, daß als höhere Verwaltungsbehörden im Sinne der Anordnung die Regierungspräsidenten oder die diesen entsprechenden Behörden, in der Reichshauptstadt Berlin der Polizeipräsident, anzusehen sind.¹¹

Bez- und Entladung der Eisenbahnwagen.

Die Reichsbahndirektion hat mit Wirkung vom 16. Mai 1939 im Bezirk wieder die tarifmäßige Standgeldberechnung eingeführt. Die Reichsbahn erwartet dagegen, daß eine beschleunigte Bez- und Entladung der Eisenbahnwagen, die weiterhin dringend erforderlich ist, von den Betrieben durchgeführt wird, damit die Reichsbahn nicht erneut zu einer Standgeldhöhung gezwungen wird.

Beförderung in werkeigenen Fahrzeugen.

Da bei strenger Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen und ministeriellen Entscheidungen auch dann eine gewerbsmäßige Beförderung angenommen werden müßte, wenn ein Industriebetrieb seinem Direktor ein werkeigenes Kraftfahrzeug zur Verfügung stellt, mit dem dieser ständig von seiner Wohnung zum Werk und zurück befördert wird, haben wir das Reichsverkehrsministerium gebeten, in einer Anweisung an die zuständigen

Stellen klarzustellen, daß in solchen Fällen eine genehmigungspflichtige Beförderung nicht vorliegt. Der Herr Reichsverkehrsminister hat nunmehr entschieden, daß im vorliegenden Fall eine genehmigungspflichtige Personenbeförderung nach dem PvFG. nicht vorliegt.

Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft.

Die Geschäftsführung des Kuratoriums der Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft hat gebeten, den uns angeschloßenen Firmen folgendes zur Kenntnis zu bringen:

„Industrielle Firmen, die der Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft angehören und eine Auflösung der Beteiligung an der Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft nicht erhalten, sollen ihren Beitrag nach wie vor auf das Sonderpostenscheckkonto der Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft: Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft, Berufsgenossenschaft 58, Postcheckkonto Berlin Nr. 5072 überweisen.

Der Beitrag beträgt im siebten Spendenjahr 3 vom Tausend der gesamten Lohn- und Gehaltssumme des Jahres 1938, mindestens aber RM. 5.—. Der Mindestbeitrag gilt nur für solche Firmen, deren Beitrag nach der Jahreslohn- und Gehaltssumme einen niedrigeren Betrag als RM. 5.— ergibt.

Der Beitrag fällt in vierjährlichen Raten, und zwar bis zum 20. Juni 1939, 20. September 1939, 20. Dezember 1939 und 20. März 1940 geleistet werden. Bei kleinen Beträgen ist zur Vereinfachung der Verwaltung sofortige Zahlung der ganzen Summe erwünscht.

Die Firmen, die sich in den den Richtlinien entsprechenden Höhe beteiligen, erhalten nach Eingang von mindestens einem Viertel des zu leistenden Beitrages eine Bescheinigung und Plakette. Damit die Großhandels- und Lagerei-Berufsgenossenschaft den Firmen Bescheinigungen und Plakette überenden kann, ist von den Firmen mit der Überweisung anzugeben, ob es sich um den Gesamtbeitrag oder um eine Rate handelt und ob der Beitrag dem vorgeesehenen Satz entspricht.“

Verkehrswesen

Einführung einer neuen Bezirkskarte Stettin 582.

Um dem aus Pommerschen Wirtschaftskreisen häufiger geäußerten Wunsch auf Einbeziehung der Strecke Stralsund — Pajewalt in die Bezirkskarte Stettin 582 gerecht werden zu können, hatte die Reichsbahndirektion Stettin vor einiger Zeit vorgeschlagen, die Bezirkskarte 582 in ihrer gegenwärtigen Abgrenzung aufzuhören und sie unter Einbeziehung der Strecke Stettin — Pajewalt — Stralsund durch eine neue Bezirkskarte zu ersetzen. Für diese neue Bezirkskarte waren folgende Grenzen in Aussicht genommen: Stralsund — Greifswald — Bülow — Wolgast — Bülow — Ducherow — Swinemünde — Wolgasterfähr — Ducherow — Jatznid — Uefermünde — Jatznid — Pajewalt — Stettin — Ziegenort — Stettin — Altdamm — Gollnow — Wietstock — Swinemünde — Wietstock — Cammin — Stettin — Tantow — Gatz (Oder) — Tantow — Angermünde — Prenzlau — Templin — Rüggenwalde — Templin — Fürstenburg (Meckl.) — Neustrelitz — Neubrandenburg — Demmin — Stralsund. Ihre ertragweise Einführung hätte daher den Wegfall der Strecken Altdamm — Stargard, Stargard — Pritz — Jäolidendorf — Wriezen — Freienwalde — Eberswalde, Templin — Zehdenick, Gransee — Fürstenberg, Eberswalde — Angermünde, Freienwalde — Angermünde, Eberswalde — Templin bedeutet, während die Strecken Stralsund — Neubrandenburg, Stralsund — Greifswald — Bülow — Anklam — Ducherow, Bülow — Wolgast — Wol-

gasterfähr — Zinnowitz — Swinemünde, Swinemünde — Wietstock — Gollnow, Wietstock — Cammin neu einbezogen werden wären. Nach eingehender Prüfung des Sachverhalts hat sich die Kammer seinerzeit gegen den erwähnten Plan ausgesprochen, weil sich der Geschäftsverkehr zwischen den in der Bezirkskarte 582 aufgenommenen Gebieten westlich und östlich der Oder in den letzten Jahren so erheblich verstärkt hat, daß es allein deshalb nicht angezeigt erschien, die Bezirkskarte auf Kosten der östlich der Oder gelegenen Strecken nach Nordwesten zu erweitern und die fraglichen Gebiete dadurch voneinander zu trennen. Außerdem wäre die Bezirkskarte 582 nach Ansicht der Berliner Reisenden dann nicht mehr abgerundet genug gewesen, um eine zweitmäßige Ausnutzung zu ermöglichen. Dementsprechend wurde von der Kammer in längeren Verhandlungen mit der Reichsbahndirektion sowie der Industrie- und Handelskammer Stettin angeregt, die Abhöhung einer Änderung der Bezirkskarte 582 aufzuzeigen und statt dessen eine neue Bezirkskarte 582a zur Erfüllung der Stettiner Wünsche einzuführen.

Der leitgenannte Anregung haben sich auf Grund der bestehenden Schwierigkeiten sowohl die Stettiner Kammer als auch die Reichsbahndirektion Stettin angeschlossen. Ein an die für Nez- und Bezirkskarten geschäftsführende Reichsbahndirektion Erfurt gerichteter Antrag hat nunmehr den erhofften Erfolg gehabt. Wie die Reichsbahndirektion in diesen Tagen mitgeteilt hat, ist

von der Arbeitsgemeinschaft für Neublätter die Ausgabe einer neuen Bezirkslkarte mit etwa folgenden Grenzen beschlossen worden: Sahnsz — Stralsund — Wolgasterfähre — Cammin — Wietstock — Stettin — Garz — Schwedt — Angermünde — Preußlau — Templin — Fürstenberg — Neustrelitz — Demmin — Stralsund. Mit der Einführung der neuen Bezirkslkarte wird voraussichtlich zum 1. Oktober 1939 zu rechnen sein.

Beladung im Güterfrachtverkehr.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen Firmen verschiedener Branchen, namentlich aber des Baustoffgroßhandels, von ihren Kunden, Lieferanten oder sonstigen Geschäftsfreunden gebeten werden, die einzelnen Ladungen durch Mitnahme von kleinen Sendungen dieser Geschäftsfreunde zu vervollständigen bzw. zu ergänzen. Während für die Entfernungen bis 50 km sowie für Eisenbahnverladungen irgendwelche rechtlichen Hindernisse nicht bestehen, müssen die Firmen die Beiladungen in den Fällen, in denen die Güter mit Lastkraftwagen über die Nahzone hinaus befördert werden, ablehnen, da sie sich sonst strafbar machen würden (mehrter Werksfernverkehr bzw. genehmigungspflichtiger Fernverkehr). Derartige Beiladungen sind nicht Sache der betreffenden Firmen, sondern sollten dem Spediteur übergeben werden, da sie zu dessen ureigenstem Aufgabengebiet gehören. Nebenbei geben die Firmen mit derartigen Beiladungen auch Verpflichtungen ein und übernehmen Risiken, die sie auf die Dauer gelesen zweifellos belasten. Die Ablehnung von derartigen Bitten, Beiladungen anzunehmen, ist nicht immer leicht, besonders dann nicht, wenn die Konkurrenzfirmen in dieser Hinsicht großzügige Zusagen macht. Es wird daher allen in Betracht kommenden Kreisen nahegelegt, weder derartige Ersuchen um Beiladungen zu stellen, noch auch — soweit doch einmal ein solches Ersuchen an die Firmen herantritt — diesem stattzugeben.

Bestandsaufnahme der Kraftfahrzeuge im Deutschen Reich.

Nach einer Verfügung des Reichsverkehrsministers ist der Stichtag der jährlichen Bestandsabrechnung der Kraftfahrzeuge im Deutschen Reich auf den 1. Januar verlegt worden. Die nächste Zählung wird demnach erst am 1. Januar 1940 durchgeführt. Hierfür ergehen noch besondere Anweisungen.

Umladung auf nicht genehmigte Lastkraftwagen im Güterfernverkehr.

Im Hinblick auf die Laderäumnot, besonders im vergangenen Winter, ist die Frage der Umladung auf nicht genehmigte Lastkraftwagen im Güterfernverkehr verschiedentlich Gegenstand von Erörterungen gewesen. In einer Verordnung vom 22. Mai d. J. — § 2, 5107 —, die im Reichs-Verkehrs-Blatt Ausgabe B: Kraftfahrwesen Nr. 25 vom 1. Juni 1939 zum Abdruck gelangt ist, klärt der Herr Reichsverkehrsminister die in diesem Zusammenhang aufgetretenen Zweifel. Die Verordnung hat folgenden Wortlaut:

„Es ist die Frage aufgetreten, ob eine Umladung auf einen nicht zum Güterfernverkehr genehmigten Lastkraftwagen vorgenommen werden darf, wenn das im Güterfernverkehr eingesetzte und genehmigte beladene Fahrzeug unterwegs durch irgendein Ereignis betriebsunfähig geworden und ein genehmigtes Fahrzeug nicht erreichbar ist. Im Interesse der Erhaltung der zu befördernden Güter muss die Frage bejaht werden. Ich bestimme deshalb auf Grund des § 25 BGB:

1. Die Weiterbeförderung mit einem nicht zum Güterfernverkehr genehmigten Kraftfahrzeug ist nur zulässig, wenn die Ladung von dem Fahrzeug des Güterfernverkehrs wegen Betriebsunfähigkeit aus der Unterwegsfrede umgeladen werden müste.

2. Der frachtführende Unternehmer oder dessen Beauftragter haben die Umladung auf dem Frachtbrieff, der die Sendung begleitet, zu vermerken. In den Frachtbrieff sind zu den amtlichen Kennzeichen der Kraftfahrzeuge des Güterverkehrsfahrers auch die amtlichen Kennzeichen des unterwegs als Erstfahrt eingestellten Kraftfahrzeugs einzutragen. Aus dem Vermerk muß ferner die Tatsache der Betriebsunfähigkeit während der Fernfahrt hervorgehen.

3. Der Vermerk ist von dem frachtführenden Unternehmer oder dessen Beauftragten zu unterschreiben, der damit die Verantwortung für die Richtigkeit der Angaben übernimmt. Der Vermerk auf dem Frachtbogen dient als Ausweis bei Kontrollen.“

Dost

Zeitungsdreßsachen auch nach Danzig.

Bekanntlich hat die Deutsche Reichspost mit Wirkung vom 1. Mai 1939 zur Förderung und Erleichterung des Zeitungsbezugs versuchsweise „Zeitungsdrucksachen“ im Inland eingeführt. Diese neue Art von Zeitungssendungen ist von jetzt an auch nach und aus dem Gebiet der Freien Stadt Danzig zugelassen. Über die Gebühren geben alle Amtser und Amtsstellen der Deutschen Reichspost Auskunft.

Postwurfsendungsdienst im Memelland.

Von jetzt an können Postwurfsendungen zwischen dem Memelland und dem übrigen Reichsgebiet — ohne Protektorat Böhmen und Mähren — ausgetauscht werden.

Sondermarken für das Deutsche Derby in Hamburg.

Zum Deutschen Derby in Hamburg am 25. Juni gibt die Deutsche Reichspost eine Sondermarke zu 25 Pf. mit einem Zusatz von 50 Pf. heraus. Der Zusatz liegt zu gleichen Teilen dem Kulturfonds des Führers und dem Veranstalter des Rennens zu. Der Entwurf stammt von Professor Habant, Berlin. Das Markenbild zeigt einen Derbyreiter und enthält außer dem Markenwert die Inschrift „70 Jahre Deutsches Derby“ und hinter dem Pferde untereinander die Jahreszahlen 1869 und 1939. Die Marken werden vom 18. Juni an nur in Hamburg abgegeben und können außerdem bei der Versandstelle für Sammlermarken in Berlin W 30 schriftlich bestellt werden.

Berufsausbildung

Unterbringung der jugendlichen Schwerhörigen in Arbeits- und Lehrstellen.

Nachstehend bringen wir einen Erlass des Reichsarbeitsministers vom 22. 4. d. Jg. zur Kenntnis:

„Der Reichsbund der Deutschen Schwerhörigen e. V. hat darauf hingewiesen, daß die Unterbringung der jugendlichen Schwerhörigen in Arbeits- und Lehrstellen großen Schwierigkeiten begegne. Die Berufsausbildung der Schwerhörigen sei naturgemäß schwieriger als die anderer Jugendlicher und führe daher zu einer Mehrbelastung der Betriebe. Infolgedessen bestiehe bei den Betriebsführern eine Abneigung gegen die Einstellung jugendlicher Schwerhöriger, so daß für diese trotz der Bemühungen der Arbeitsämter nicht in ausreichendem Maße Ausbildungsstellen beschafft werden könnten.

Bei der Bedeutung, die der Sicherstellung des Facharbeiternachwuchses zuliegt, muß auf die Erfassung auch der jugendlichen Erwerbsbeschrankten, soweit diese zur Aufnahme eines Facharbeiter-

terberufes bereit und geeignet sind, Wert gelegt werden. Der Umstand, daß ihre Berufsausbildung zu einer gewissen Mehrbelastung für die Betriebe führt, darf für die Frage ihrer Einstellung nicht maßgebend sein.

Ich bitte, dem zweitmäßigen beruflichen Einsatz der jugendlichen Schwerhörigen wie auch sonstiger Erwerbsbeschränkter besonderes Augenmerk zuzuwenden."

Messen und Ausstellungen

Internationale Deutsche Ostmesse.

In steigendem Maße gewinnen im Zusammenhang mit der in jüngster Zeit verstärkten Intensivierung der Volkswirtschaften des Orients auch die dem zwischenstaatlichen Osthandel dienenden Märkte an Bedeutung und Beachtung. Als einer der maßgeblichsten Faktoren im Gütertausch der Ostwirtschaft trägt die Deutsche Ostmesse in Königsberg den Bedürfnissen aller Wirtschaftszweige Rechnung. In ihrer Eigenschaft als Internationale Mustermesse führt sie Exporteure und Importeure aller Oststaaten zusammen. So liegen bereits jetzt für die diesjährige Ostmesse in Königsberg, die vom 20. bis 23. August stattfindet, die Anmeldungen zahlreicher Aussteller und Entlaufergruppen aus den Ländern Osteuropas und des Nahen und Fernen Ostens vor, denen auf der anderen Seite die Beteiligung der deutschen Wirtschaft in allen ihren manifistischen Produktions- und Vertriebszweigen (Handel und Industrie, Technik und Bauwesen, Handwerk und Landwirtschaft) gegenübersteht.

Wiener Internationale Herbstmesse.

Die Wiener Internationale Herbstmesse findet in der Zeit vom 17.—23. September 1939, die Technische Messe bis 24. September 1939 statt.

Verschiedenes

Taschenfahrplan der Kraftposten in Pommern.

Für das Sommerhalbjahr 1939 ist ein neuer Taschenfahrplan der Kraftposten in Pommern einschl. der Kreise Deutsch-Schön, Rätzow und Schlochau der Grenzmark Posen-Weißpreußen und der Reichspostdirektionsbezirke Stettin und Köslin erschienen. Neben den Fahrplänen und einer Übersichtskarte aller Kraftposten in den genannten Bezirken bringt er ein alphmetisches Verzeichnis der Kraftpoststelle mit den Nummern der Fahrpläne, allgemeine Bestimmungen über die Benutzung der Kraftposten und Vorschläge zu Wanderungen im Anschluß an Kraftpostfahrten. Das handliche Heft, das für 10 Rpf. an den Posthaltern erhältlich ist, ist ein guter Ratgeber für Reisen in Pommern.

Arbeitseinsatz-Merktafel.

In der neuesten Ausgabe der Zeitschrift Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe ist eine Arbeitseinsatz-Merktafel von Oberregierungsrat Dr. Hildebrandt — Reichsarbeitsministerium — veröffentlicht worden, die eine querschnittartige Darstellung der wichtigsten, zur Zeit geltenden Arbeitseinsatzregelungen gibt. Sie soll den Stellen, die sich mit Arbeitseinsatzfragen zu beschäftigen haben, einen anschaulichen Überblick über Beschränkungen der Lösung von Arbeitsverhältnissen und über die Voraussetzungen für die Einstellung und Beschäftigung von Arbeitskräften in den einzelnen Wirtschaftszweigen verschaffen. Die Merktafel trägt zu einer wirksamen Ausklärung bei und ist geeignet, die Zusammenarbeit aller interessierten Stellen mit den Arbeitsämtern zu erleichtern.

Die Otto Eisner-Verlagsgesellschaft, Berlin SW 68, Oranienstr. 140—142, in deren Verlag die Zeitschrift „Arbeitseinsatz und Arbeitslosenhilfe“ erscheint, hat im Hinblick auf die Wichtigkeit der Arbeitseinsatzfragen für die verschiedenen Wirtschaftszweige von dieser Merktafel Sonderdrucke anfertigen lassen, die zum Einzelpreis von RM. 0,20 zuzüglich Porto von ihr zu beziehen sind. Es wird hiermit auf diese Möglichkeit empfohlen hingewiesen.

Arbeit und Wehr.

Die in engster Zusammenarbeit mit allen Staats- und Wirtschaftsstellen herausgegebene Wirtschafts- und Wehr-Schriftleitung ist Berlin SW 11, Dejsauer Str. 38 — hat die besondere Ausgabe, Wirtschaftsausklärung und Wirtschaftswerbung zu treiben. Zahlreiche wirtschaftsvolle Hefte, an denen Reichsminister und Wirtschaftsführer persönlich mitarbeiteten, haben durch ihre gute Ausführung große Verbreitung und Anerkennung gefunden. Die zuständigen Stellen legen daher Wert darauf, daß die Arbeit dieser Zeitschrift von der Wirtschaft durch fortlaufende Werbung, Bezug des Blattes, Versand an Zweigstellen und ausländische Geschäftsfreunde und Weitergabe an die Gesellschaften sowie durch eigene Mitarbeit gefördert wird.

Buchbesprechungen

Der neue Finanzplan und die Steuergutscheine. Die Deutsche Bank hat eine Schrift „Der neue Finanzplan und die Steuergutscheine“ veröffentlicht, die eine Darstellung des Wesens der Steuergutscheine und der wichtigsten gesetzlichen Bestimmungen enthält und als Leitfaden für den praktischen Geschäftsgebrauch dient soll. Bei der Bearbeitung sind bereits die soeben veröffentlichten Erläuterungen des Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium F. Reinhardt berücksichtigt worden.

Aushänge und Verzeichnisse auf Grund der Arbeitszeitordnung und des Jugenddienstgesetzes. Den Bestimmungen entsprechend, die die Arbeitszeitordnung und das Jugenddienstgesetz des Deutschen Reiches enthalten, sind sämtliche Betriebe im Großdeutschen Reich verpflichtet, Aushänge und Verzeichnisse über die Verteilung der Arbeitszeit zu führen. Da bisher die Führung dieses Materials wenig klar und übersichtlich war und die Betriebe nach eigenem Ermessens ihre Nachweise einrichteten, hat sich die Industrie- und Handelskammer in Hamburg entschlossen, einheitliches Material auszuarbeiten und zusammenzustellen. Dieses Material mit allen erforderlichen Formularen, mit einem Abdruck der Arbeitszeitordnung und des Jugenddienstgesetzes ist in Form einer Mappe zum Preis von 2,50 RM. im Hanfischen Gildeverlag, Hamburg, erschienen.

Deutsche Binnenschiffahrtspolizeiverordnung. Im Reichsgesetzblatt Nr. 19 Teil II vom 6. Mai 1939 ist die Deutsche Binnenschiffahrtspolizeiverordnung vom 12. April 1939 mit Anlagen bekanntgegeben worden. Wir weisen auf diese neue, wichtige Broschüre hin und teilen mit, daß die Reichsverlehrgruppe Binnenschiffahrt in Verbindung mit dem Verlag Mier & Glasemann, Abteilung Binnenschiffahrtsverlag, eine handliche Ausgabe der Verordnung mit einem Gedenkwort des Sachbearbeiters im Reichsverlehrministerium, Ministerialrat Leinzer, demnächst herausbringen wird. Die Schrift befindet sich bereits im Druck. Das Werk wird etwa 200 Seiten umfassen. Der Preis beträgt ca. 2,50 RM. Bestellungen nimmt der Verlag Mier & Glasemann, Abteilung Binnenschiffahrtsverlag, Berlin NW 87, Holsteiner Ufer 1, entgegen. Da eine sehr starke Nachfrage zu erwarten ist, empfehlen wir, die Bestellungen möglichst umgehend aufzugeben.